

Studentenmagazin Februar 1975 5. Jahrgang 1,- DM

rote blätter 24

Organ des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS

Warum Maoisten
keine Linken sind
Exklusiv-Interview
mit
palästinensischem
GUPS-
Vorsitzenden

Steffen Lehndorff:
Studenten
sehen rot

Oskar Neumann
über Nostalgie

Südafrika:
Rassismus und
Klassenkampf

Wettbewerb
„Literatur der
Studentenbewegung“



Karneval - Narrenspiel der Reaktion?



Claus Proff
Mitglied des Sekretariats
des Bundesvorstands des
Marxistischen Studenten-
bundes Spartakus

USA - raus aus Südvietnam!

Liberale, Buddhisten, Katholiken, Menschen der verschiedensten sozialen Herkunft schließen sich in Südvietnam für die Forderung „Weg mit Thieu“, für die Verwirklichung des Pariser Vietnamabkommens zusammen. Die südvietnamesischen Marionettentruppen müssen ihre militärischen Abenteuer gegen das Territorium der Republik Südvietnam mit immer größeren Niederlagen bezahlen. Die siebte US-Flotte nahm in den ersten Tagen des Jahres 1975 Kurs in Richtung Südvietnam. Adelbert Weinstein sprach in der FAZ von der „Ahnung“ der gefährlichsten Drohung: der erneuten Bombardierung Hanois.

Die Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten Vietnams erreichten einen sichtbaren Höhepunkt. Als der US-Außenminister Rogers am 27. 1. 1973 seine Unterschrift unter das Vietnamesische Friedensabkommen setzte, hatte das kämpfende vietnamesische Volk, die Friedenskräfte in aller Welt eine historische Schlacht gewonnen. Mehrere hunderttausend US-Soldaten mußten politisch, militärisch und moralisch geschlagen Vietnam verlassen. Die Familien in Hanoi konnten zum erstenmal seit vielen Jahren wieder ruhig schlafen, die Provisorische Revolutionäre Regierung Südvietnams wandte sich dem Bau von Straßen, der Sicherung der Ernte zu. Die Freudenhäuser Saigons beklagten einen Rückgang ihrer Kundschaft: Ihre Kunden gaben wieder in New York und Chicago ihre Dollar aus.

Das Abkommen war noch keine Stunde alt, als die US-Ritter bereits begannen, in Südvietnam eine millionenstarke Armee und Polizei mit modernster Bewaffnung aus dem Boden zu stampfen. Arbeitslose wurden in die Armee gezwungen. Der US-Imperialismus rekrutierte neue Soldaten für den schmut-

zigsten Krieg der Welt. Hunderttausende politische Oppositio-
nelle wurden ins Gefängnis geworfen, gefoltert und ermordet.
Die BRD-Regierung half mit Millionenkrediten und skrupel-
loser antikommunistischer Propaganda. Kissingers Kriegsdro-
hungen gegenüber den arabischen Staaten, die Verletzung
der Unabhängigkeit Zyperns, das andauernde Wettrüsten —
all das beweist eindringlich: Die Konzernherren und die von
Ihnen ausgehaltenen Politiker zwischen Washington und
Bonn suchen immer wieder den Weg ins außenpolitische
Abenteuer. Auf diese Weise versuchen sie angesichts der
sich zusehends verschärfenden allgemeinen Krise des Kapi-
talismus, den Vormarsch der Kräfte des Marxismus zu hem-
men und in der Bevölkerung chauvinistische und reak-
tionäre Stimmungen zu fördern. Diese Tatsache verlangt äußerste
Wachsamkeit von allen revolutionären Kräften.

Von Luis Corvalan stammt das Wort: „Chile, Lateinamerika,
die Welt der Unterdrückten und Ausgebeuteten haben den
Marsch angetreten in ein besseres Leben. Ganz gleich, wel-
che Schwierigkeiten und zeitweisen Rückschläge es auch ge-
ben möge, dieser Marsch geht voran, denn es ist der Marsch
der Geschichte.“

Diejenigen, die den indochinesischen Kämpfern für Frieden
und Unabhängigkeit, für sozialen Fortschritt und das Recht
auf Leben Bombendrohungen und die Verleumdung als „kom-
munistische Aggressoren“ entgegenhalten, haben historisch
verspielt.

Der sowjetische Arbeiter, der in freiwilliger Arbeit materielle
Hilfe für Vietnam leistet, der portugiesische Student, der in
den ländlichen Gebieten Portugals den jahrzehntelang unter-
drückten Bauern Lesen und Schreiben beibringt, der Arbeiter-
jugendliche in der BRD, der für mehr Bildung auf Kosten
der Profite der Konzerne demonstriert — sie bestimmen im-
mer mehr den Gang der Geschichte.

In diesen Wochen schließen sich in der BRD Lehrlinge, Schü-
ler, Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Kommunisten fe-
ster für die Forderung „USA — raus aus Südvietnam“ zu-
sammen. Die Volksbewegung Südvietnams, deren politische
Kampfkraft trotz des unglaublichen Terrors des Thieu-Regi-
mes anwächst, braucht in dieser zugespitzten Lage auch die
Unterstützung der fortschrittlichen Kräfte in der BRD. Die De-
mokratische Republik Vietnam, die Republik Südvietnam muß
von der Bundesregierung endlich diplomatisch anerkannt
werden. Das vietnamesische Volk braucht materielle Unter-
stützung — keinen Pfennig für das Thieu-Regime! Auch die
Solidarität mit dem Kampf der Völker Indochinas ist ein Bei-
trag zum Kampf gegen Strauß und Dregger, gegen alle Anti-
kommunisten welcher Schattierung auch immer.

Claus Proff

4 briefe

5 rb intern Skandalöse Entscheidung im RCDS-Prozeß

6 politik aktuell Exklusiv-Interview mit dem palästinensischen Präsidenten der GUPS, Sakher Besico zur Frage: „Gibt es einen neuen Krieg im Nahen Osten?“

7 Togliatti ist nicht Turin
8 Scheels Erkenntnis zum Jahr der Frau
9 M. Dohmen: Prognosen mit beschränkter Haftung

10 nachrichten

12 gastkommentar Frank Deppe: Sozialdemokratische Neujahrsgrüße

14 internationales Südafrika: Klassenkampf und Rassismus

18 hochschule Steffen Lehndorff: Studenten sehen rot
19 Wettbewerb Literatur der Studentenbewegung
20 Alles über studentische Krankenversicherung
24 Interview mit Heiner Blasenbrey: Macht den MSB stark
25 DGB und Uni

27 titelstory Rolf Bastian: Karneval – Narrenspiel der Reaktion

32 brd Ratsherr mit 22

34 theorie Michael Wilmes: Warum die Maoisten keine Linken sind

38 kultur Oskar Neumann: Krisenreflexe: Mythos, Nostalgie, Irrationalismus

42 musik Rentner – über die weichgewordene härteste Band der Welt
44 ... jede Nacht zusammen ... Interview mit dem DDR-Sänger Reinhold Andert

47 buch Karlo's Monatslektüre
48 Proletkult? – Über Kulturpolitik und Kulturrevolution in der Sowjetunion

50 film Hoffnung für die Leiche? – Über Polanskis Film „Chinatown“

**Studentenmagazin
rote blätter**

**Organ des Marxistischen
Studentenbundes SPARTAKUS**

**53 Bonn 1
Poppelsdorfer Allee 58 a
Tel. 0 22 21 – 63 12 02/03**

**Postadresse:
MSB SPARTAKUS Bundesvorstand
53 Bonn 1, Postfach**

**Herausgeber:
Bundesvorstand des MSB SPARTAKUS**

**Erscheint in der
Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 18
Telefon 02 31 – 57 20 10**

**Verantwortlich:
Franz Hutzfeldt**

**Gestaltung:
Friederike Görke**

**Druck und Versand:
Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH,
404 Neuss, Xantener Straße 7
Telefon 0 21 01 – 5 70 81**

**Anzeigenbüro:
Ulrich Maske
2 Hamburg 76
Buchstraße 12 a
Telefon 0 40 – 2 29 84 83**

**Auflage: 30 000
Preis: 1 DM**

die roten blätter erscheinen monatlich. Ein Jahresabonnement kostet einschließlich Porto 10,50 DM. Bestellungen an den Spartakus-Bundesvorstand.

Einzelausgaben erhältlich bei jedem Spartenkisten und (gegen Voreinsendung von 1 DM + 0,70 DM Porto) beim SPARTAKUS-Bundesvorstand

Adressenänderungen und Anfragen wegen Lieferungsschwierigkeiten bitte an den Verlag

Namentlich gekennzeichnete Artikel können, müssen aber nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben

Abdruck nur mit Quellenangabe und 2 Belegexemplaren an die Redaktion

Fotos/Karikaturen:
M. Bauer, Demokratische Grafik
Hamburg (Titel + Karikaturen)
S. Siegert, S. Johannsen,
M. Taroni, APN, MSB-Gruppen
rote-blätter-Leser

Konten:
Spartakus-Bundesvorstand
Bank für Gemeinwirtschaft, Bonn 10141 440;
Postcheckamt Köln 27 11 87-503
Weltkreis-Verlag
PSchAmt Dortmund 536 10-469

briefe

Mit Recht weist der nachfolgende Leserbrief auf ein Problem hin. Wir haben, auch für uns unerwartet, so viele Abo-bestellungen erhalten, daß es Ende des letzten Jahres in – wohlgernekt – Einzelfällen zu Lieferschwierigkeiten kam. Die große Mehrheit aller Abonnenten konnte trotz dieses großen Ansturms pünktlich beliefert werden. Sollte es trotzdem im Einzelfall zu einer Verzögerung kommen, wendet Euch bitte sofort mit Eurer genauen Adresse an Redaktion oder Verlag.

Es sind nun schon mehr als vier Monate vergangen, als ich und noch ein paar andere Genossen die roten blätter bei euch bestellt hatten. So hoffte ich denn auch darauf, daß sie dann demnächst auch mit der Post kämen; aber falsch gehofft, denn bis heute habe ich die roten blätter noch nicht zugeschickt bekommen. Das ärgert mich um so mehr, da ich die jetzige Aufmachung im Vergleich zu früher als gelungen bezeichnen möchte. Außerdem hat die Verzögerung noch den Nachteil, daß Sympathisanten wohl eher abgeschreckt als geworben werden.

Ich bestelle also hiermit noch einmal die roten blätter und „hof-

fe“, daß sie dieses Mal auch ihr Ziel erreichen werden. Nun noch etwas zum Inhalt: Nicht, daß mir der Inhalt nicht gefällt, es fehlen aber Berichte über die Kollegs und deren Probleme.

Gerd Teuteberg, Bad Salzuflen

Abbestellungen von rb-Abos sind eine solche Seltenheit, daß wir sie allen Lesern zugänglich machen wollen:



Wettbewerb: Literatur der Studentenbewegung
Studentenmagazin Januar 1975 3. Jahrgang 1-196

rote blätter 23
Organ des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS

Max Reimann: „Die anarchistische Nachgeburt“
Bundesweite vde-
Urteilsermittlung
„Achtung, Achtung! Hier spricht der ASTA“
Warum die Klassiker auch heute recht haben

In der KRISF BRD

Bin im vergangenen Semester noch gerade von MSB-Mitgliedern überredet worden, die „roten blätter“ zu abonnieren.

Nach der Durchsicht der Ausgabe Nr. 20 des Magazins aber muß ich feststellen, daß mein Interesse nicht auf Seiten so einsichtiger Berichterstattungen mit autoritär-sozialistischer dogmatischer Tendenz liegt.

Die apriori pro-kommunistische Ausrichtung nebst Positivierung der Ostblockstaaten findet nicht meine Zustimmung.

Aus diesem Grunde bin ich nicht gewillt, weitere Exemplare zu beziehen.

Falls ich jedoch aufgrund einer eingegangenen Abonnementverpflichtung aus rechtlichen Gründen dies nicht mehr rückgängig machen kann, so seien Sie meines Desinteresses nebst Nichtlesens versichert (was wohl den von Ihnen angestrebten Zweck verfehlt).

Ansonsten teilen Sie mir die zu begleichenden Kosten für das Exemplar Nr. 20 mit.

Jürgen Hillemacher, Düsseldorf

Auf dem nachfolgenden Leserbrief fehlt leider eine genaue Adresse, so daß wir dem Leserwunsch bisher nicht nachkommen konnten, ihm seine Arbeiten zurückzuschicken. Vielleicht schickt er sie uns noch. Dann machen wir es gerne. Wir brauchen noch mehr solcher Initiativen:

In der neuen Ausgabe der „roten blätter“ habe ich den Aufruf gelesen: „Mehr Karikaturen in die rb.“ Nun, um meinen kleinen Beitrag zu leisten, schicke ich einige Sachen, von denen Ihr vielleicht etwas gebrauchen könnt. Falls nicht, ist's wohl nicht schlimm, denn Ihr wißt dann zumindest, daß die „rb“ eine große Resonanz finden. Ich finde sie auf jeden Fall prächtig... Ich bin Student, Fachhochschule für Grafik, Dortmund; Visuelle Kommunikation. Im Augenblick noch nicht im MSB.

Jürgen Huggath, Dortmund



In den rb 21 hatte die Redaktion mitgeteilt, daß sie bemüht ist, das Anzeigengeschäft auszuweiten und daß sie Anzeigen und redaktionellen Teil streng voneinander trennt. Sie hatte unter anderem darauf verwiesen, daß die Annoncierung einer Bierfirma nicht als politische Linie des Herausgebers verstanden werden darf, nur noch dieses Bier zu trinken.

Der nachfolgende Brief zeigt, daß uns der Leser nicht voll verstanden hat. Wir sind auf Anzeigen angewiesen, um unsere Zeitung finanzieren zu können und haben dabei nicht den Anzeigenmarkt, den Spiegel oder Stern haben.

Ich bestelle

Exemplare des Studentenaktionsprogramms zum Preis von —,50 DM + —,70 DM Porto

Exemplare der Broschüre „Werde Mitglied“ zum Preis von —,30 DM + —,50 DM Porto.

Bestellungen an
MSB Spartakus
– rote blätter –
53 Bonn 1, Postfach

Werde Mitglied!

MSB SPARTAKUS

FOR DIE FÜR BERICHTERSTÄFTUNG KÄMPFEN SPARTAKUS

MIT DER ARBEITERKASSE VERBÜNDET

Sind Spartakisten dogmatisch? Das Verhältnis zur DKP. Gibt es individuelle Gründe die einer Organisierung im MSB im Wege stehen? Die Berufsverbote

Wünschen viel Erfolg bei Euren Bemühungen, das „Anzeigengeschäft auszuweiten“. Weder als Herausgeber noch als Leser sollte man dabei ideologische Bedenken haben. Jedoch: alles mit Maß. Sowenig wahrscheinlich es ist, daß ein Kirchenblatt Anzeigen atheistischer oder kommunistischer Vereinigungen annehmen läßt, sowenig sollte ein marxistisches Blatt für die Barmer Ersatzkasse ihre Spalten zur Verfügung stellen. Bislang war der studentische Sozialkampf bezüglich der Krankenversicherung nicht auf diesen Verein orientiert. Diese Anzeige hat doch eine andere Qualität als eine x-beliebige Bier- oder Zigarettenreklame.

Hermann Lenke, 355 Marburg

rb 22, S. 26 ff.: Jens Hagen,
Angst bei Studenten



Jens Hagens Titelstory „Angst“ in rb 22 macht unzweifelhaft die Ursachen der Angst bei Studenten sehr deutlich und bleibt dabei aufgrund des Zusammenschnitts von illustrierenden Zitaten und analytischem Kommentar gut lesbar. Die angegebene Perspektive, die Misere anzugehen, halte ich für die einzige mögliche.

Ich glaube aber, daß die Begründung dieser Perspektive ein wenig unvermittelt kommt und die Attraktivität und Notwendigkeit politischer Arbeit nicht genügend offenbar werden läßt. Vor allem muß diese Perspektive abgegrenzt werden gegen die verschiedenen sog. Selbshilfe- oder Selbsterfahrungsgruppen, die an vielen Hochschulen mit dem Anspruch, die gesellschaftlichen Ursachen studentischer Angst und Isolation zu bekämpfen, gegründet worden sind. Diskussionsgrundlage dieser Gruppen ist oft Dieter Duhms Buch „Angst im Kapitalismus“.

Gerhard Janssen, Göttingen

rb intern

Im RCDS-Prozeß wurde ein skandalöser Beschuß gefaßt, der an der Unabhängigkeit der 9. Zivilkammer des Bonner Landgerichts starke Zweifel aufkommen läßt. Denn die 9. Zivilkammer hat per Beschuß jede Beweisaufnahme im RCDS-Prozeß verhindert und seine Entscheidung im Prozeß ohne jede Beweisaufnahme gefällt.

Die Entscheidung selbst war bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt, weil die Kammer nach Angaben der Geschäftsstelle die Entscheidung und die Begründung in Heimarbeit gegeben haben und in der Geschäftsstelle keine Akte vorliegt.

Was ist die Ursache für diesen ungeheuerlichen Beschuß? Der Spartakus hatte unter anderem den Geschäftsführer des CDU-Wirtschaftsrates in Nordrhein-Westfalen, Dr. Halmo George, als Zeugen benannt, damit er gegebenenfalls unter Eid aussagt, welche Wirkung sein Aufruf, den RCDS finanziell zu unterstützen, denn gehabt hat. Der Spartakus hatte als Zeugen den RCDS-Bundesvorsitzenden Ulrich Schröder benannt, damit er darüber ebenfalls aus der Sicht des Geldempfängers berichtet. Weiter war der Polizeihauptkommissar Nachtsheim von der Bonner Polizei geladen, damit er über die vielfältigen Erfahrungen und die ständige Zusammenarbeit zwischen RCDS und politischer Polizei in Bonn berichtet. Und der NPD-Vertreter Johannes Kleifeld, der mit dem ehemaligen RCDS-Bundesvorsitzenden Gert Langguth in Bonn eine Veranstaltung durchführte, nachdem alle anderen Parteien eine Teilnahme abgesagt hatten. Und Herr Langguth selber sollte Stellung nehmen.

Das sind nur einige der wichtigsten Zeugen, die der Spartakus-Bundesvorstand benannt hatte, um seine Erklärungen im rote-blätter-Artikel Nr. 18 zu untermauern.

Mit seinem Beschuß, eine Gerichtsentscheidung ohne Beweisaufnahme durchzuführen, hat das Gericht dem Spartakus diese Möglichkeit genommen, und hat damit sozusagen den Weg offen gemacht, um eine Entscheidung im Interesse des RCDS zu fällen.

Man versteht in solcher Situation alle diejenigen, die an einer unabhängigen Entscheidung dieser Kammer in diesem Verfahren starke Zweifel hegen.

Offenbar wäre es einigen Herren in Bonn sehr unangenehm gewesen, wenn Halmo George und andere vor den Schranken des Gerichts und damit vor der Öffentlichkeit ausgesagt hätten, wenn die politische Polizei über ihre Zusammenarbeit mit dem RCDS berichtet hätte. Dieser Beschuß hat das verhindert. Einige Herren in Bonn werden aufatmen.

Wir meinen allerdings, daß dabei das Recht auf der Strecke geblieben ist. Und wenn wir das endgültige Urteil dieser Kammer noch nicht kennen, weil es gerade in Heimarbeit getippt wird, können wir es uns trotzdem nach dieser Entscheidung sehr gut vorstellen.

Der RCDS-Bundesvorsitzende Schröder hat in einem Artikel des unregelmäßig erscheinenden RCDS-Blattes behauptet, er wolle nach dem Prozeß endlich zur politischen Auseinandersetzung kommen.

Daß auch hier offenbar wieder die Lüge seinen Griffel führte, wird dadurch demonstriert, daß der RCDS zur gleichen Zeit ein Strafverfahren gegen den verantwortlichen Redakteur der roten blätter, Franz Hutzfeldt, wegen „Verleumdung“ eingeleitet hat.

Es geht dem RCDS also offenbar nicht nur darum, kritische Aussagen und Enthüllungen mit Hilfe von Gerichtsentscheidungen zu verhindern. Er will, so scheint es, auch die Redakteure, die politischen Gegner, sozusagen „strafrechtlich fertigmachen“. Auch in diesem Falle zieht er die Kriminalisierung des politischen Gegners der politischen Auseinandersetzung vor. Dieser Verband scheint seine Auseinandersetzungen vor den Schranken der Gerichte einer politischen vor den Augen und Ohren der Studenten vorzuziehen.

Das aber wird uns nicht hindern, diesen CDU/CSU-Studentenverband aus den ihm liebgewordenen Gerichtssälen in das Licht der Öffentlichkeit zu zwingen.

politik aktuell

Nahost

Gibt es einen neuen Krieg?

Ein Mitarbeiter der roten blätter führt in Kairo ein Gespräch mit dem palästinensischen Präsidenten der GUPS, Sakher Besico. Die GUPS wurde 1948 aus Studentengruppen palästinensischer Flüchtlinge gebildet. 1971 gab es 91 Gruppen in 28 Ländern. In der Bundesrepublik ist die GUPS 1972 verboten worden. Vorwand war das Attentat während der Münchner Olympiade. In Frankreich und auch in den anderen kapitalistischen Staaten arbeitet die GUPS ungehindert. Sie hat rund 86 000 aktive Mitglieder. 90–95 Prozent alter palästinensischen Studenten sind in der GUPS organisiert. Die GUPS ist in der Führung der PLO vertreten. Sie ist Mitglied des Internationalen Studentenbundes und des Weltbundes der Demokratischen Jugend.

rote blätter: Gibt es einen neuen Krieg im Nahen Osten?

Sakher Besico: Wir glauben, der Oktoberkrieg war ein patriotischer Krieg. Er hat das Kräfteverhältnis weltweit verändert.

Der Oktoberkrieg war das Ende der Legende, die Israelis seien niemals zu schlagen. Die Niederlage hat die israelische Bevölkerung auch stark verunsichert. Viele Menschen haben sich angesichts des Ausgangs gefragt, welchen Sinn eine israelische Expansionspolitik überhaupt hat.

Auf der anderen Seite hat dieser Krieg die Kampfkraft und den Kampfeswillen der arabischen Soldaten gezeigt, denn dieser

Krieg wurde von den arabischen Völkern einheitlich getragen.

Dieser Krieg hat auch bewiesen, daß die arabischen Soldaten die sowjetischen Waffen benutzen können, obwohl die Imperialisten und die reaktionären arabischen Regierungen Propaganda gegen diese Waffen gemacht haben.

Ergebnis des Krieges war auch die größere Einheit der arabischen Staaten. Der Krieg hat außerdem gezeigt, daß die arabischen Staaten das Erdöl als Druckmittel gegen die imperialistischen Staaten gebrauchen können.

Nach Ende des Oktoberkrieges unternahm die US-Regierung alle Anstrengungen, um die Ergebnis-

se des Krieges rückgängig zu machen, um die fortschrittliche Entwicklung in den arabischen Ländern zu stoppen.

Zweck der Kissinger-Reisen war, die Einheit der arabischen Länder zu spalten und einzelne arabische Länder zum Abschluß von Verträgen mit Israel zu veranlassen.

Weiteres Ziel der Kissinger-Reisen war, die Sowjetunion aus diesem Gebiet herauszudrängen.

Wir glauben, daß die Sowjetunion eine Hauptrolle für die Herstellung des Friedens in diesem Gebiet spielen muß.

Gerade weil die Sowjetunion uns moralisch und materiell unterstützt, versuchen die US-Imperialisten, sie herauszudrängen. Sie wollen den Israelis durch ihre Waffenlieferung ungehindert strategische Vorteile für eine erneute Aggression verschaffen.

Kissingers Diplomatie hat zum Ziel, die Genfer Friedensverhandlungen zu verhindern und direkte Friedensverhandlungen zwischen Israel auf der einen Seite und einzelnen arabischen Ländern auf der anderen Seite zu erreichen.

Deshalb hat Israel das Vermittlerangebot des französischen Außenministers auch abgelehnt. Warum ist Israel gegen die Genfer Verhandlungen? Natürlich, weil es nur in einem neuen Krieg die Möglichkeit sieht, die Ergebnisse des letzten zu revidieren. Deshalb bereiten sich die Israelis auf einen neuen Krieg vor, für den sie von Seiten der imperialistischen Kräfte volle Unterstützung erhalten. Wir glauben daher, daß es einen neuen Krieg geben wird. Allerdings läßt sich heute nicht das Ausmaß eines neuen Krieges absehen. Ob es einen begrenzten Krieg oder einen Krieg mit weitreichenden internationalen Konsequenzen gibt, können wir heute nicht sagen. Solange die israelischen Imperialisten die Rechte des palästinensischen Volkes ignorieren, ist die Kriegsgefahr akut.

rote blätter: Würdet ihr einen israelischen Staat in den Grenzen von 1967 akzeptieren und wie stellt ihr euch einen zukünftigen Staat vor?

Sakher Besico: Unser Ziel ist es, das palästinensische Volk zu befreien, um einen demokratischen Staat in Palästina aufzubauen. Wir wollen, daß alle dort ohne Rassismus und Diskriminierung zusammenleben — ob Muslims, Juden oder Christen.

Das Problem aber ist, daß Israel nicht die Existenz des palästinensischen Volkes anerkennt. Wenn Israel das Recht des palästinensischen Volkes auf die Existenz in einem eigenen Staat akzeptiert und auf seine expansionistischen Ziele verzichtet, dann können wir weitersehen.

In Zukunft wird ein palästinensischer Staat auf der Westbank

von Jordanien und Gaza bestehen. Das wird allerdings nicht die endgültige Lösung des Palästina-Problems sein, denn das Ziel ist die Errichtung eines demokratischen palästinensischen Staates in ganz Palästina, in dem auch die Juden, von der zionistischen Herrschaft befreit, leben können. Denn der Zionismus ist ebenso wie das Apartheid-Regime in Südafrika in unseren Augen eine imperialistische rassistische Bewegung.

rote blätter: Welche Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der Studentenbewegung der Bundesrepublik sieht du und wie können wir in der Bundesrepublik für die Wiederzulassung der GUPS kämpfen? Ein erster Schritt ist sicherlich dieses Interview. In Westdeutschland stößt man jedoch häufig auf Unverständnis, wenn es um die Solidarität mit dem palästinensischen Volk geht. Ein Grund liegt in den Verbrechen des deutschen Faschismus an den Juden.

Welche Vorstellungen hast du darüber, wie man politischen Druck auf die Regierung ausüben kann, die GUPS wieder zuzulassen?

Sakher Besico: Der zionistische Staat verfolgt dieselben Methoden gegen die Palästinenser wie die Nazis gegen die Juden.

Wir sind ebenso gegen den Zionismus wie wir gegen die Ermordung der Juden durch den Nationalsozialismus sind.

Seit der Entstehung des Staates Israel haben die Zionisten ebensoviel Terror und Gewalt gegen die Palästinenser ausgeübt wie die Nazis gegen die Juden.

Wir können es nicht verstehen, wenn manche Deutsche zwar gegen den Nazismus, aber nicht gegen den Zionismus sind. Es gibt keinen Unterschied zwischen der Ermordung der Juden in Deutschland und dem Massaker von Ber-jassin. Wir meinen, Ber-jassin ist noch schlimmer; denn die Juden haben selbst erlebt, wie es ist, wenn ein Volk ermordet wird.

Den Kampf für die Wiederzulassung der GUPS in Westdeutschland stellen wir uns so vor: Erstens solltet ihr politischen Druck auf Parlament und Regierung durch eure politischen Gruppen und die Gewerkschaften ausüben.

Auch in eurer Öffentlichkeitsarbeit solltet ihr darüber berichten, wie sich die palästinensischen Jugendlichen und Studenten für ihre Rechte einsetzen und für die Befreiung ihres Volkes kämpfen. Ihr solltet auch juristische Schritte gegen die deutsche Regierung unternehmen. Mehrere palästinensische Studenten haben positive Urteile gegen ihre Abschiebungen erreicht. Sie durften zurückkehren. Es bestehen also eventuell auch juristische Mög-



Mitbegründer der GUPS war der heutige PLO-Führer Yasser Arafat (Foto von den Weltfestspielen 1973 in Berlin, DDR).

lichkeiten, die Wiederzulassung der GUPS zu erreichen. Denn die GUPS hat nichts mit dem Münchener Attentat zu tun. Das Verbot ist eine Diskriminierung aller palästinensischen Studenten und sollte besonders angesichts der weltweiten Anerkennung der palästinensischen Befreiungsbewegung, z. B. in der UNO, wo die PLO jetzt Beobachterstatus hat, der Vergangenheit angehören.

Die positiven Urteile der Studenten können dabei unterstützend herangezogen werden.

Die westdeutsche Regierung kann das Recht der Palästinenser nicht ignorieren.

rote blätter: Nun ist ja die GUPS 1972 in der BRD verboten worden. Zum Anlaß genommen wurden die Münchener Ereignisse während der Olympiade. Wie steht die GUPS zu solchen Aktionen wie in München und zu Flugzeugentführungen?

Sakher Besico: Wir unterscheiden zwischen Terror und revolutionärer Gewalt. Wir respektieren die inneren Motive der palästinensischen Jugendlichen, die diese Aktionen unternommen haben. Insbesondere bei den Operationen, die Gegenschläge auf israelische Operationen sind, z. B. bei israelischen Überfällen im Südlibanon. Wir können nicht die Gefühle eines palästinensischen Jugendlichen ignorieren, der mit eigenen Augen mit ansehen muß, wie sein Haus zerstört und seine Eltern, seine Familie von den Israelis. Aber wir können grundsätzlich nicht alle Operationen gutheissen. Der Sinn der Münchener Aktion war die Befreiung mehrerer Gefangener, nicht der Mord an Israelis. Die Ursache für die tragischen Ereignisse liegt im Verhalten der Israelis und der westdeutschen Behörden.

Wir sind generell gegen Flugzeugentführungen. Die letzte Entführung war die von Tunis. Ich selbst war Mitglied der Verhandlungsdelegation, die nach Tunis flog, um mit den Palästinensern zu verhandeln. Ich habe den Entführern angeboten, mich im Austausch mit den drei britischen Piloten als Geisel zu nehmen.

Unser Verhältnis zu diesen Aktionen zeigt sich also deutlich darin, daß der Präsident der GUPS bereit ist, sich gegen ausländische Piloten eintauschen zu lassen.

rote blätter: Wir danken dir für das Gespräch.

Sowjetunion

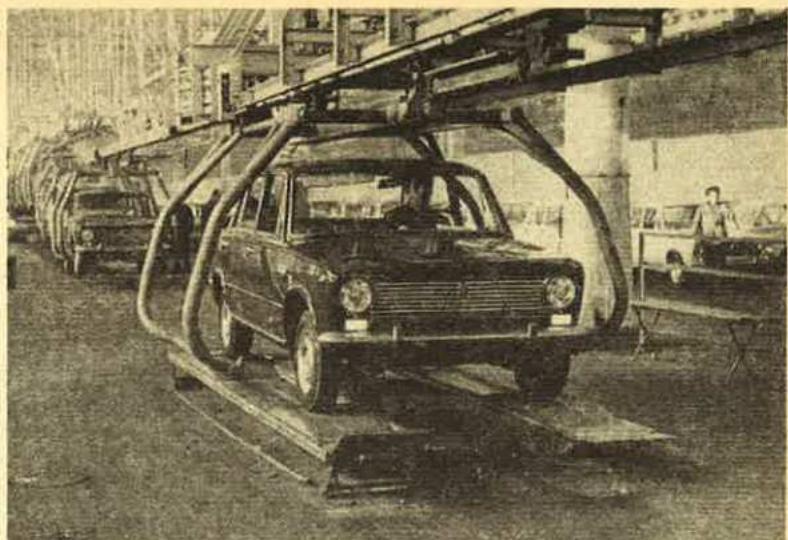
Togliatti ist nicht Turin

Eine immer wieder gestellte Frage beschäftigt sich mit den Arbeitsbedingungen in sozialistischen Unternehmen, die bei kapitalistischen Konzernen gekauft werden. So verstreuen mit besonderer Vorliebe maoistische Gruppierungen die Behauptung, die Sowjetunion würde zum Beispiel bei der Errichtung des von Fiat gekauften Automobilwerkes in Togliatti die gleichen unmenschlichen Produktionsformen übernehmen, die auch bei Fiat herrschen. Die Wirklichkeit hat damit nichts gemein. Anatoli Prasnikow von APN nennt hierzu einige wichtige Daten und Fakten.

So wurden allein beim Bau des Autowerkes in Togliatti über 500 einschneidende Veränderungen, beziehungsweise Ergänzungen an den von Fiat projektierten Arbeitsbedingungen vorgenommen. Denn die sowjetischen Gewerkschaften waren nicht bereit, die projektierten Arbeitsbedingungen anzuerkennen.

Nach den in der Sowjetunion bestehenden Gesetzen und Vorschriften kann ohne die Erlaubnis einer technischen Kommission der Gewerkschaften kein Betrieb und nicht einmal eine Betriebsabteilung ihre Produktion beginnen. Besonders häufig muß die Gewerkschaft ihr „Veto“ gegen importierte Betriebsausrüstungen einlegen, wenn sie nicht mit den gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitsschutzmitteln versehen sind und nicht der Betriebssicherheit entsprechen.

So hatten die italienischen Planer zum Beispiel vorgeschlagen, das Hauptfließband (mit einer Gesamtlänge von 1,5 Kilometer) zickzack anzulegen. Das hätte zwar die Ausmaße des Gebäudes und die Baukosten verringert, hätte aber zuviel Arbeitsplätze auf zu engem Raum konzentriert und zudem eine optimale Beleuchtung des Arbeitsplatzes erschwert. Auf Anweisung der sowjetischen Spezialisten wurden daraufhin die drei Fließreihen des Fließbandes parallel angelegt. Sie wurden zudem näher an die Gebädefassade herangerückt, und die Fensterfläche wurde um etwa ein Viertel vergrößert.



Produktionshalle: Ein großer Teil der Fabrikhallen wurde auf das Drei- bis Fünffache gegenüber der Fiat-Planung erweitert.



Das Rechenzentrum des Togliatti-Werkes: Hat die Sowjetunion die gleichen unmenschlichen Produktionsformen des Fiat-Konzernes übernommen? (Fotos APN)

Es gibt keine Betriebsabteilung des Togliatti-Werkes, in der solche Veränderungen nicht durchgeführt werden müssten, in der Stanzerei, in der mechanischen Montage, in der Gießerei, in der Karosserieabteilung und anderen. In der Härterei-Anlage zum Beispiel wurde eine starke Entlüftungsanlage montiert, denn sonst hätte der Gasgehalt der Luft die in der UdSSR oberste zulässige sanitäre Norm um 7 Prozent überstiegen.

Über das im Projekt vorgesehene Lüftungssystem hinaus wurden noch etwa 200 allgemeine und lokale Lüftungssysteme eingebaut. Und ein großer Teil der Fabrikhallen wurde auf das Drei- bis Fünffache gegenüber der italienischen Planung erweitert. In einer anderen Abteilung wurde aus dem Arbeitsprozeß die stark toxische Beryll-Legierung ausgeschaltet. In einer weiteren

Abteilung das nicht minder schädliche Trichloräthylen. Wichtige Veränderungen gingen dabei auf Initiative der Arbeiter zurück. Die Belegschaft unterbreitete inzwischen über 1700 Vorschläge zur Verbesserung des Arbeitsschutzes und zur Unfallverhütung. 1300 von ihnen wurden bereits verwirklicht.

Im Betrieb wurde eine Dienststelle eingerichtet, die sich speziell mit den Arbeitsbedingungen befaßt. Dazu gehören Labors für Industriehygiene, das Büro für Arbeitsbedingungen sowie das Labor für Ergonomik (Psychophysiologie der Arbeit) und Soziologie der Arbeit.

Solche revolutionäre Veränderungen der Arbeitsbedingungen kosteten enorme Geldsummen. Allein die Baukosten des Betriebes in Togliatti erhöhten sich um Millionen Rubel (1 Rubel = 3 DM).

Januar-Zitate

„Viele sehen darin ein Zeichen der Schwäche, daß die USA (scheinbar) ungerührt die Entwicklung in Portugal verfolgen. Nun, auch sie haben gelernt. Ohne US-Intervention haben die gemäßigten Kräfte im Lande noch eine schwache Chance; Bei einer offenen US-Intervention wäre Portugal als Partner für immer verloren. Aktionen wie im Libanon werden die USA nur noch dann unternehmen, wenn lebenswichtige Interessen der USA berührt sind (z. B. Sicherung der Ölversorgung). Aber Portugal hat kein Öl, und Portwein ist kein Essential.“

Überdies gehört es zu den Praktiken der neueren amerikanischen Außenpolitik, links-revolutionäre Entwicklungen in Ländern des US-Interessen-Bereichs erst einmal ausreihen zu lassen. Ein Musterbeispiel ist Chile: Dort intervenierten die USA nicht, als Allende an die Macht kam. Sie ließen den Chilenen Zeit, um dann ohne martialischen Aufwand den inneren Widerstand bis zum Gegenputsch zu unterstützen. Dieser bemerkenswerte Erfolg könnte maßgeblich sein für das Verhalten der USA in Portugal, eines Tages vielleicht auch in Griechenland. Die wichtigste Trumpfkarte der USA: Sie können — oft schon durch reinen Hilfe-Entzug — ein Land aushungern.

Auch wenn in Italien oder Frankreich die Kommunisten durch Wahlen an die Macht gelangen sollten, werden keine US-Mariner an Land gehen. Aber: Rufen die Kommunisten dort die Volksdemokratie aus, dann ist die Vorstufe des dritten Weltkrieges erreicht.“

Vertrauliche Wirtschaftsbriefe (Nr. XXIX/196/74)

Ahnlich hatte sich zuvor Außenminister Tschiao geäußert, der Strauß bescheinigte, er sei ein prominenter Politiker, ein Politiker, der einsichtsvoll sei. China bewunderte die von Strauß einmal ausgesprochene Warnung „Wer einen Krieg vom Zaun brechen will, schwätzt vom Frieden“.

Frankfurter Rundschau
15. 1. 1975

„Bereits der erste Arbeitstag des CSU-Vorsitzenden ließ nach Ansicht Pekinger politischer Beobachter einen lebhaften und konstruktiven Dialog erkennen. Das liege wohl auch daran, meinte man, daß Strauß in chinesischen Augen vielleicht der deutsche Politiker sei, dessen außenpolitische Ansichten Pekings eigenen Vorstellungen von Einheit und Sicherheit und vom Wert des atlantischen Bündnisses am nächsten kämen.“

Frankfurter Rundschau
5. 1. 1975

Der Minister verwies — noch während die Journalisten und die übrigen Begleiter des CSU-Vorsitzenden im Raum waren — auf die Bedeutung der bayrischen Landtagswahlen und sagte lachend zu Strauß: „Wir hoffen, daß Sie mit dem Ergebnis zufrieden waren“. Als Strauß erwähnte, seine Partei habe 62 Prozent erreicht, meinte Tschiao Kuanhua: Dies ist ein Zeichen, daß sie die Meinung der meisten Freunde widergespiegelt habe. Das Prinzip der Demokratie und der Wettkampf verschiedener Meinungen, so der chinesische Außenminister, sei eine schöne Sache.

Die Welt, 14. 1. 1975

Am Rande der letzten Kultusministerkonferenz entwickelte sich zwischen dem nordrhein-westfälischen Wissenschaftsminister Johannes Rau und seinem bayrischen Kollegen Hans Maier folgender Dialog:

Rau: „Wie stehen Sie zur FDGO?“

Maier: „Nein, habe ich nichts mit zu tun.“

Rau: „Überlegen Sie sich's gut, ich frage nach der Mittagspause noch mal nach.“

Maier (nach der Mittagspause): „Nein, nein, in dem Verein bin ich nicht.“

Erklärt Rau lakonisch: „FDGO bedeutet ‚Freiheitlich demokratische Grundordnung‘.“

Aus: Dokumentation zum Berufsverbot gegen den Stuttgarter Bauingenieur Heiner Blasenbrey.



Scheel in der Bonner Beethovenhalle: „Geht doch zu den Gewerkschaften, geht doch dahin, das ist die richtige Adresse, da könnt ihr auf die Pauke hauen...“

Jahr der Frau

Scheels Erkenntnisse

Auf einer großen und festlichen Veranstaltung in der Beethovenhalle zu Bonn eröffnete Bundespräsident Scheel mit gesetzten Worten das von den Vereinten Nationen ausgerufene „Jahr der Frau“. Ernst warnte er vor zuviel Aktivität, sein Rezept lautete: Die Gleichberechtigung durch Nachdenken jedes Bürgers „von den Spruchbändern herunter und fest in unser Bewußtsein“ zu holen.

Auch er, der Bundespräsident, hatte nachgedacht. Das demonstrierte er beim anschließenden großen Empfang in derselben Halle. Denn unter die festlich gekleideten hatten sich auch unerwartet und nicht eingeladen einige Mitglieder einer Bonner Frauengruppe gemischt, die nun munter das Gespräch mit den Größen aus Politik und Wirtschaft suchten. Schnell näherten sie sich auch dem Kreise, in dem Walter Scheel mit seinem Glas in der Hand das lockere Gespräch pflegte. Frau Focke reagierte als erste geistesgegenwärtig: „Walter, ich glaube, sie wollen zu dir“, sagte sie, drehte sich um und verschwand.

Nicht so der Bundespräsident. Er gab jeder Frau die Hand, sagte jeder Frau „Guten Tag“ und wollte sich ebenfalls — allerdings freundlich lächelnd — verabschieden. Aber von den Frauen nicht so schnell entlassen, rang er sich zu einigen Bemerkungen durch: „Sie werben nicht sehr emanzipiert. Sie machen für ihre Ziele mit den falschen Mitteln aufmerksam. Denn: Emanzipation muß sich als erstes im Geiste des Mannes vollziehen.“

Auf die gewöhnlichen Fragen des täglichen Lebens angesprochen, auf die Situation der Frauen, die in den sogenannten „Leichtlohngruppen“ die gleiche Arbeit wie die Männer leisten, aber weniger Gold bekommen, war der Bundespräsident um eine Antwort nicht verlegen: „Das stimmt nicht. Frauen üben schlechte und oft minderwertige Arbeit aus, weil sie früher zu wenig investiert haben.“

Und wollte sich mit diesen weißen Worten entfernen. Allerdings nicht ohne eine charmante Abschlußbemerkung: „Sehen Sie, bei uns hat die Frau doch alle Möglichkeiten. Nehmen Sie mich als Beispiel. Ich habe drei Frauen im Haus und zwei Haushälterinnen und nur einen Mann, der mich unterstützt, und der ist erst vier Jahre alt, drei Frauen bin ich ausgeliefert.“

Als sie den Präsidenten nun beim Wort nahmen, fragten, warum nicht eine Frau Bundespräsident werde, wußte Scheel wichtige Interna zu berichten: „Aber was, meine Frau hätte Bundespräsident werden können, sie wollte es nur nicht. Und wirklich, wir haben überlegt, ob wir nicht auch mal wieder eine Frau nehmen, damals bei der Wahl, haben wir überlegt.“

Als nun die Bonner Frauengruppe immer noch nicht locker ließ und sogar nach der Frauenarbeitslosigkeit zu fragen wagte, wurde Scheel ungeduldig und auch etwas energisch: „Geht doch zu den Gewerkschaften, geht doch dahin, das ist die richtige Adresse, da könnt ihr auf die Pauke hauen...“

Wobei der Herr Bundespräsident mit seiner Aufforderung, zu den Gewerkschaften zu gehen, gar nicht mal so unrecht hat. Nicht um Klamauk zu machen. Sondern um seine Interessen zu vertreten. Und dabei wird auch schon mal auf die Pauke gehauen.

von
Matthias
Dohmen



Tribut an die Musen? Märchen stehen hierzulande hoch im Kurs, ihre Autoren erfreuen sich hoher Reputation, des Besitzes von Bundesverdienstkreuzen und überhaupt ansehnlicher Einkünfte.

Die Märchen, deren Verfasser sich dieser veröffentlichten Kunst erfreuen, fallen jedoch nicht in die Sparte „Literatur“, sondern unter die Rubrik „wirtschaftswissenschaftliche Vorphersagen“. Deren Vertreter geben uns Anfang des Jahres die Prognose, derzufolge die Preissteigerungsrate 1975 bei 6,5 Prozent liegen sollte. Nicht, daß sie sich einig wären: Einige Institute und Institutionen liegen um ein bis zwei Punkte unter bzw. über der angegebenen Ziffer. Bereits 1968 hat das „Deutsche Industrieinstitut“, eine Behörde des Bundesverbandes der Industrie (BDI), feststellen müssen, die Trefferquote der Gutachten einschlägiger Sachverständiger in den Jahren 1964 bis 1967 sei die folgende: fast 60

Prognosen mit beschränkter Haftung

Percent Überschätzungen, rund 25 Prozent Unterschätzungen, rund 15 Prozent völlige Fehleinschätzungen.

Die Tätigkeit der bekanntesten Einrichtung dieser Provenienz, des „Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“, ist sogar gesetzlich festgelegt. Die Mitglieder des Rates werden in der bürgerlichen Presse fortwährend und ohne Anflug von Ironie als die „fünf Weisen“ in Umlauf gebracht, es sind samt und sonders Professoren. Einer von ihnen heißt Gutowski. Er erklärte am späten Vormittag des 4. Januar im 2. Hörfunkprogramm des WDR, im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung der BRD könne von einer echten Krise keine Rede sein. Was fehle, sei ein „Mangel an politischem Talent und ökonomischer Vernunft“.

Nach Lenins Erkenntnis ist eine der Hauptkennzeichen des Imperialismus die immer schärfer voranschreitende Konzentration und Zentralisation des Kapitals. Jedermann zugänglichen Zahlen des Bundeskartellamtes zufolge trifft diese Tendenz in der Bundesrepublik voll zu. So zählte das Amt für 1973 — für das abgelaufene Jahr liegen noch keine Ziffern vor — 242 Unternehmenszusammenschlüsse. Registriert wurden dabei nur jene Fusionen, für die das nach dem neuen Kartellrecht vorgesehene Prüfungsverfahren bereits abgeschlossen war. Auf drei Prozent aller Industrieunternehmen entfiel mehr als 60 Prozent des Inlandsumsatzes. Ein schmackhaftes Butterbrot: Nach Angaben der Behörde ist der Anteil der jeweils drei größten Unternehmen am Gesamtumsatz der Branche in Sachen Margarine 85 Prozent, in Sachen Bergbau 79 Prozent. Anno 1974 verbot das Kartellamt den

Zusammenschluß von VEBA zu Gelsenberg (Petrochemie). Eine Anordnung aus dem Bonner Wirtschaftsministerium machte den Beschluß der Marktwächter zunichte. VEBA/Gelsenberg besteht als achtes Mitglied in der Familie der sieben multinationalen Ölgesellschaften. — Fehlende ökonomische Vernunft, mangelnde politische Einsicht?

Nach Behauptungen von Marx und Engels liegt die Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft in der privatkapitalistischen Verfügungsgewalt (dem Besitz) an den Produktionsmitteln. Den Sonntagsreden von Bundespräsidenten und anderer Sachverständiger zu glauben, hat eine solche Verfügungsgewalt — wenn überhaupt, und das muß ja schrecklich gewesen sein! — im 19. Jahrhundert stattgefunden.

Heute leben wir in einer sozialen Marktwirtschaft, und die Handlungen der Kapitalisten sind seitens und kraft staatlicher Gesetze in einer Weise eingeschränkt, daß es einen dauer möchte und das pure Mitfeld überkommt. Eine weitere vielfach verbreitete Sage will wissen, sogenannte Manager hätten die Macht übernommen. Kurzum: Alle Macht geht vom Volke aus. Jedoch das Volk scheint vom Aus-



sterben bedroht, macht es doch nur noch 1,7 Prozent seiner Masse aus. Und dieses „Volk“, der Rest stellt die Statisterei, hat seine eigenen Gesetze. Auf der Anti-Mitbestimmungskundgebung der BDA bezeichnete deren Präsident, der ehemalige SA-Funktionär Schleyer,

Ende März vergangenen Jahres wörtlich „das Privateigentum und die damit verbundene Verfügungsbefugnis“ als die zentralen Verfassungskategorien. Wo wir bei der Mitbestimmung sind: Die Gesetzesvorhaben der Regierungsparteien und der als solcher bezeichneten Opposition erfüllen nicht einmal von der formalen Seite her den Grundsatz der Parität. — Mangelnde ökonomische Einsicht, fehlende politische Vernunft?

Gutowski hat unrecht. Der ökonomischen und politischen Entwicklung in der BRD ist eine bestimmte Zielgerichtetheit nicht abzusprechen. Halten wir das fest, und erinnern wir uns weiter, worin die Grundlage der Entwicklung liegt. Der unaufhebbare Widerspruch des bürgerlichen Systems liegt aber bekanntlich im privatkapitalistischen Eigentum einerseits und der gesellschaftlichen Produktion andererseits.

Gutowski hat gleichzeitig auf eine Weise recht, die ihm gar nicht recht ist: Die Krise der Ökonomie, die Arbeitslosigkeit, Bildungs- und Ausbildungsmisere haben durchaus etwas zu tun mit Mangel an politischem Talent und ökonomischer Vernunft: Es müssen, aufs Grundsätzliche gesehen, durchaus „andere“ Leute an die Schaltstellen von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat. Diese anderen Leute sind jedoch nur vorstellbar als Repräsentanten eines ebenso anderen Systems. In der Sowjetunion und den später entstandenen Volksdemokratien ist diese Gesellschaft bereits geschaffen worden. Überdies: sie ist planbar. Dort regieren Männer, die, gewichtige Fehler eingeschlossen, an einem unheilbaren Nicht-Mangel an politischem Talent und ökonomischer Vernunft leiden sowie einem



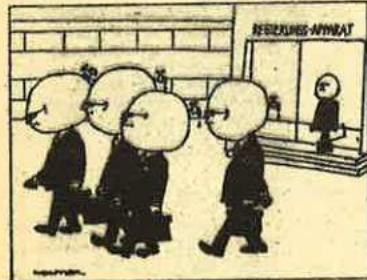
ebenso unheilbaren Nicht-Mangel an planerischen Fähigkeiten. Die Sachverständigen unserer Hemisphäre bringen nur noch besseren Kaffeesatz zustande. Ihren Prognosen mit beschränkter Haftung liegt ein brüchiges System zugrunde.

nachrichten

„Großkopferte“ aus dem Schlaf gerissen!

Am Mittwoch, dem 27.11.1974, um 9.20 Uhr besuchten mehrere Studenten den Münchner Stadtrats-Ausschuß „Sozial- und Jugendpolitik“. Da bei den Damen und Herren Stadträten zu so früher Morgenstunde bis auf den Magen noch nichts arbeitete, reagierten sie ziemlich erschreckt und drohten mit der Staatsgewalt, als die Studenten ein Transparent entrollten, das, zudem es rot war, noch folgende Forderungen enthielt:

Leerstehende Wohnungen an Studenten!
Förderung des studentischen Wohnheimbaus!
600,— DM BAFÖG und 1200,— DM Elternfreibetrag sofort!
Die Antwort von Bürgermeister Müller-Heydenreich: „Das gehört nicht hierher, das ist ein Sitzungssaal.“



... und auch das Wasser wird immer teurer!

Aber damit nicht genug! Als der Ausschuß eine halbe Stunde später per Bus zu Ortsbesichtigungen leerstehender und zweckentfremdeter Wohnungen aufbrechen wollte, wurde er erneut gestellt.

Durch die „Nähe zum Bürger“ ermutigt, ließen sich einige Stadträte herab und richteten interessierte Fragen an die Studenten. Wie z. B.: „Was ist denn überhaupt BAFÖG?“ oder „Was heißt denn Elternfreibetrag?“

Beim Vorschlag „man solle doch arbeiten“ darauf hingewiesen, daß es in den letzten Semesterferien 80 Prozent weniger Jobs als im vergleichbaren Vorjahr

reszeitraum gegeben habe, stiegen die Damen und Herren schulterzuckend und milde lächelnd in ihren Bus, „sie hätten ja außerdem überhaupt keinen Einfluß, den sie geltend machen könnten“ und brachen auf, zur „einflußlosen“ und wahrscheinlich auch ergebnislosen Besichtigung zweckentfremdeter Wohnungen in der Maxvorstadt.

Diese Aktion des MSB Spartakus hat einmal mehr gezeigt: Wenn wir unsere berechtigten Forderungen durchsetzen wollen, dürfen wir nicht darauf warten, bis denen da oben klar wird, wie schlecht es den Studenten geht und so sich herablassen, sich zu erklären, sondern wir müssen selbst aktiv werden und noch mehr Druck hinter unsere Forderungen setzen.

160,— DM weniger BAFÖG für Kollegiaten!

Für viele der Kollegiaten brachten die BAFÖG-Bescheinigungen der letzten beiden Monate eine böse Überraschung.

Die zum 1. August angekündigte Erhöhung um 80 DM traf für die Hälfte der Kollegiaten nicht ein. Laut dem BAFÖG-Änderungsgesetz bekommen die Studierenden, die den BAFÖG-Antrag im Januar/Februar gestellt haben, die Erhöhung erst am 1. Oktober. Das bedeutet 160 DM weniger für diese Studierenden. Um die Forderungen der Studierenden nach gleicher Behandlung und Nachzahlung der 160 DM durchzusetzen, hat der Landesring der Kollegs in Nordrhein-Westfalen und der Bundesring zur Beteiligung am Sternmarsch des VDS in Düsseldorf aufgerufen.

Ca. 20 Prozent aller Studierenden des Westfalen-Kollegs in Bielefeld haben sich an dem Sternmarsch beteiligt. Die meisten der Lehrer haben an diesem Tag die durch Beteiligung am Sternmarsch entstehenden Fehlstunden nicht als Fehlstunden aufgeschrieben.



BRD-Praktikanten in der Sowjetunion

In dem im Mai 1973 geschlossenen Kulturabkommen zwischen der BRD und der UdSSR ist unter anderem der Austausch von Studenten, Aspiranten und jungen Wissenschaftlern vorgesehen.

Im Lehrjahr 1974/75 empfangen die Universitäten von Moskau, Leningrad, Minsk und Uschgorod Praktikanten aus der Bundesrepublik. Bis zu 75 Prozent von ihnen spezialisieren sich dabei auf russische Sprache und Literatur, Geschichte der Neuzeit und Rechtswissenschaften. Dafür studieren Studenten aus Moskau, Leningrad, Jerewan und anderen Gebieten der Sowjetunion in Göttingen, Heidelberg, Aachen und Hamburg.

Süverkrüp-Termine

Der Spartakus-Bundesvorstand hat Dieter Süverkrüp für eine Tournee durch die Bundesrepublik gewonnen. Auf dieser Tournee tritt Süverkrüp mit seinem neuen Programm auf. Hier die Termine der Februar-Auftritte:

31. 1. Krefeld
4. 2. Frankfurt, Universität, HS VI, 19.00 Uhr
5. 2. Karlsruhe, TH Karlsruhe, Gerthsen-Hörsaal, 19.00 Uhr
6. 2. Stuttgart, Gustav-Siegle-Haus, Leonhardplatz, 19.00 Uhr
7. 2. Tübingen, Neue Mensa, Wilhelmstraße, 20.30 Uhr
12. 2. Konstanz, Audimax, 20.00 Uhr
14. 2. Erlangen, Festsaal der Mensa, Langemarckplatz, 19.30 Uhr

„1000 Kulis für Vietnam“

Mit dem Verkauf von tausend Kugelschreibern mit der Aufschrift „Spende für eine Schule in Nam Ha, DR Vietnam“ wurden innerhalb von 14 Tagen 850,— DM für den Wiederaufbau der zerstörten Schule in Nordvietnam gesammelt. Initiiert wurde die Aktion von der Sektion Pädagogik/Psychologie des MSB Spartakus an der Universität Tübingen.

RCDS kriminalisiert AStA-Referenten

Seit 1. Oktober, mit Inkrafttreten des Bayrischen Hochschulgesetzes (BHG), ist die verfahrene Studentenschaft aufgelöst. Der RCDS, zwar verbal gegen das BHG, hat seine wirkliche Position wieder einmal demonstriert. Er erstattete Anzeige gegen das MSB-Mitglied Arno Jenning, den AStA-Sozialreferenten, wegen Betrugs. Arno Jenning hatte, wie alle anderen MSBler, Beiträge für den nach dem 1. Oktober geschaffenen AStA Kasse e. V. gesammelt. Nach Meinung des RCDS ist dadurch bereits eine kriminelle Handlung vollzogen, da es keinen AStA mehr gäbe und man für etwas, was nicht existiere, keine Beiträge erheben könne.



u/74

„Dahinter steckt immer..“



Tombola in Hamburg

Die Gruppe Erziehungswissenschaft des MSB Spartakus Hamburg veranstaltete zusammen mit der Fachgruppe Erziehungswissenschaft des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB) eine Solidaritäts-Tombola.

Zahlreiche Preise wurden von Freunden und Genossen zu dieser Tombola gestiftet; über 1200 Lose konnten in den vier Tagen an die Studenten verkauft werden.

Ergebnis: über 660 DM wurden auf das Konto der Chile-Solidarität überwiesen.



Diese Bilder sind Teil eines 12 m langen Wandfrieses, den die Kinder malten, indem sie sich aufs Papier legten, die Umriss von anderen Kindern zeichneten und dann ausmalten.

Gleichzeitig war im Foyer des Erziehungswissenschaftlichen Instituts von der Hochschulgruppe der DKP und dem MSB eine Ausstellung aufgestellt worden, die in Bilddokumenten über das Chile der Unidad Popular, den Putsch der Junta und die internationale Solidarität mit dem chilenischen Volk aufklärte.

Die Rückseite der Ausstellungswände schmückt ein Wandfries, das chilenische Flüchtlingskinder, die in Hamburg leben, gemeinsam mit Jungen Pionieren aus Hamburg-Niendorf anlässlich eines Freundschaftstreffens in der Universität gemalt hatten.

Tombola und Ausstellung trugen in hohem Maße dazu bei, die Mitstudenten über Chile zu informieren und sie für konkrete Solidarität mit dem Volk Chiles zu gewinnen.

Freiburger Theatergruppe für Chile aktiv

Der MSB Spartakus an der Pädagogischen Hochschule Freiburg veranstaltete einen Chile-Solidaritätstag. An einem Kuchenstand konnten die Studenten gegen eine Solidaritätsspende selbstgebackenen Kuchen bekommen.

Die ganze Zeit über wurden an den Ständen Gespräche geführt: Über die Hintergründe des faschistischen Putsches in Chile, über den Widerstand des chilenischen Volkes und über unsere Möglichkeiten, zur weltweiten Solidarität einen Beitrag zu leisten.

In einem symbolischen Akt wurde ein Kollegiengebäude in „Salvador-Allende-Gebäude“ umbenannt. Großen Anklang bei den Studenten fand die Freiburger Theatergruppe, die mit ihrem Stück Chile-Tribunal zweimal auftrat.

Den Abschluß des Solidaritätstages bildete eine Filmveranstaltung mit dem Film „Venceremos“.

Das Sammelergebnis des Tages betrug 390 DM!

TH Darmstadt Fußballmeister

Die Fußballmannschaft des MSB Spartakus der TH Darmstadt wurde bei den internen Hallenfußballmeisterschaften Vizemeister. Insgesamt 39 Mannschaften beteiligten sich an dem Turnier.

Weltkongreß der Frau 1975 in Berlin

107 Journalistinnen, Schauspielerinnen, Schriftstellerinnen, Wissenschaftlerinnen und Hausfrauen aus der gesamten Bundesrepublik haben in einem Aufruf zu Beginn des „Internationalen Jahres der Frau“ an die Charta der Vereinten Nationen, an die Verfassungen vieler Staaten erinnert, an die Reihe internationaler Verträge, in denen die Gleichberechtigung verankert wurde. Sie erinnern daran, daß die Benachteiligung bis heute nicht überwunden wurde. Zu den Unterzeichnern gehören unter anderem Ingeborg Dreitz, Annemarie Böll, Lil Dagover, Prof. Dr. Renate Riemeck, Tatjana Iwanow.

In ihrem Aufruf verweisen sie abschließend auf den „Weltkongreß im Internationalen Jahr der Frau 1975“, der in der Zeit vom 20. bis 24. Oktober 1975 in Berlin (DDR) stattfinden wird. Im Aufruf heißt es dazu: „Dieses Weltforum wird Frauen aller sozialer Schichten, unterschiedlicher Weltanschauungen, Religionen und politischer Richtungen die Möglichkeit bieten, die sie bedrängenden Fragen zu beraten und alle Meinungen und Standpunkte in offener Aussprache vorzutragen.“

Gewerkschaftssekretär spricht auf Studentenkundgebung

Mitte Dezember letzten Jahres sprach der IG-Metall-Sekretär Reinhard Schwitzer zu 5000 für die BAFÖG-Erhöhung demonstrierende Studenten in Hannover. Auch wenn das fast zwei Monate her ist, ist die Rede so interessant, daß wir einige wichtige Teile veröffentlichen:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Kommilitonen!

Sicherlich werden manche von euch sich fragen, was hat hier ein IG-Metall-Gewerkschaftsfunktionär zu unseren Lebens- und Studienbedingungen zu sagen.

Wenn heute hier demonstriert wird gegen die Verschlechterung der Lebens- und Studienbedingungen der Studenten, so geschieht dies in einer wirtschaftlichen Situation, in der die Arbeiter und Angestellten unter dem Druck der Kurzarbeit und dem Verlust des Arbeitsplatzes zu leiden haben.

Es ist nicht so, daß nur die Studenten in unserer Gesellschaft die Auswirkungen der sogenannten „freien Marktwirtschaft“ zu spüren bekommen, sondern die Arbeits- und Lebensbedingungen der Kolleginnen und Kollegen draußen in den Betrieben und Verwaltungen verschlechtern sich auch zunehmend.

An diesem Punkt wird schon deutlich, daß es zwischen der sozialen Lage der Studenten und der der Arbeiterschaft Gemeinsamkeiten gibt.

Die im November 1974 stattgefunden DGB-Bundesjugendkonferenz und auch die IG-Metall-Jugendkonferenz haben noch einmal die Forderungen des DGB bestätigt, den Höchstförderungsbetrag nach dem BAFÖG auf unverzüglich 600 DM anzuheben, gleichzeitig auch den Elternfreibetrag auf 1200 DM. Wenn wir berücksichtigen, daß besonders Studenten aus Arbeiter- und Angestelltenfamilien diesen Höchstförderungsbetrag erhalten müßten, dann sind 600 DM zur Existenzsicherung nicht zu viel, sondern bei den gestiegenen Lebenshaltungskosten dringend erforderlich...

Der Verzicht auf das politische Mandat der Verfaßten Studentenschaft würde die politische Isolierung der Studenten bedeuten, ein gemeinsamer Aufruf von Studenten und Arbeitern gegen die Verschlechterung der Lebens- und Studienbedingungen wäre bei einem Verzicht nicht mehr durchsetzbar.

Wir haben in Betrieb, Verwaltung und in den Hochschulen nur einen gemeinsamen Gegner, nämlich die nationalen und multinationale Konzerne...

Jugendreisen '75

ht-Jugendreisen hat sein Programm 1975 veröffentlicht. Da ist für jeden etwas dabei:

Jugend- und Informationsreisen nach Ägypten, Bulgarien, CSSR, Kuba, DDR, Frankreich, Polen, Sowjetunion, Ungarn.

Unsere nächsten Reisetermine in die UdSSR:

Moskau — Leningrad
8 Tage ab/bis Hamburg 21. 2.—28. 2. 75 585,— DM

Moskau — Leningrad
14 Tage ab/bis Hamburg 28. 3.—11. 4. 75 781,— DM

Leningrad — Novgorod — Moskau
10 Tage ab/bis Berlin 25. 4.— 4. 5. 75 520,— DM

Moskau — Rostow — Leningrad
12 Tage ab/bis Berlin 29. 4.—10. 5. 75 598,— DM

Unsere Pfingsttermine:

Leningrad — Moskau
5 Tage ab Hamb./bis Berlin 16. 5.—20. 5. 75 514,— DM

Moskau — Kiew
5 Tage ab/bis Berlin 16. 5.—20. 5. 75 458,— DM

Internationales Jugendlager Jibacoa/Kuba:

Das Internationale Jugendlager liegt etwa 70 km von Havanna entfernt.

17-Tage-Reise (ab/bis Berlin-Schönefeld) 1448,— DM

Unsere Reisetermine:

26. Juni—12. Juli 1975

24. Juli—8. August 1975

4. September—20. September 1975

Fordern Sie unseren Prospekt „ht-Jugendreisen '75“ an.

Reisebüro Hansa-Tourist

2 Hamburg 76
Hamburger Straße 132
Telefon (0 40) 299 60 10 oder 299 60 45



gast kommentar

Sozial-demos-kratische Neujahrsgrüße

Frank Deppe

Der sozialdemokratische Kanzler der BRD, Helmut Schmidt, legte zum Jahresende Rechenschaft ab. Er sprach von einem „schwierigen Jahr“, einer „schwierigen Zeit“. Die kapitalistische Welt befindet sich in einer tiefen Krise. Inflation, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit haben sich verstärkt. Das reale Wachstum der EWG-Länder hat sich 1974 — gegenüber 1973 — von 5,6 Prozent auf 2,7 Prozent verringert. Gleichzeitig ist die Steigerungsrate der Verbraucherpreise im Durchschnitt der EWG-Länder von 8,4 Prozent (1973) auf 14,3 Prozent emporgeschossen. Die Zahl der Arbeitslosen in der EWG nähert sich der 4-Millionen-Grenze. In der einst gepriesenen „Überflüggesellschaft“ geht das Gespenst der Armut um: 10 Millionen Arme gab es 1974 nach den Ermittlungen der Brüsseler Kommission in der EWG.

Es ist also schon richtig: wir befinden uns in einer schwierigen Zeit. In der BRD zerplatzen die letzten Illusionen über die unumschränkte Stabilität des kapitalistischen Systems. Und schon mobilisiert die extreme Rechte: Die politische Rolle, die noch in der Krise 1966/67 die neofaschistische NPD übernahm, hat längst der rechte Flügel der CDU/CSU auf breiterer Basis zum Programm erhoben. Einträchtig mit den Arbeitgeberverbänden und der Rechts-Presse inszenieren diese Kräfte eine beispiellose Hetzkampagne gegen die Gewerkschaften; die Mitbestimmung wird als verfassungswidriger Schritt zum „Gewerkschaftsstaat“, berechtigte Tarifforderungen werden als Hebel zum „Ruin der Wirtschaft“ diffamiert. Von der sozialliberalen Regierung wird eine Verschärfung der verfassungswidrigen Berufsverbotepraxis und die „Zurücknahme“ der kümmerlichen Reste ihres Reformprogramms gefordert, um — wie Herr Stoltenberg sagt — wieder ein „Klima des Vertrauens“ zu schaffen. Der Antikommunismus wird — vor allem als Reaktion auf das stabile ökonomische Wachstum und die internationalen politischen Erfolge des Sozialismus — angeheizt. Es herrscht — wie Heinrich Böll

gerade mit Bezug auf die RechtsPresse feststellte — ein „Volksgerichtshof-Ton“, „der wird salonfähig, man trägt ja Nazi nicht mehr innen, sondern außen, wie Herr Schleyer“. Und Volksgerichtshofpraxis vollzieht eine CDU-Landesregierung, die chilenischen Antifaschisten „aus Sicherheitsgründen“ die Einreise verweigert. Beenden wir die — längst nicht abgeschlossene — Aufzählung von Anschlägen auf Verfassung und Demokratie. Fragen wir statt dessen, was der sozialdemokratische Kanzler zum neuen Jahr über die Bedrohung der Demokratie von rechts, über die Diffamierung seiner Gewerkschaftskollegen zu sagen hat? Was hat er zur Angst von Millionen Lohnabhängigen vor Arbeitslosigkeit und Inflation zu sagen? Welche Politik zur Überwindung der Krise stellt er vor? Wer immer noch eine sozialdemokratische, oder wenigstens sozialliberale Antwort erhofft hatte, sieht sich bitter enttäuscht. Nicht die Reaktion, sondern der „Spion

Frank Deppe, Hochschullehrer in Marburg, geb. 29. 9. 1941, Mitglied im Bund Demokratischer Wissenschaftler, GEW. Veröffentlichungen: Kritik der Mitbestimmung 1969; Arbeiterbewußtsein 1971; Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Frühjahr 1975, Rowohlt: EWG und Arbeiterbewegung, Frühjahr 1975, Pahl-Rugenstein.

Guillaume“ und die „terroristischen Kommunisten der Baa der-Meinhof-Gruppe“ beunruhigen ihn. Nicht die kapitalistische Krise und die Investitions- und Preispolitik der multinationalen Konzerne, sondern die Naturereignisse „Weltinflation“ und „Welterdölkrisen“ haben die „wirtschaftlichen Schwierigkeiten“ hervorgebracht.

Dennoch ist der Kanzler nicht pessimistisch — er hegt „große Erwartungen“ für das neue Jahr. „Wenn wir alle zusammenstehen, wenn sich keiner auf Kosten des anderen bereichern will, dann können wir diese Erwartungen weitgehend erfüllen. Heute in zwölf Monaten wird es anders und besser aussehen.“ Damit aber keine falschen Hoffnungen keimen, folgt umgehend eine Präzisierung: Es geht darum, „das Erreichte zu sichern“ und „zu erhalten“. Im internationalen Vergleich — so wird beruhigt — stehen wir noch blendend da; denn wir haben ja die beste Handels- und Zahlungsbilanz, die größten Devisenreserven, die niedrigsten Inflationsraten usw. Die exportorientierte Wirtschaft der BRD befindet sich aber angesichts der kapitalistischen Weltmarktkrise und der darin eingeschlossenen Verschärfung der internationalen Konkurrenz, die schon jetzt zu einzelstaatlichen, protektionistischen Maßnahmen führt, gegenwärtig in einem Zustand höchster Labilität; denn unter diesen Voraussetzungen kann die Kompensierung der sinkenden Inlandsnachfrage durch eine Exportoffensive — wie etwa 1967 — nicht mehr funktionieren. Während Wirtschaftsexperten sich heute vor Prognosen hüten, hat der Kanzler keinen Grund, am Aufwärtstrend der Hoffnungen und Erwartungen zu zweifeln — wir müssen eben alle zusammenstehen.

Aber — der Kanzler weiß, daß bloße Gemeinschafts- und Gemeinwohlideologien noch keinen neuen, wirtschaftlichen Aufschwung erzeugen. Das Bild von der besseren Zukunft soll vielmehr jene politischen Ziele schmackhaft machen, die angekündigt werden: Gleich zweimal wird in der kurzen Rede gefordert, daß wir „gut und gerne ein Jahr lang auf weitere (Reallohn-)Steigerungen verzichten“ können. Also keine Beschränkung der Rüstungsausgaben, keine drastische Beschniedung des parasitären Luxuskonsums, keine Maßnahmen gegen die inflationistische Preispolitik der Konzerne, keine Maßnahmen zur Belebung der Massenkaufkraft — sondern: „Einfrieren“ der Realöhne; denn es gilt ja, „das Erreichte

zu erhalten“. Weiterhin sollen 1975 nur noch solche Reformen vorangetrieben werden, „die ohne großen finanziellen Aufwand möglich sind“. Also: Stagnation der Bildungs- und Ausbildungspolitik, keine Perspektiven zur Verbesserung des Gesundheitswesens, des sozialen Wohnungsbaus, der regionalen Infrastruktur; die erreichten Mißstände in diesen Bereichen werden erhalten. Und schließlich wird angekündigt, „die Mittel unseres Rechtsstaates mit aller Konsequenz und mit aller Härte ein(zu)setzen“, um die „innere Sicherheit“ zu schützen. Also: Keine Maßnahmen gegen die demokratiefeindlichen Rechtskräfte, sondern weitere Einschränkung rechtsstaatlicher Normen, Fortsetzung und gesetzliche Sanktionierung der verfassungswidrigen Berufsverbotapraxis.

Obwohl dies kein Programm ist, das der gesunde Menschenverstand noch als sozial und demokatisch identifizieren würde, handelt es sich um ein klares Programm. Um die Krise zu überwinden, müssen alle zusammenstehen, um dem Kapital wieder günstige Verwertungsbedingungen zu sichern: Die Akkumulation wieder flott machen, die Profite steigern — und zwar durch Lohnverzicht, Stillhalten der Gewerkschaften, Verschlechterung der gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft und durch verschärften politischen Druck auf die Linke. Das ist die simple, klare Logik dieses Programms — alle politischen und ökonomischen Mittel des Staates sollen eingesetzt werden, um den zentralen Funktionsmechanismus dieses Systems, der ja gerade die Krise hervorgebracht hat, wieder in Gang zu setzen. Dabei ist als Hauptziel die Verminderung jenes Einflusses, der durch eine aktive gewerkschaftliche Interessenvertretung in den letzten Jahren erreicht wurde, proklamiert. Werden die Kampfbedingungen der Gewerkschaften ohnehin in der Krise durch Arbeitslosigkeit und verschärften Leistungsdruck in den Betrieben erschwert, so soll nunmehr zusätzlich — bis hin zur Aufhebung der Tarifautonomie, mit der derzeit vor allem für den öffentlichen Dienst gedroht wird — mit allen Mitteln die gewerkschaftliche Kampfkraft als Voraussetzung für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse gebrochen werden. Man muß noch nicht einmal Marxist sein, um zu verstehen, warum — wie sich bei den vergangenen Landtagswahlen gezeigt hat — nicht die SPD, sondern die CDU/CSU als der Hauptrepräsentant einer so-

chen Politik zugleich ihr Hauptnutznießer ist.

An der Logik dieser kapitalistischen Stabilisierungsstrategie wird schon deutlich, welche Bedeutung gegenwärtig dem konsequenten Kampf für die Sicherung und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse, für die Erhaltung und Erweiterung demokratischer Rechte zukommt. Der Einsatz für die unmittelbar materiellen Interessen — Kämpfe um Lohnerhöhungen, Aktionen für Preisstopp — gewinnen ebenso wie der Kampf für Mitbestimmung und demokratische Kontrolle angesichts der Krisensituation und der Politik einer repressiven Stabilisierung einen unmittelbar politischen Stellenwert; er ist unabdingbare Voraussetzung für die Entwicklung und Verbreiterung von Klassenbewußtsein, Voraussetzung dafür, die Politik der repressiven Stabilisierung zum Scheitern zu verurteilen.

Der rechte Opportunismus kommt heute vor allem darin zum Ausdruck, daß unter Hinweis auf die Krise und auf einen scheinbar übermächtigen „Rechtstrend“ nicht nur Möglichkeit und Notwendigkeit einer antikapitalistischen Alternative negiert werden, sondern daß darüber hinaus der Rückzug in die Defensive, der Verzicht auf die Entwicklung des Bewußtseins über den kapitalistischen Charakter der Krise, also die Politik des Stillhaltens legitimiert wird. Der Linkspotportunismus will in altbekannter Manier die realen Bedingungen des Bewußtseins und des Kampfes überspringen und leistet so einen wesentlichen Beitrag zur Schwächung des demokratischen Potentials.

Interessenpolitik für die Lohnabhängigen und Stabilisierung kapitalistischer Produktionsverhältnisse schließen einander aus. Schon einmal hat die SPD die Erfahrung gemacht, daß der kranke Kapitalismus seinen sozialdemokratischen Arzt erwürgt hat. In anderen westeuropäischen Ländern sind sozialdemokratische Parteien zur Bedeutungslosigkeit abgesunken oder haben schwere Niederlagen hinnehmen müssen, sobald sie sich offen auf die Seite der Kapitalsinteressen schlugen. Erfolge wurden durch die Politik der Aktionseinheit erzielt, durch die konsequente Unterstützung der gewerkschaftlichen Forderungen und Kämpfe, durch politische Programme zur Einschränkung der Macht des Kapitals. Auch die Sozialdemokratie der Bundesrepublik wird sich diesen Erfahrungen in dem Maße nicht zu entziehen vermögen, wie die Krisentendenz des kapitalistischen Systems fortwirkt.



Unsere Zeit Zeitung der DKP

TAGESZEITUNG

Ich bestelle die
UZ — UNSERE ZEIT —
als TAGESZEITUNG
für mindestens 3 Monate
(Abonnementspreis:
monatlich DM 7.—)

WOCHEZEITUNG

Ich bestelle die
UZ — UNSERE ZEIT —
als WOCHEZEITUNG
für mindestens 1 Jahr
(Abonnementspreis:
vierteljährlich DM 6,50)



BITTE IN BLOCKSCHRIFT AUSFÜLLEN

Name

Vorname

PLZ Ort

Straße und Hausnummer

Beruf

Datum Unterschrift

Plambeck & Co

Druck und Verlag GmbH

— Vertriebsabteilung —

404 Neuss/Rhld., Xantener Straße 7

Telefon 021 01 / 5 70 81 — 88

Südafrika: Ra

Bei uns in der Bundesrepublik ist die Vorstellung weit verbreitet, die Politik des Rassenhasses und der Rassenverfolgung, wie sie die Republik Südafrika betreibt, sei ein Relikt des vergangenen Jahrhundert. Einige unverbesserliche Siedler versuchten verzweifelt, ihren Besitz über die Runden zu retten. Weit gefehlt. Die Republik Südafrika ist heute ein hochindustrialisiertes Land, sozusagen ein „modernes westliches Land“. Konkrete und neue Fakten über die Situation in Südafrika erfuhrn die roten blätter durch ein Gespräch mit Joseph Nhlanhlan, einem Vertreter der Afro Asian Peoples Solidarity Organisation. Mit Joseph Nhlanhlan sprach Claus Proft vom Sekretariat des Spartakus-Bundesvorstandes.

Die Unterdrückung der farbigen Bevölkerung (80 Prozent der Gesamtbevölkerung) bietet den großen europäischen und US-Konzernen hervorragende Möglichkeiten, Profite zu machen. Die Bedingungen sind ideal: Billigste Arbeitskräfte und reiche Bodenschätze. So bestreitet Südafrika heute auch 40 Prozent der gesamten Industrieproduktion Afrikas. Während in Gesamtafrika 4,9 Mill. Tonnen Stahl jährlich produziert werden, sind es in der Republik Südafrika 4,9 Mill. Tonnen.

desrepublik gern kokettiert, farbigen Analphabeten könne man doch kein volles Wahlrecht ge-

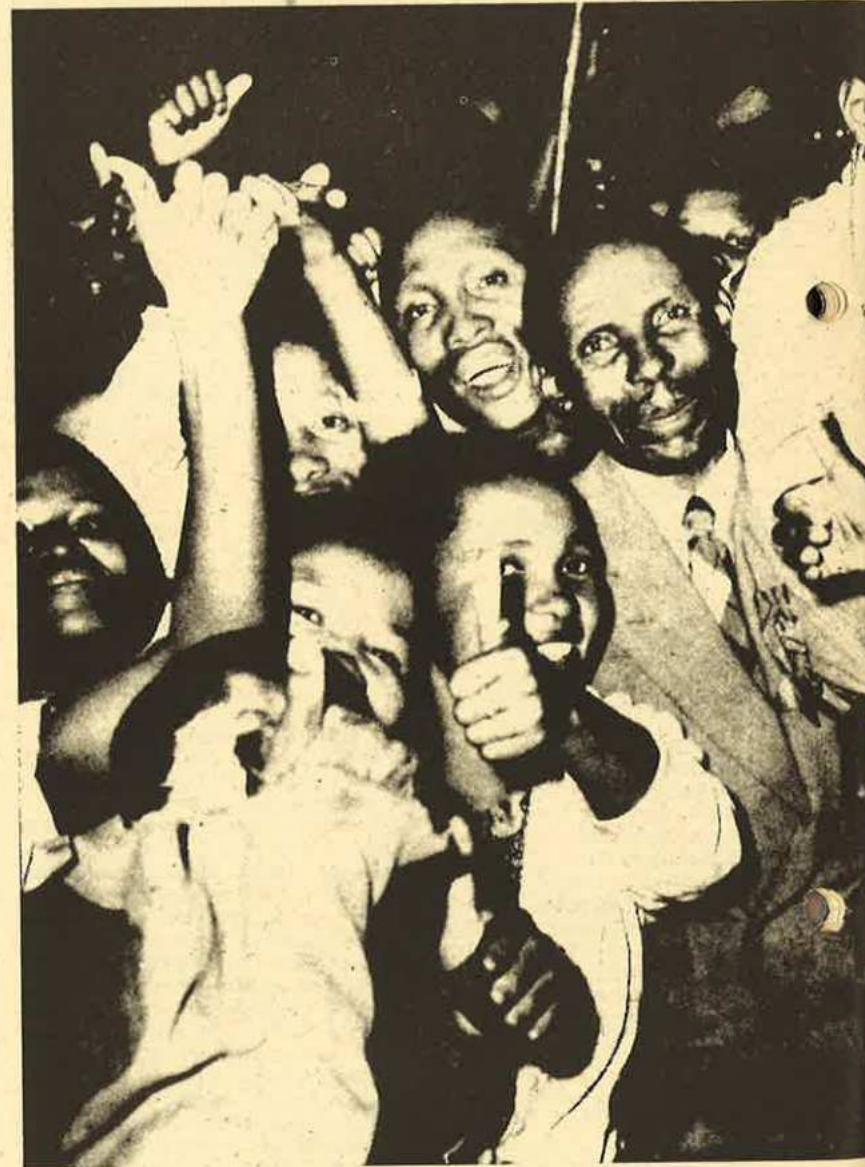
Rassenverfolgung = Ausbeutung

Diese hohe Produktivität und gewaltige industrielle Entwicklung ist aber nicht das Ergebnis der fleißigen Arbeit weißer Siedler, nicht die Folge ihres technischen know hows, sie ist vielmehr das Ergebnis einer rücksichtslosen Ausbeutung der farbigen Bevölkerung: Der Reallohn eines afrikanischen Bergarbeiters zum Beispiel liegt niedriger als der eines Bergarbeiters aus dem Jahre 1911. Und das Pro-Kopf-Einkommen eines Weißen liegt vierzehnfach über dem Einkommen eines Farbigen. Eine soziale Versorgung der farbigen Bevölkerung findet faktisch nicht statt: So kommen auf 18 Millionen Farbige 400 Ärzte. Dagegen wurden für eine weiße Bevölkerung von 3,7 Mill. 10 000 Ärzte registriert. Aber jedem weißen Arzt ist es verboten, Farbige zu behandeln.

Millionen von Farbigen werden als Analphabeten gehalten. Und auf das Argument, mit dem auch die bürgerliche Presse der Bun-

15. Februar: Südafrikatribunal

Am 15. Februar 1975 veranstaltet das Antiimperialistische Solidaritätskomitee für Asien, Afrika und Lateinamerika ein „Internationales Tribunal – gegen Rassismus und Kolonialismus im südlichen Afrika“ in Bonn-Bad Godesberg. Ziel dieses Tribunals ist es, die Verbrechen des Rassismus und der kolonialen Unterdrückung, wie sie von den Apartheidsgesetzen der Republik Südafrika und Rhodesien verübt werden, anzuklägen. Anklage zu erheben gegen die Unterstützung dieser Regime durch Kapitalinvestitionen ausländischer Konzerne, gegen Waffenlieferungen und politische Hilfestellung durch die NATO-Staaten. Dabei ist die Rolle der bundesdeutschen Monopole und die politische Schützenhilfe von besonderer Bedeutung, die die Rassisten trotz internationaler Verurteilung von den reaktionären Kräften unseres Landes erhalten.



ben, erklärt Joseph Nhlanhlan: Millionen Farbige sind doch in Südafrika gerade Analphabeten, weil sie ihre Stimme nicht denjenigen geben dürfen, die Schulen für Farbige bauen würden. Mit Recht weist Nhlanhlan darauf hin, daß die Durchsetzung der politischen Rechte der Farbigen überhaupt erst die Voraussetzung für eine Anhebung des Bildungsniveaus der Bevölkerung, ja, die Voraussetzung für jeden gesellschaftlichen Fortschritt überhaupt.

Streikrecht teilweise anerkannt

In solcher zugespitzten gesellschaftlichen Situation — auf der einen Seite riesige Profite und privater Reichtum der weißen Minderheit, auf der anderen eine unvorstellbare Armut der farbigen Mehrheit — beginnt die Ar-

ssismus und Klassen- kampf



**Konkrete
und neue
Fakten:
rb-Gespräch
mit
Josef
Nhlanhlan**

beiterklasse, ihre politische Kraft stärker zu entfalten. In großen Kampfaktionen konnten die Arbeiter Südafrikas zum erstenmal das Recht auf Streikaktionen gegen den Terror der Staatsorgane durchsetzen. Die Vorster-Regierung mußte das Recht auf Streik zumindest teilweise anerkennen. Zuvor besaßen die „nicht-weißen“ Arbeiter keinerlei Streikrechte.

Faschistische Terrorbanden

Auch wenn Politik und Wirtschaft Südafrikas wesentlich durch die großen Konzerne der USA und Westeuropas bestimmt werden und allein bунdesrepublikanische Firmen ungefähr eine

Afrikanischer Nationalkongreß von Südafrika (ANC)

Der Nationalkongreß wurde am 8. Januar 1912 in Bloemfontein (Südafrikanische Union) gegründet. Die Fortsetzung und Verstärkung der kolonialen Ausbeutung und Unterdrückung nach der Bildung der Südafrikanischen Union 1910, besonders der die Mehrheit der Bevölkerung bildenden afrikanischen Einwohner und die äußerst hemmenden Stammesrivalitäten verlangten nach einer Organisation, die den Befreiungskampf inspiriert, lenkt und die eine Basis für Afrikaner aller Stämme und unterschiedlicher politischer Entwicklungsstufe sein kann. Der ANC hat sich in seinen über 60 Kampfjahren zur traditionsreichsten Befreiungsorganisation Südafrikas formiert, esonders nach dem zweiten Weltkrieg erreichte der Kongreß rasch wachsende Wirksamkeit. Mit seinem Aktionsprogramm von 1949 erlangten wirksame Kampfmetho-

den Priorität: Boykotte, passiver Widerstand, Streikaktionen. Ein Höhepunkt wurde z. B. 1952 die Kampagne zur Achtung gerechter Gesetze.

1960 glaubten die Rassisten mit dem Verbot des ANC diese Bewegung zu zerschlagen. Das Gegen teil trat ein. Unter Führung von Persönlichkeiten wie Albert Luthuli, Nelson Mandela und Govan Mbeki erlebte der Kampf des AANC einen großen Aufschwung. Nun dehnte das Regime den Terror ins Uferlose aus. Der ANC und andere Befreiungsbewegungen erlitten schwere Schläge. Viele Mitglieder und führende Funktionäre wurden verhaftet, hingerichtet, zu lebenslanger Haft verurteilt (z. B. Mandela, Sisulu und Mbeki), in unwirtliche Gegenden deportiert oder unter Hausarrest gestellt. Dadurch wurde der ANC erheblich geschwächt. Das Ziel der Rassisten, die Zerschlagung des Kongresses, blieb jedoch ein Wunschtraum der Apartheidverfechter.

Der ANC vertiefte sein Bündnis mit anderen Anti-Apartheid-Bewegungen, erweiterte die Skala der Kampfmethoden durch die Taktik des bewaffneten Widerstandes und trat auf der Konferenz in Morogoro (Tansania) im Jahre 1969 mit einer gefestigten Führung und einem aktuellen detaillierten Kampfprogramm an die Öffentlichkeit.

Unter der Leitung des amtierenden Präsidenten Oliver Tambo und des Generalsekretärs Alfred Nzo ist der ANC heute eine kampfstarke Organisation, die erheblichen Anteil am revolutionären Aufschwung seit Ende der sechziger Jahre in Südafrika hat.

Afrikanische Volksunion von Simbabwe (ZAPU)

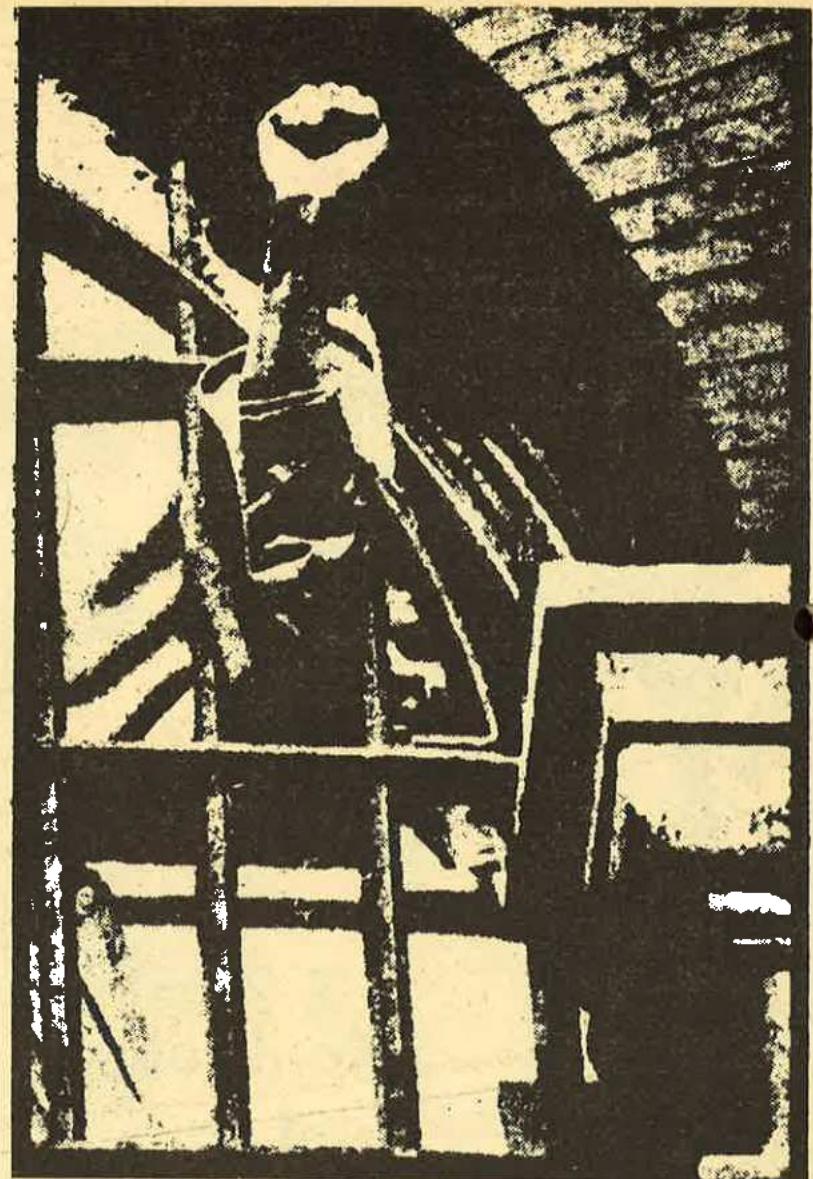
Die Afrikanische Volksunion von Simbabwe (Zimbabwe African Peoples Union — ZAPU) wurde am 17. Dezember 1961 als direkte Nachfolgerin der am 9. Dezember 1961 verbotenen Nationaldemokratischen Partei gegründet. Das Nationale Exekutivkomitee ist das oberste Organ der ZAPU und leitet deren gesamte Tätigkeit. Ein Revolutionsrat koordiniert und leitet die Tätigkeit der ZAPU und der ihr angeschlossenen Gewerkschafts- und Frauen- und Jugendorganisationen. Das Hauptquartier befindet sich in Lusaka (Sambia). Präsident der ZAPU auf Lebenszeit und Vorsitzender des Revolutionsrates ist der seit November 1964 in das entlegene Gebiet Gonakundzingwa verbannte prominenteste Führer des nationalen Befreiungskampfes in Simbabwe, Joshua Nkomo.

Das Ziel der ZAPU besteht in der Errichtung eines demokratischen Staates, in dem gewählte Vertreter der afrikanischen Bevölkerungsmehrheit (5 Millionen Afrikaner, 240 000 Siedler europäischer Herkunft) die Macht ausüben. Den Weg zur Beseitigung der gegenwärtigen rassistischen Minderheitsherrschaft der weißen Siedler sieht die ZAPU im bewaffneten Kampf. Die ZAPU ist von der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) als rechtmäßige Vertreterin der afrikanischen Bevölkerung anerkannt und wird von ihr unterstützt. Seit 1962 traten mehrmals Repräsentanten der ZAPU vor UNO-Kommissionen und Ausschüssen auf, um die Interessen des Volkes von Simbabwe zu vertreten. Seit 1962 ist die ZAPU verboten. Aus der Illegalität und aus dem Ausland organisierte sie eine umfassende Massenbewegung gegen die Zentralafrikanische

Föderation (zerfallen Ende 1963) und danach gegen die drohende (und 1965 vollzogene) illegale „Unabhängigkeitserklärung“ der weißen Siedler. Als das Smith-Regime dem Widerstand der afrikanischen Bevölkerung mit immer brutalerer Gewalt begegnete, begann die ZAPU im August 1967 in enger Zusammenarbeit mit dem Afrikanischen Nationalkongress von Südafrika (ANC) mit dem bewaffneten Kampf. Nach Anfangserfolgen und auch Schwierigkeiten in den ersten Jahren konnten 1973 beachtliche Fortschritte verzeichnet werden. Es ist offensichtlich, daß die Erfolge im bewaffneten Kampf des Jahres 1973 dazu führten, daß erstmals im Nordosten eine Räume innerhalb des Landes geschaffen werden konnte. Die Unterstützung der Bevölkerung wurde umfassender; der bewaffnete Kampf dehnte sich auf bisher nicht erreichte Gebiete im Nordosten und im Landesinneren aus.

Südafrika . . .

Milliarde investierten, so kommt der Republik Südafrika durchaus eine eigenständige aggressive Rolle auf dem afrikanischen Kontinent zu, die Joseph Nhlakanjwa mit der Israels im Nahen Osten verglich. So macht Südafrika seinen Einfluß massiv auf Namibia, Rhodesien und Lesotho geltend. Auf dem Territorium der Republik Südafrika rotten sich faschistische Terrorbanden zusammen, um bewaffnete Terroranschläge in Mosambik vorzubereiten.



Die Massenaktionen der Arbeiter sind auch ein Schritt zur Befreiung der politischen Gefangenen.

Interessant sind die gleichbleibend guten Beziehungen der „Nationalen Partei“ Südafrikas zu Faschisten und Reaktionären in der Bundesrepublik bis heute hin.

Gute Beziehungen zum Faschismus

Vor allem zwischen 1943 und 1945 entwickelten sich besonders gute Beziehungen zwischen den Russen und den deutschen Faschisten: Führende Repräsentanten des Rassistenregimes besuchten nationalsozialistische Schulen und Universitäten. Und nach der Zerschlagung flohen eine Reihe von Kriegsforschern des Nazi-Regimes, denen der Boden in Europa zu heiß unter den Füßen geworden war, in die Republik

Südafrika. Nicht zuletzt diese Entwicklung trug dazu bei, daß Südafrika heute ein Zentrum internationaler imperialistischer Kriegsforschung ist.

In dieser Tradition stehen auch der ehemalige Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie, Fritz Berg, der die bündesrepublikanischen Konzerne zur Investition in Südafrika auffordert, und natürlich der CDU-Vorsitzende Franz Josef Strauß, der über beste politische Beziehungen zu den Rassisten und Faschistenfreunden verfügt und diese Beziehungen auch ausgiebig pflegt.



Barclays Bank D. C. O.: Die Unterdrückung farbiger Arbeiter schafft ein günstiges Investitionsklima für die Banken.

Südwest-afrikanische Volksorganisation (SWAPO)

Die Südwestafrikanische Volksorganisation (South West African People's Organisation — SWAPO) wurde 1957 als Volkskongress von Ovamboland gegründet, der 1958 in Volksorganisation von Ovamboland und 1960 in SWAPO umbenannt wurde. Auf einem Konsultativkongress wurde im Januar 1970 ein Zentralkomitee aus 30 Mitgliedern und ein Nationales Exekutivkomitee aus 10 Mitgliedern gewählt. Präsident der SWAPO ist Sam D. Nujoma. Das politische Ziel der SWAPO ist die Erringung der nationalen Unabhängigkeit für ein einheitliches Namibia und die Gründung eines demokratischen Staates. Die SWAPO betrachtet den bewaffneten Kampf gegenwärtig als einzige möglichen Weg zur Befreiung von der kolonialen Unterdrückung durch die Republik Südafrika, nachdem alle Versuche, mit friedlichen Mitteln die Unabhängigkeit zu erreichen, von den südafrikanischen Rassisten mit Ignoranz oder brutaler Gewalt beantwortet wurden. Da seit 1966 mit dem UNO-Beschluß über die Aufhebung des Mandatsstatus für Namibia keine rechtliche Grundlage mehr für die südafrikanische Anwesenheit in Namibia besteht, bietet die direkte Verantwortlichkeit der Vereinten Nationen weitere Möglichkeiten, für das Selbstbestimmungsrecht des Volkes von Namibia zu wirken. Auf internationaler Ebene leistet die SWAPO einen wichti-

gen Beitrag im weltweiten antikolonialistischen Kampf. Sie ist von der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) als einzige rechtmäßige Vertreterin des Volkes von Namibia anerkannt. In einer Reihe von internationalen Organisationen arbeitet die SWAPO aktiv mit. Vertreter der SWAPO traten mehrfach in UNO-Organen auf, so Präsident Nujoma 1971 vor dem UNO-Sicherheitsrat, der sich mit den Möglichkeiten der Durchsetzung der UNO-Beschlüsse zur Beendigung der Annexion Namibias beschäftigte.

In den sechziger Jahren ist es der SWAPO gelungen, dem Willen der Bevölkerung Namibias nach nationaler Selbstbestimmung auch international Ausdruck zu verleihen und weltweite Unterstützung dafür zu finden. Das widerspiegeln sich besonders in der Internationalen Namibia-Konferenz im Mai 1972, auf der weitreichende Beschlüsse zur Unterstützung des Kampfes der SWAPO gefaßt wurden. In Namibia entwickelte sich die SWAPO in den sechziger Jahren zur einflußreichsten politischen Organisation, die unter den Bedingungen des politischen Terrors seitens der südafrikanischen Rassisten im August 1966 dazu überging, den bewaffneten Kampf aufzunehmen. Trotz der Überlegenheit des Gegners ist es dem militärischen Flügel der SWAPO, der Volksbefreiungsarmee Namibias, seither immer wieder gelungen, erfolgreiche militärische Aktionen im Caprivi-Streifen, im Okavango-Gebiet, in Ovamboland und im Kaokoveld zu unternehmen, bei denen der Feind bereits Hunderte an Toten und Verwunden verlor.



Studenten sehen rot

Das nun zu Ende gehende Wintersemester hat alles andere gezeigt als Ruhe an den Hochschulen. 30 000 Studenten in verschiedenen Städten demonstrierten bereits in den ersten Wochen des Semesters, und der Januar war gekennzeichnet durch die breiteste Urabstimmungsbewegung, die es in den letzten Jahren an den Hochschulen unseres Landes gegeben hat.

Woher hätte die Ruhe auch kommen sollen? Vom zu niedrigen BAFOG bei steigenden Preisen? Von den vielfältigen sozialen Verschlechterungen? Von den Versuchen, die Verfaßte Studentenschaft abzuwürgen, von der Verschärfung der Berufsverbote, von der Beschneidung des Versammlungsrechts? Von der akuten Verschlechterung der Studienbedingungen, dieser Kröte, die ein Student angeblich einfach schlucken muß, wenn für „kostspielige Reformen nichts mehr drin“ ist? Wohl kaum. Das sind wahrlich keine Beruhigungspillen, sondern diese drei Probleme sind die drei Hauptruhestifter an den Hochschulen und werden es in der nächsten Zeit auch bleiben. Immer mehr Studenten haben sich mit ihnen tagtäglich auseinanderzusetzen.

Und: Mit diesen Problemen leben die Studenten heute spürbar Tür an Tür neben den Arbeitern und Angestellten, neben der Arbeiterjugend.

Schmidt, Genscher, Kohl, Strauß, bei allen Differenzen, ziehen daraus einen gemeinsamen Schluß. Sie versuchen, die Folgen von Profitexpansion und Krise unabt auf die Schultern der Bevölkerung und der Studenten abzuwälzen, aber den einen gegen den andern auszuspielen, die Studenten zu isolieren, sie durch Unnachgiebigkeit und Zwang einzuschüchtern.

Keine leichte Situation für die Studenten. Wir müssen zäher und kontinuierlicher für ihre dringendsten Forderungen eintreten. Wir müssen uns deshalb besser organisieren, aktiver um die Organe der Verfaßten Studentenschaft zusammenschließen, z. B. durch Bildung von Fachschaftsgruppen in Lehrveranstaltungen. Aber wir dürfen



Steffen Lehndorff über die Politik, die der Spartakus den Studenten vorschlägt

nicht vergessen, daß für die Durchsetzung ihrer Forderungen letztlich immer Massenbewegungen den Ausschlag geben, und die müssen durch Massenaktionen weithin sichtbar zum Ausdruck gebracht und verstärkt werden.

Das hat der Sternmarsch vor einem Jahr bewiesen. So werden Zeichen gesetzt in der „politischen Landschaft“, so kann das Kräfteverhältnis verändert werden. Gerade jetzt ist das dringend nötig!

Der MSB Spartakus schlägt deshalb schon jetzt allen Studenten vor: Bereiten wir gründlich eine große, eindrucksvolle Aktion für unsere dringendsten Tagesforderungen vor! Führen wir im Sommer 75 eine Massendemonstration durch:

Für 600 DM FAFÖG mit 1200 DM Elternfreibetrag, Schluß mit den sozialen Verschlechterungen! Gesetzliche Verankerung der Verfaßten Studentenschaft mit dem Recht zur politischen Interessenvertretung, Schluß mit den Angriffen gegen unsere demokratischen Rechte!

Für Schaffung von mehr Studien- und Ausbildungsplätzen und besseren Studienbedingungen. Das ist „machbar“, wenn bei Konzernprofiten und Rüstungsausgaben der Gürtel enger geschnallt wird!

Warum schlägt der Spartakus diese Aktion vor?

• Weil das eine Aktion ist, die klar und verständlich macht, daß die Studenten es ernst mei-

nen mit ihren Forderungen, sie wirklich durchsetzen wollen.

• Weil das eine Aktion ist, die demonstriert, daß Studenten heute nicht für Sonderinteressen eintreten, sondern an ihrem Abschnitt etwas gegen die Folgen von Profitmacherei, Krise und Beschniedigung gewerkschaftlicher, demokratischer Rechte tun. Daß wir unseren Beitrag dazu leisten wollen, die Preise zu stoppen, die Arbeitsplätze durch Stärkung der Massenkaufkraft sichern zu helfen, endlich am richtigen Platz, bei der Rüstung und den Profiten, zu sparen. Daß sie also eine Kraft sind, mit der die arbeitenden Menschen, Gewerkschaften gemeinsam vorgehen können, eine Kraft, die nicht isoliert sein darf.

• Weil das eine Aktion ist, mit der sich die Studenten an die Seite der Arbeiterjugend stellen, die — so wurde es auf der letzten Bundesjugendkonferenz des DGB beschlossen — ebenfalls eine zentrale Demonstration vorbereitet: gegen Lehrstellenabbau, für eine demokratische Berufsbildung. Eine wichtige Initiative für das Zusammensehen von Studenten, Arbeiterjugend und Schülern hat es vor wenigen Tagen gegeben, als in München SDAJ und Spartakus eine gemeinsame Berufsbildungskonferenz mit internationaler Beteiligung durchgeführt haben. Dieser Weg des gemeinsamen oder gleichgerichteten Kampfes muß jetzt konsequent beschritten werden!

• Weil das eine Aktion ist, die sehr viele Studenten zusammenführen kann, wenn sie langfristig vorbereitet wird. Auch solche Studenten, die sich sonst nie oder selten an Aktionen beteiligen, weil sie sie für eine aktionistische und nutzlose Verzettelung halten, oder weil sie neben dem Studium Geld verdienen müssen und deshalb noch weniger Zeit haben als die anderen, können diesmal leichter davon überzeugt werden, daß sie mitmachen müssen. Deshalb kann diese Aktion auch von allen Studentenorganisationen, die wirklich von den Interessen der Studenten ausgehen und sie an der Seite der arbeitenden Menschen verwirklichen wollen, gemeinsam vorbereitet werden.

Der Spaltungspolitik von Regierung und CDU/CSU, den Versuchen, die Aktionsseinheit der Studenten zu zersplittern, kann so ein Riegel vorgeschoben werden. Je fester unsere Einheit, desto größer unsere Aussichten auf Erfolg.

• Weil das eine Aktion ist, die ein denkbar wirksamer Beitrag

zur Stärkung des im März zu gründenden gemeinsamen Dachverbandes der Studentenschaften an allen Hochschulorten und Fachhochschulen leistet, die dem neuen Verband Bekanntheit, Ansehen und erweiterte Bündnismöglichkeiten gibt. Das ist auch wichtig für seine Anerkennung und Finanzierung durch die Bundesregierung. Diese Aktion ist deshalb die große Bewährungsprobe, die größte Aufgabe und Chance des neuen Verbandes in diesem Jahr und ein Prüfstein für alle Organisationen, die sich um die Führung dieses Verbandes bewerben. Diese Aktion wird ein politischer Erfolg, wenn sie sorgfältig vorbereitet wird:

- Durch kontinuierlichen Kampf für unsere Forderungen auf örtlicher und regionaler Ebene, nicht, um „Zubringerdienst“ für die zentrale Aktion zu organisieren, sondern weil es um die Erfüllung unserer Forderungen geht. Gerade deshalb wird diese kontinuierliche Arbeit ein solides Fundament für die Massendemonstration, kann die zentrale Aktion in diesen Bewegungen ständig propagiert werden.
 - Durch Förderung des quasi gewerkschaftlichen Zusammenschlusses der Studenten um ihre Interessenvertretungsorgane.
 - Durch systematische Information der arbeitenden Bevölkerung über unsere Forderungen.
- Durch Nutzung der Möglichkeiten für die Zusammenarbeit mit der Arbeiterjugend.

Das ist die Politik, die der Spartakus den Studenten vorschlägt, das ist — so meinen wir — linke Politik. Die einzige Alternative dazu ist rechtes oder „links“-rechts-opportunistisches Abwiegertum.

Die Tendenzwende nach rechts, die die Rechten herbeihören wollen und der die Maoisten und andere Sektierer Vorschub leisten, darf nicht durch Nichtstun zugelassen werden. Dem harten Kurs der Herrschenden entgegenzutreten, dort, wo die Probleme am meisten drängen, zäh um Erfolge ringen und auf diesem Weg durch eine große gemeinsame Anstrengung einen machtvollen Beitrag zur Veränderung des Kräfteverhältnisses, zur Erhöhung unserer Erfolgsschancen zu leisten, an einem Strang mit den Aktionen der Arbeiterjugend zu ziehen: Das ist die Linie unseres „Studentenaktionsprogramms“, das sich an die breite Mehrheit der Studenten wendet. Das ist die klare Linie des Spartakus für das Jahr 1975.

rote blätter-wettbewerb

Literatur der Studentenbewegung



Die Redaktion war zwar recht optimistisch, als sie diesen Wettbewerb ausschrieb, daß das Echo aber so positiv ist, das hatten wir nicht zu hoffen gewagt. Das war eine große, aber auch sehr schöne Überraschung.

Teilnahmebedingungen etwas verändert

Aufgrund des unerwartet hohen Rücklaufes, aufgrund vieler Bitten und Nachfragen haben wir einige Veränderungen vorgenommen:

1. Der Einsendeschluß wird auf den 15. Juli 1975 verlegt, weil uns immer wieder die Bitte nach mehr Zeit erreichte.
2. Die Begrenzung des Manuskriptumfanges wurde aufgehoben, weil sie sich als unrealistisch erwiesen hat.
3. Mit einem besonderen Preis berücksichtigen wir auch bereits veröffentlichte Arbeiten.

Und hier noch einmal die restlichen Bedingungen:

Teilnehmen

kann jeder rote-blätter-Leser, gleichgültig, ob er Student ist, Student war oder auf andere Weise mit der Studentenbewegung Kontakt gehabt hat.

Das Thema

des Wettbewerbs ist weit: Erfahrungen aus der Studentenbewegung bis heute hin:

- Aus den Aktionen der Studenten im Sozialkampf gegen die Berufsverbote, für Vietnam und Chile usw.
- Über die Diskussion mit den Kommilitonen, Ihre Erfahrungen aus den Aktionen.
- Über die Begegnungen von Nicht-Studenten mit der Studentenbewegung.
- Über das Ringen um die Unterstützung und Sympathie der arbeitenden Bevölkerung, über die Begegnung von Studenten mit Arbeitern.
- Über die Erlebnisse aus Begegnungen mit dem realen Sozialismus.

Dabei ist das nur eine Themenauswahl und keine Themenbegrenzung.

Die Form

Ist offen: Geschichten, Gedichte, Sprechszenen, Lieder und anderes.

Die Jury

setzt sich zusammen aus fortschrittlichen Schriftstellern, Aktivisten der Studentenbewegung und demokratischen Journalisten.

Durch eine möglichst breite Veröffentlichung von Texten in den roten blättern soll der Leser sich ein eigenes Urteil über die Entscheidung bilden.

Die Preise

1. Preis:
14tägige Reise nach Prag für zwei Personen

2. bis 3. Preis:
Bücherutschein im Werte von 50 DM

4. bis 6. Preis:
Jahresabonnements von Deutsche Volkszeitung, Kürbiskern, Blätter für deutsche und internationale Politik, Demokratische Erziehung, u. a.

7. Preis:
Vollständige Brecht-Ausgabe

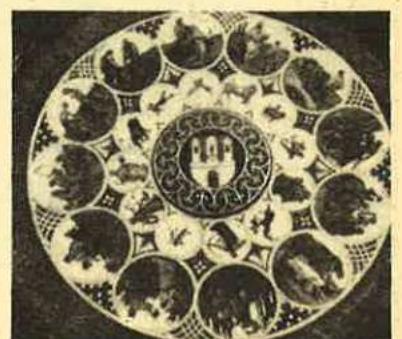
8. Preis:
Heinrich-Mann-Ausgabe

9. Preis:
Thomas-Mann-Ausgabe

10. bis 20. Preis
Verschiedene Bücher im Werte von 15 bis 20 DM

21. bis 25. Preis:
Bücherutscheine im Werte von 20 DM

26. bis 40. Preis:
Trostpreise



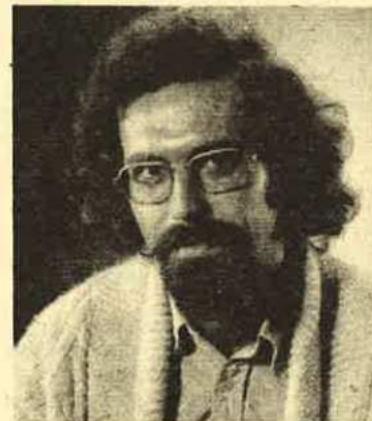
Alles über studentische Krankenversicherung

Über die verworrene Situation bei der studentischen Krankenversicherung sprach Ulrich Maske, freier Mitarbeiter der roten blätter, Andreas Neye, seit über zwei Jahren Vorstandsmitglied der Deutschen Studenten Krankenversicherung. Andreas Neye gibt konkrete Tips, wie man sich in der derzeitigen Situation zurechtfindet und zeigt Möglichkeiten der weiteren Entwicklung auf. Er kommentiert den Gesetzentwurf der Bundesregierung.

rote blätter: Wie sieht die Situation auf dem Gebiet der studentischen Krankenversicherung (sKV) z. Z. aus?

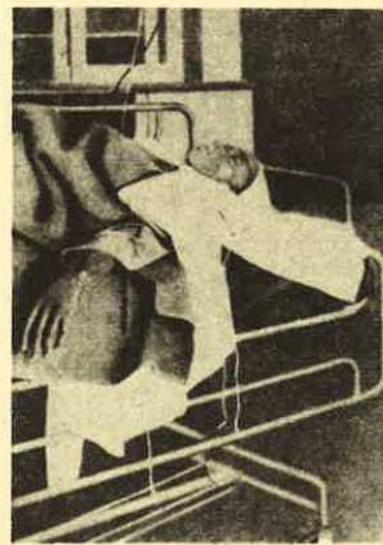
Neye: Schon seit Jahren ist die studentische Krankenversorgung unzureichend. Die Entwicklung

der Beitragssätze: Noch 1966 belief sich der Semesterbeitrag bei der DSKV auf 48 DM. Heute kostet diese Versicherung fast das Dreifache, nämlich 135 DM. Auch örtliche studentische Krankenversicherungen haben, wenn sie auch nur halbwegs akzeptable



Andreas Neye

Wie geht es weiter, was kann man tun.



Grundsatz zu begrüßende Vorschlag wenig, daß alle BAFÖG-Empfänger auf dem Wege der besonderen Aufwendungen 10 DM/mlt. für die KV bekommen sollen, denn erstens sind die meisten BAFÖG-Empfänger ohnehin familienhilfeversichert, zum zweiten übergeht dieses Vorhaben die Tatsache, daß auch ein großer Teil der noch nicht BAFÖG geförderten Studenten nicht mehr, sondern im Gegenteil, oft noch weniger Geld zur Verfügung haben als BAFÖG-Empfänger.

Die Versicherungsleistungen der DSKV, vor allem aber der meisten örtlichen SKV-en, liegen unter dem Niveau der gesetzlichen Kassen. Sehr beunruhigend ist die Tatsache, daß es auf dem Gebiet der studentischen Krankenversorgung eine völlige Zersplitterung in der Bundesrepublik gibt. Während es in Bremen, Bayern und Rheinland-Pfalz überhaupt keine(!) studentische Krankenversicherung gibt, was für die dort studierenden Kommilitonen ein erhebliches finanzielles und Gesundheitsrisiko darstellt, bemühen sich Ersatzkassen mit versicherungsrechtlich zweifelhaften Methoden um studentische Mitglieder, wobei mit Dumpingpreisen geworben wird, die aber in absehbarer Zeit auf kostendeckendes Niveau (z. Z. ca. 45 DM/mlt.) hochschnellen dürften.

So ist bekannt, daß z. B. die Barmer Ersatzkasse schon jetzt mit Beitragserhöhungen für ihre studentischen Mitglieder liebäugelt — sicher nicht das einzige Beispiel. Bei dieser Gelegenheit sei noch erwähnt, daß die gleiche Kasse seit einiger Zeit Briefe an die Eltern von bei ihr über die Familienhilfe mitversicherten Studenten schickt und diese unter Bezugnahme auf den schon längst gestorbenen Gesetzentwurf von Rheinland-Pfalz auffordert, ihre Kinder als Vollmitglieder in der Barmer Ersatzkasse zu versichern. Hier wird also, wie auch in anderen Fällen, mit Halbwahrheiten und Verdrehungen versucht, vollzahlende Mitglieder zu gewinnen. Der SPD/FDP-Fraktionsentwurf sieht nämlich demgegenüber die Beibehaltung der Familienhilfe vor. Es muß also davor gewarnt werden, solchen Schlichen auf den Leim zu gehen. Im Zweifelsfalle sollten die Kommilitonen bei ihrem AStA-Sozialreferenten nachfragen.

rote blätter: Wie kam es zu der jetzigen desolaten Situation auf dem Gebiet der SKV?

Neye: Maßgeblich für den runden Kostenanstieg in der Krankenversicherung, der ja die arbeitende Bevölkerung genauso hart trifft wie die Studenten, ist in erster Linie das Anwachsen der Krankenhauspflegesätze, ausgelöst durch die Preispolitik der Pharma-Konzerne, medizinische Gerätehersteller und auch die Lobbys niedergelassener Ärz-

te. So wird nach Berechnungen des rheinland-pfälzischen Sozialministers Geißler der durchschnittliche Beitragssatz der Krankenversicherung für Arbeiter und Angestellte von z. Z. 9,5 Prozent auf 13,1 Prozent des Bruttolohnes im Jahre 1978 ansteigen. In nur 10 Jahren von 1963 bis 1973 haben sich die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung von 12,1 Milliarden auf 40,8 Milliarden mehr als verdreifacht, während die Löhne und Gehälter, von denen der Sozialversicherungsbeitrag abgezogen wird, in dieser Zeit brutto nur um 154 Prozent gestiegen sind.

Der massive Kostendruck einerseits und die unzumutbare weitere finanzielle Belastung der Studenten andererseits haben jetzt nach mehrmaliger Warnung der DSKV an die Adressen der Bundesregierung und der Länder dazu geführt, daß die letzte Mitgliederversammlung der DSKV im Dezember 1974 ohne Gegenstimmen ihre eigene Liquidation zum 30. September 1975 beschlossen hat. Die DSKV hat in diesem Zusammenhang nochmals betont, daß die Verantwortung für die weitere Entwicklung auf dem Gebiet der SKV allein bei Bundestag und Bundesrat liegt.

rote blätter: Welche Alternativen gibt es zur jetzigen Regelung?

Neye: Schon 1969 hatten der Verband Deutscher Studentenschaften (vds) und DSKV eine Neuordnung der studentischen Krankenversicherung als dringend notwendig bezeichnet. Auf einer Gesundheitskonferenz beider Organisationen wurde eine für alle Hochschulen verbindliche Regelung durch den Bund im Rahmen der Gesetzgebungskonferenz für die Sozialversicherung gefordert. Die Forderungen des vds stimmen in allen wesentlichen Punkten mit den Vorschlägen der DSKV überein. So lauten die Forderungen des vds:

- Schaffung eines bundeseinheitlichen studentischen Krankenversorgungsgesetzes, das am 1. April 1975 in Kraft tritt!
- Sozial tragbare Beitragssätze von 3 Prozent des BAFÖG-Höchstsatzes ohne Darlehensanteil = 75 DM pro Semester (= 6 mal 12,50 DM). Keine sozial untragbaren Beitragssätze von 25 DM im Monat!
- Höhere Bezuschussung seitens des Bundes und der Länder, damit die Solidargemeinschaft



Zahnärztliche Behandlung: Die Leistungen der einzelnen Ersatzkassen unterscheiden sich untereinander kaum.



der gesetzlichen Krankenversicherten nicht belastet wird. Höhere Bezahlung durch Umverteilung der Haushalte, Steigerung der öffentlichen Leistungen für das Gesundheitswesen, um im Interesse aller Versicherten mit niedrigem Einkommen weitere Beitragssteigerungen zu vermeiden. Öffentliche Kontrolle der Preisgestaltung der Pharmaconzerne und Ärztegebühren!

- Tragbare Inkasso-Modalitäten, keine halbjährliche Vorauszahlung der Eigenbeteiligung der Studenten. Befreiungsmöglichkeiten nur zur Familienhilfe, d.h. keine Befreiungsmöglichkeit zu privaten Kassen, da diese aus der Krankheit der Versicherten Profite erschließen!
- Mitbestimmung in den satzungsgemäßen Organen der gesetzlichen Krankenkassen (Studenten unterstützen bei den Sozialversicherungswahlen die Listen des DGB)!
- Anhebung der Pflichtversicherungsgrenze, wie der DGB es fordert, damit auch Gruppen mit höherem Einkommen in den gesetzlichen Kassen, insbesondere in den Allgemeinen Ortskrankenkassen, versichert werden können!
- Stärkung der Solidargemeinschaft der gesetzlichen Kassen durch garantiertes Verbleiben der Versicherten nach Beendigung des Studiums (hierdurch soll vermieden werden, daß Studenten, die während ihres Studiums mit relativ günstigen Versicherungssätzen haben leben können, nach Beendigung des Studiums in die privaten Privilegierten-Kassen abwandern)!

Allerdings erscheint die Forderung des vds bzgl. des Inkrafttretens des Gesetzes zum 1. April 1975 inzwischen problematisch, da ja schon im Februar die Rückmeldungen für das SS an den Universitäten beginnen und es verwaltungstechnisch fast unmöglich wäre, dann nachträglich die gesetzliche Regelung in das Rückmeldeverfahren aufzunehmen. Diese Einschätzung wird sowohl von Seiten der DSKV wie auch vom DSW und der WRK



Wegen des ungeheuren Risikos sollten sich Studenten auf jeden Fall versichern, jedoch nicht in Privatkassen.

vertreten. Dabei muß jedoch betont werden, daß diese Schwierigkeiten, die das Inkrafttreten des Gesetzes ein weiteres halbes Jahr verzögern, nur durch die inzwischen schon jahrelang praktizierte Hinhalte- und Verzögerungstaktik der Bundesregierung aufgetreten sind. Den Gremien der DSKV ist beispielsweise von Seiten der Bundesregierung im letzten Jahr mehrfach versichert worden, daß bis Dezember 1974 die gesetzliche Regelung der studentischen Krankenversicherung unter Dach und Fach sein würde.

rote blätter: Kannst du kurz erklären, was der Unterschied zwischen AOK, Ersatzkassen und privaten Krankenversicherungen ist und für welche Kassen die Studenten sich bei einer gesetzlichen Regelung entscheiden sollten?

Neye: Sowohl die AOKs wie auch die Ersatzkassen sind im Gegensatz zur PKV gesetzliche Kassen, d.h. Umfang der Leistungen, Aufgaben, Verwendung der Mittel usw. sind durch Gesetz festgelegt. Die private KV kann für die

Studenten keine Alternative sein, denn es handelt sich um Privilegiertenkassen, die in der Regel Mitglieder versichern, die oberhalb der Pflichtversicherungsgrenze liegen. Sie fördern die Zersplitterung der KV und haben sogar zum Teil in einigen Bereichen geringere Leistungen als die gesetzlichen Kassen.

Unsere Bemühungen müssen dahin gehen, die Studenten zu überzeugen, sich bei Inkrafttreten des neuen Gesetzes nicht in den Ersatzkassen, sondern in den AOKs zu versichern. Die Leistungen und Beiträge unterscheiden sich nur unwesentlich von denen der Ersatzkassen. Aber wenn sich die Studenten während ihres Studiums und vor allem darüber hinaus in den AOKs versichern, so bedeutet dies mittel- und langfristig eine finanzielle Stärkung der AOKs durch eine erhöhte Zahl freiwillig Versicherter, und es zeigt zugleich, daß die Studenten die Notwendigkeit erkannt haben, gemeinsam mit der arbeitenden Bevölkerung für eine Vereinheitlichung des Kran-

Neye: Der jetzt endlich — viel zu spät — vorliegende Gesetzentwurf der SPD/FDP-Fraktionen erfüllt in einigen Punkten die Forderungen der Studentenschaft. Zu begrüßen ist die Beibehaltung der Familienhilfe. Aber die Nachteile überwiegen bei weitem. So sieht der Entwurf eine monatliche studentische Eigenbeteiligung von 25 DM vor, das sind pro Semester 150 DM. Ich habe schon erwähnt, daß die zusätzliche Subventionierung der BA-FöG-Studenten nur eine unwe sentliche Verbesserung ist, denn es betrifft sehr wenige Studenten, da die meisten BA-FöG-Empfänger ohnehin familienversichert sind. Ein weiterer Kritikpunkt ist die von der FDP unter dem Mäntelchen der Chancengleichheit durchgesetzte Befreiungsmöglichkeit zur privaten Krankenversicherung. Damit wird erstens die angestrebte Einheitlichkeit der studentischen Krankenversicherung aufgeweicht, zweitens läuft diese Regelung auf eine mehr oder weniger direkte Subventionierung der auf Profitbasis arbeitenden privaten Krankenversicherungen hinaus, die dann von den Massensteuern der Lohn- und Gehaltsabhängigen mitfinanziert werden sollen.

Schließlich ist es sozial völlig unhaltbar, wenn die Studenten, wie im Gesetzentwurf vorgesehen, zu Semesterbeginn 150 DM im voraus zahlen sollen. Schließlich wird das BA-FöG ja auch monatlich und nicht etwa semesterweise ausgezahlt. Hinzu kommt, daß das Inkasso von den Universitäten durchgeführt werden soll, was zu hohem Verwaltungsaufwand, Mehrbelastung des Personals und zusätzlichen Kosten führen würde. Man stelle sich vor: Die privaten Privilegiertenkassen werden vom Steuerzahler subventioniert, dafür dürfen die Universitäten diesen Kassen die Verwaltungsarbeit abnehmen.

Der vds lehnt dieses Verfahren entschieden ab, auch das DSW und die WRK haben eindringlich davor gewarnt. Vielmehr wird vorgeschlagen, die Beiträge direkt durch die Kassen einzuziehen, denn nur dieses Verfahren würde die sozial notwendige monatliche Zahlungsweise ermöglichen.

rote blätter: Wie sollen sich Studenten verhalten, die sich vorübergehend weder in einer studentischen Krankenversicherung noch durch Familienhilfe versichern können?

Neye: Sie sollten sich wegen des ungeheuren Risikos unbedingt vorerst versichern, die Ersatzkassen-Dumpingpreise ausnutzen, jedoch aus den schon ausgeführten Gründen nicht in Privatkassen. In jedem Fall können und sollten diese Studenten nach der gesetzlichen Neuregelung auch eine neue Entscheidung treffen.

kenversicherungssystems zu kämpfen. Eine weitere Verstärkung des Einflusses der Ersatzkassen und erst recht der privaten Kassen liegt nicht im Interesse einer Verbesserung der Gesundheitsfürsorge.

Es sei noch erwähnt, daß die AOKs in einer besonders kritischen Finanzsituation sind, weil sie einen sehr hohen Anteil Rentner versichern, deren Krankheitskosten nur zu einem Teil aus den Rentenversicherungsbeiträgen getragen werden. Der Anteil der Erstattungskosten bzw. Zuschüsse des Bundes zu den Erstattungskosten der Rentner ging von 31 Prozent im Jahre 1957 auf 15 Prozent im Jahre 1974 zurück. Hinzu kommt, daß die AOKs bisher im Gegensatz zu den Ersatzkassen keinen überregionalen Finanzausgleich haben.

rote blätter: Du erwähnst vorhin den Gesetzentwurf der SPD/FDP-Fraktionen. Welche Regelungen sieht er im einzelnen vor, und welche Kritikpunkte gibt es?

An alle Abonnenten

Eine noch zu große Zahl von Abonnenten hat trotz unseres dringenden Aufrufes im Januarheft seine Rechnung noch nicht bezahlt.

Liebe Abonnenten!

Wir sind dringend auf die pünktliche Bezahlung der Abonnements angewiesen. Auch das ist ein wichtiger Beitrag, um den Heftpreis so lange wie möglich auf seinem derzeitig niedrigen Stand zu halten.

Eine individuelle Anmahnung oder gar Einziehung des Rechnungsbetrages würde uns und auch den Abonnenten unnötige Kosten bereiten.

Darum überweist den Betrag möglichst sofort, spätestens bis zum 25. Februar 1975.

Noch einmal zur Information:

Die roten blätter erscheinen seit Beginn des Jahres 1975 monatlich. Dadurch erhöht sich der Abo-Betrag etwas. Ein Jahresabonnement kostet damit einschließlich Porto und Zustellung 10,50 DM.

Wer seit Januar 1975 abonniert, bezahlt also: 10,50 DM
seit Oktober 1974: 13,50 DM
seit November 1974: 12,50 DM
seit Dezember 1974: 11,50 DM

Bitte überweist den Betrag oder zahlt ihn auf dem Postamt ein auf das Postscheckkonto des Weltkreis-Verlages mit dem Vermerk „rb-Abo“: Dortmund 536 10-469

Wir wiederholen unsere Bitte an alle Leser: Überprüft bitte, ob ihr trotz eurer meist leeren Geldbörsen den Abo-Betrag nicht mit einer Spende aufrunden könnt!



Verkaufsstand an der PH Bonn.

rote blätter

Organ des Marxischen Studentenbundes Spartakus

Ich bestelle ab Nr. bis auf Widerruf — jedoch mindestens für 1 Jahr*
(Jahresabo: 10,50 DM inkl. Porto)

Ich bitte um Zusendung eines Einzel-Exemplares (1,- DM + Porto)
(Zutreffendes ankreuzen)
* Kündigung des Abos jeweils bis 20. November.

Name
Adresse
Unterschrift

rote blätter
MSB Spartakus

53 Bonn
Postfach

„Macht den MSB stark!“

rb-Interview mit Heiner Blasenbrei



Heiner Blasenbrey, Mitglied des Spartakus-Bundesvorstandes hat seit dem Dezember 1974 Berufsverbot. Er arbeitete beim Stuttgarter Wasserwirtschaftsamt als Bauingenieur. Seine fachlichen Qualitäten sind unbestritten. Bei den Kollegen ist er beliebt und angesehen.

rote blätter: Heiner, du bist nicht der erste Betroffene des Berufsverbots. Dennoch weist dein Fall eine Reihe von Besonderheiten auf.

Heiner Blasenbrei: Ich bin der erste betroffene Ingenieur. Ich war nicht Beamter, sondern Angestellter. Als Indiz für meine Verfassungsfeindlichkeit wurde

DOKUMENTATION ZUM BERUFSVERBOT GEGEN DEN STUTTGARTER BAUINGE- NIUR



HEINER BLASENREI

ministerium sandten. Es wurden in wenigen Tagen in Betrieben, an Hochschulen, in Jugendzentren und auf der Straße mehrere tausend Unterschriften gegen diese Maßnahme gesammelt. Meine Gewerkschaft, die ÖTV, hat Rechtsschutz übernommen, die Betriebsgruppe der ÖTV hat sich mit mir solidarisiert und viele Gewerkschaftsfunktionäre haben ihrer Empörung Ausdruck verliehen und fordern meine Wiedereinstellung. Ich hatte Gelegenheit, meinen Fall während des OB-Wahlkampfes in Stuttgart im Fernsehen darzustellen. Zur Resonanz auf diesen Fernsehauftakt gehört auch die Empörung eines CDU-Mitglieds über das Verhalten seiner Parteispitze. Dieser aufrichtige Demokrat hat sich aktiv für mich eingesetzt. Nachdem ich alle Mitglieder des Landtags von Baden-Württemberg informiert habe, hat sich die SPD-Landtagsfraktion mit dem Fall befaßt. Einzelne Abgeordnete der SPD und FDP unterstützen mich aktiv. Ich erhalte täglich Solidaritätserklärungen von Studentenparlamenten und Uni-Vollversammlungen. Zum Beispiel forderten die 1800 Teilnehmer der Abschlußveranstaltung des Berufsverboteaktionstags an der Marburger Uni meine sofortige Wiedereinstellung und die ersatzlose Streichung der Ministerpräsidentenbeschlüsse. Ich wurde und werde zu vielen Veranstaltungen als Referent und um meinen Fall darzustellen eingeladen. Sowohl die überregionale demokratische als auch die bürgerliche Lokalpresse hat schon umfangreich berichtet. Ich habe beim Arbeitsgericht Stuttgart Klage erhoben.

Die Bereitschaft, sich gegen ein Berufsverbot zu engagieren, nimmt zweifellos zu, je konkreter die Berufsverbote-Komitees über die persönliche Entwicklung der Betroffenen, die unmittelbaren Auswirkungen des Berufsverbots informieren. Man muß sich also darauf konzentrieren, über einzelne Fälle ganz konkret und möglichst kontinuierlich zu infor-

mieren und Solidaritätsaktionen durchzuführen.

Der Bundesvorstand des MSB Spartakus legt großen Wert darauf — das zeigt der Beschuß der vierten Bundesvorstandstagung —, daß die MSB-Gruppen kontinuierlich über Fälle informieren und in den Berufsverbote-Komitees aktiv werden. Die Konzentration in der Öffentlichkeitsarbeit auf ganz bestimmte Fälle schafft auch die besten Voraussetzungen, um in jedem einzelnen Fall die Solidarität zu organisieren.

Die Arbeit der Komitees versandet immer wieder sehr leicht, wenn nur punktuell aus aktuellem Anlaß über ein neues Berufsverbot berichtet wird.

Die Stabilisierung der Arbeit der Berufsverbote-Komitees, ihre regelmäßige Arbeit, die Vergrößerung der Anzahl der Mitarbeiter und mitarbeitenden Organisationen ist eine entscheidende aktuelle Kampfaufgabe und die richtige Antwort auf die Hexenjagd auf aktive Demokraten.

rote blätter: Die andere Seite besteht doch darin: Die Berufsverbote lösen kein einziges der immer drängenderen sozialen Fragen in der BRD. Das Berufsverbot für aktive Demokraten schafft keine einzige fehlende Lehrstelle, schafft keinen Studienplatz und keine Mark Lohn erhöhung her. Im Gegenteil. Außerdem widerspricht es der demokratischen Überzeugen einerdemokratischen Überzeugung eines großen Teils der Bevölkerung in der BRD.

Heiner Blasenbrei: Wichtig ist, sofort alle Hebel in Bewegung zu setzen, um erst einmal Öffentlichkeit herzustellen, um so von vornherein den eigentlichen Zweck der Berufsverbote, Angstmache und Einschüchterung, zu unterlaufen.

Die größte Unterstützung habe ich allerdings bisher vom MSB Spartakus erhalten. Ein solches Ausmaß an Solidarität, die mir bis heute schon zuteil wurde, vermag nur ein auf gesamtnationaler Ebene einheitlich organisierter Verband zu entwickeln. Ich appelliere deshalb an jeden Studenten, der sich vielleicht aus Angst vor dem Berufsverbot noch nicht im Spartakus organisieren wollte, Mitglied im MSB Spartakus — jetzt erst recht — zu werden. Das ist der größte Beitrag, den jeder fortschrittliche Student im Kampf gegen die Berufsverbote leisten kann. Dann haben die Herrschenden das gerade Gegen teil dessen erreicht, was die Berufsverbote bezeichnen sollen. Mit jedem Eintritt in unseren Verband rückt der Tag ein Stück näher, an dem die Berufsverbote zum Rohrkrepierer für ihre Befürworter werden.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Freunden und Genossen bedanken, die mich bisher unterstützt haben und mich noch unterstützen werden.

Carl - von - Ossietzky

Universität

Unter
welch
schwierigen
Umständen
die
Zusammen-
arbeit
begann

DGB und Uni

Oldenburg, so spöttelte man noch vor kurzem, werde der letzte Zufluchtsort des Kapitals nach der Revolution sein. Denn, so wußte es der Ostfriesenwitz heckende Volksmund: in Oldenburg kommt alles 50 Jahre später. Doch seit Gründung der Universität scheinen auch in Oldenburg die Uhren anders zu gehen. An der Uni Oldenburg gelang, was bislang in der bundesdeutschen Hochschullandschaft einmalig ist. Zwischen der Uni und dem DGB sowie der Bildungsvereinigung „Arbeit und Leben“ wurde ein Kooperationsvertrag geschlossen, der die Universität verpflichtet, die „Probleme der Arbeitnehmer, insbesondere in gesellschaftlicher, wissenschaftlicher und kultureller Hinsicht zu behandeln“.

Hatte bereits der einstimmige Beschuß des Konzils, die Universität nach Carl von Ossietzky zu benennen, den heftigen Protest der Reaktion heraufbeschworen, der Kooperationsvertrag rüttelte sogar an den Fundamenten der Hannoverschen Landeskoalition. Als dann nach allerlei politischen Winkelzügen der Landesregierung der Vertrag dennoch unterzeichnet wurde, resignierte die WELT: „Uni in Vettters Armen“.

Der „Deutsche Beamtenbund“ registrierte einen „Schlag gegen

Kleinanzeigen

Kleinanzeigen sind ein weiterer Grund, die roten Blätter zu abonnieren. Denn Abonnenten können kostenlos annoncieren. Nichtabonnenten gegen Voreinsendung von 6 DM (In Briefmarken oder Überweisung auf das Postscheckkonto Köln 2711 81-50 des Spartakus-Bundesvorstandes).

Anzeigen sind zu allen Themen gefragt: Bücherver- und -ankauf, Suchanzeigen für wissenschaftliche Materialien, Studienplatzwechsel, Wohnungssuche bei Studienortwechsel, Bekanntschachtsanzeigen usw ...

Frau und Illustrierte

Suche für meine Examensarbeit das Buch „Frau und Illustrierte im Kapitalismus“, Ingrid Langer-EI Sayed, Pahl-Rugensteine, Heiner Harder, 32 Hildesheim, Schützenwiese 4.

Decoder SK 1

Verkaufe fabrikneuen Verkehrsfunk-Decoder SK 1 für 20 DM (Neupreis: 49 DM). Tel. (0 89) 37 97 47

Bohrmaschine

Suche preiswert oder gegen Buchwunsch intakte elektr. Bohrmaschine. Angebot mit Typenbezeichnung per Postkarte an Bernd Redweik, 7 Stuttgart 80, Reichenbg. Str. 10. Versandkosten werden übernommen.

Hessisches Lesebuch

Suche durchgehende Ausgaben eines hessischen Lesebuchs (Verlag nicht ausschlaggebend) der Jahre 1949-74 für das 8. Schuljahr aller drei Schularten. Hinweise zur Beschaffung bitte an D. Kröll, 35 Kassel, An der Kurhessenhalle 34.

Arbeiterbewegung

Suche dringend in den letzten Jahren erschienene Hefte „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ (BZG). Zuschr. an C 13.

Gesucht

zwei Schreibtischstühle, eine kleine Waschmaschine, einen Kühlenschrank, Teppiche in jeder Menge und Größe und Bongos. Gerhard Hallstein, 56 Wuppertal-Barmen, Mühlenweg 45.

Deutsche Geschichte

Gen. sucht für sein Geschichtsstudium folgende Teile des „Lehrbuch der Deutschen Geschichte (Beiträge)“: Bd. 1, 2/2, 4, 5, 6, 7, 9, 10. Zahlreiche für guterhaltene Exemplare den eingedruckten DDR-Preis! Tel. (0 89) 37 97 47.

G. A. Bürger

Suche Informationen und Material über den Göttinger Dichter Gottfried August Bürger bzw. die literarische Bewegung des Sturm und (Examens- und Seminararbeiten) Drang sowie den Göttinger Hainbund. Zuschr. unter C 11.

Moskau 1969

Suche das Buch „Von den Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien im Jahre 1969 in Moskau“. Zuschr. an C 12.

Österreich

Österreichischer Genosse sucht dringend Material jeder Art (Artikel, Zeitschriften, Publikationen), das mit Fremdsprachenstudium, bzw. -ausbildung zu tun hat. (Auch MSB-Material erwünscht...) Dringend an Felix Eder, A-5020 Salzburg, Hans-Sachs-Gasse 15/29.

**Bitte alle Aufträge adressieren an
rote Blätter**

**MSB Spartakus - Bundesvorstand
53 Bonn 1
Postfach**

die Freiheit“, als der Vertrag unterzeichnet wurde, und der niedersächsische CDU-Politiker Remmers sah bereits eine neue Variante des Numerus clausus auf die neue Universität zukommen: „In Zukunft können dort wahrscheinlich nur noch DGB-Mitglieder studieren.“

Doch so interessant und entlarvend solcherart Reaktionen der auf eine Öffnung der Universitäten für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung auch sein mag, lehrreicher ist die neue Ebene, auf die der Kampf um eine Reformuniversität in Oldenburg gestellt wurde.

Während im 50 Kilometer entfernten Bremen noch der Popanz einer „roten Kaderschmiede“ aufgebaut werden konnte, um die Öffentlichkeit gegen demokratische Bildungsreformen zu mobilisieren, wurde in Oldenburg deutlich, wem die Reformen nutzen und wem sie schaden.

Neben fortschrittlichen Sozialdemokraten haben sich auch Spartakisten im Gründungsausschuß der Universität sowohl für das Kooperationsangebot mit dem DGB als auch für den Namen „Carl-von-Ossietzky-Universität“ eingesetzt. Diese Politik war schließlich erfolgreich.

zeichnung angesichts der bevorstehenden Landtagswahl nicht ganz ohne Verzögerung über die Bühne. Im Herbst 1974 war es dann aber soweit. Die Gremien beider Seiten hatten den Vertragstext gebilligt.

Nur zwei Tage vor der Unterzeichnung begann das Sperrfeuer der Reaktion. Die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ gab den ersten Schuß auf die „Bekenntniss-Universität“ ab. Das rechtslastige Bürgerblatt schöpft Verdacht, „daß hier wieder einmal öffentlich ein Bekenntnis abgelegt werden soll, wes politischen Geistes die neue Hochschule ist und bleiben soll. Hier wird eine weitere Duftmarke verlegt, deren Geruch dazu beitragen soll, einen einheitlichen politischen Stallgeruch zu schaffen.“

Einen Tag später rauschte es durch den niedersächsischen Blätterwald: Die Reaktion von der CDU bis zum Arbeitgeberverband, um den Stallgeruch des Kapitals an den Universitäten bangend, wetterte gegen die Landesregierung. Die reagierte prompt und zitierte 24 Stunden vor der angesetzten Unterzeichnung Rektor und Kanzler ins Wissenschaftsministerium, um sie zur Absage an den DGB zu bewegen. Natürlich versuchte die Landesregierung zugleich, auch auf anderen Wegen das Projekt zu hinterreiben. Doch vergebens. Ministerpräsident Kubel und andere rechte Sozialdemokraten machten Front gegen den Wissenschaftsminister Grolle, der die Kooperation befürwortete, wobei sie sich der FDP bedienten, die angeblich die Koalitionsfrage stellen wollte, falls der Vertrag unterzeichnet würde. Mit dieser Taktik sollten offenbar sozialdemokratische Gewerkschaftskollegen beeindruckt werden. Doch die bereits praktizierte Zusammenarbeit zwischen Universität und Gewerkschaften hatte bei Vertrauensleuten, Betriebsräten und hauptamtlichen Funktionären so viel Zustimmung gefunden, daß drei Wochen nach dem vorgesehenen Termin der Vertrag mit geringfügigen Änderungen schließlich unterzeichnet wurde.

Doch damit die Auseinandersetzungen wohl nicht beendet sind, beginnt sich abzuzeichnen. Die Unternehmer, stets bereit, Forschungskapazitäten für sich zu beanspruchen, weigern sich, in Oldenburg mit dem Hinweis auf den Kooperationsvertrag Betriebskundungen für Studenten durchzuführen.

Harald Werner

kürbiskern + tendenzen

Reihe Marxistische Ästhetik und Kulturpolitik

Arbeitstagung der DKP zu Fragen der Literatur
München 30/31. 3. 74 6,80 DM

Vorlesungen zur marxistisch-leninistischen Ästhetik 23,50 DM

Kaspar Maase Volkspartei und Klassenstruktur
Eine marxistische Kritik zur SPD-Kulturpolitik 16,80 DM

Fritz Mierau Revolution und Lyrik
Majakowski – 80. Geburtstag 7,50 DM

Werner Mittenzwei
Brechts Verhältnis zur Tradition 9,50 DM

Rainer Rosenberg
Literaturverhältnisse im deutschen Vormärz ca. 8,00 DM

Nyota Thun
Das erste Jahrzehnt 7,50 DM

Kulturpolitik und Kulturrevolution in der Sowjetunion

Erhältlich in allen collectiv-Buchhandlungen oder direkt

kürbiskern, 8 München 40
Hohenzollernstraße 144
Tel. (0 89) 30 37 83

Mainz
wiees
singt+
lacht
weil
ECKES
alles
macht

Schwarzer
Kater

CERLING
HERSTATT

Karneval - Narrenspiel der Reaktion?



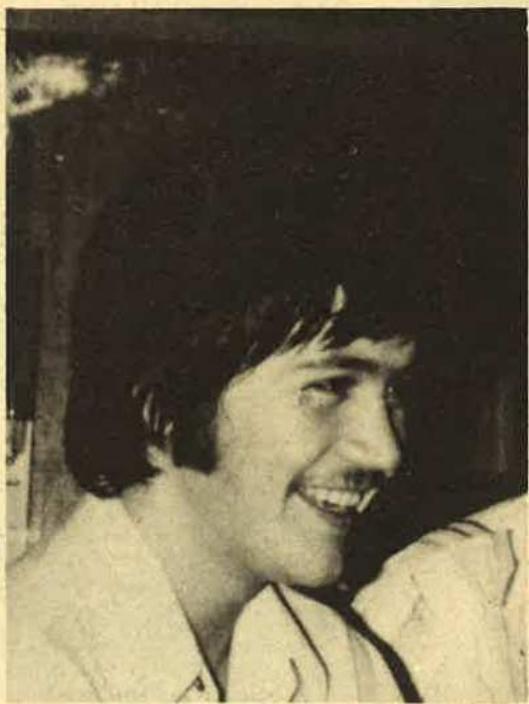
Närrinnen und Narralesen, Elferrat, Narrhallamarsch, Rosenmontagszug, Bajazz, Helau und Alaaf. Dieses Esperanto kündigt uns an: Wir sind wieder mitten drin. Die närrische Zeit ist angebrochen und beschert uns Damensitzungen, gereimte und ungereimte „Büttenreden“, Maskenbälle und als Höhepunkt schließlich Rosenmontagsumzüge mit viel Volk auf der Straße und riesigen Papp-Unholden, die mit Vorliebe bekannten Bonner Köpfen ähneln. Davor die obligatorische offizielle Fastnacht des Fernsehens, bei denen allerlei illustre Gestalten in Frack, Smoking und Abendkleid vorgeben, das singende und lachende Mainz zu repräsentieren. Für das Volk, dem bei den Eintrittspreisen ohnehin das Lachen verginge, bleibt der Bildschirm. Er verkündet im ganzen Land, was von der Fastnacht übriggeblieben ist: Wohlausgesuchte Redner ergehen sich in strengzensierten Vorträgen in Hetztläden gegen Gastarbeiter, die „dreckigen Ölscheichs“, Radikale, DDR und die „rote“ Regierung.

Die Narrenkappe zierte ursprünglich keine Herrscherköpfe, und die „Bitt“ war keine Tribüne für Reaktionäre. Sehen wir einmal von der katholischen Abstammung des Karnevals ab, der die treuen Kirchgänger für die empfohlene Enthaltsamkeit, besonders die bevorstehende vorösterliche Fastenzeit, entzähden sollte, und lassen wir auch einmal den Münchener „Fasching“, ein Mummenschanz mit Oktoberfest-Stimmung, sowie den Kölner Straßenrummel aus den Augen, hat die Fastnacht eine höchst revolutionäre, demokratische Tradition.

Der erste Karnevalverein wurde 1832, zur Zeit der tiefsten Metternich'schen Reaktion, in Mainz gegründet. Seine Väter prägten den

Grundsatz, der in der Folgezeit seine Gültigkeit behielt: die satirische, kritisch-politische Aussage. Sie griffen die Figur des Narren wieder auf, der schon an Fürstenhöfen den Herrschenden ungeschminkt die Wahrheit hatte sagen dürfen. Friedel Janecek, ein Veteran der Arbeiterbewegung, der sich ausführlich mit der Geschichte seiner Heimatstadt beschäftigt hat, stellt fest: „Mainzer Fastnacht war in all diesen Jahren bis zur Weimarer Republik Ausdruck des freiheitlichen, demokratischen Wollens der Mainzer Bürgerschaft.“

Die Fastnacht war für das fortschrittliche Bürgertum eine Plattform, auf der es seine Forderungen gegenüber Adel und Militär vor-



von Rolf Bastian

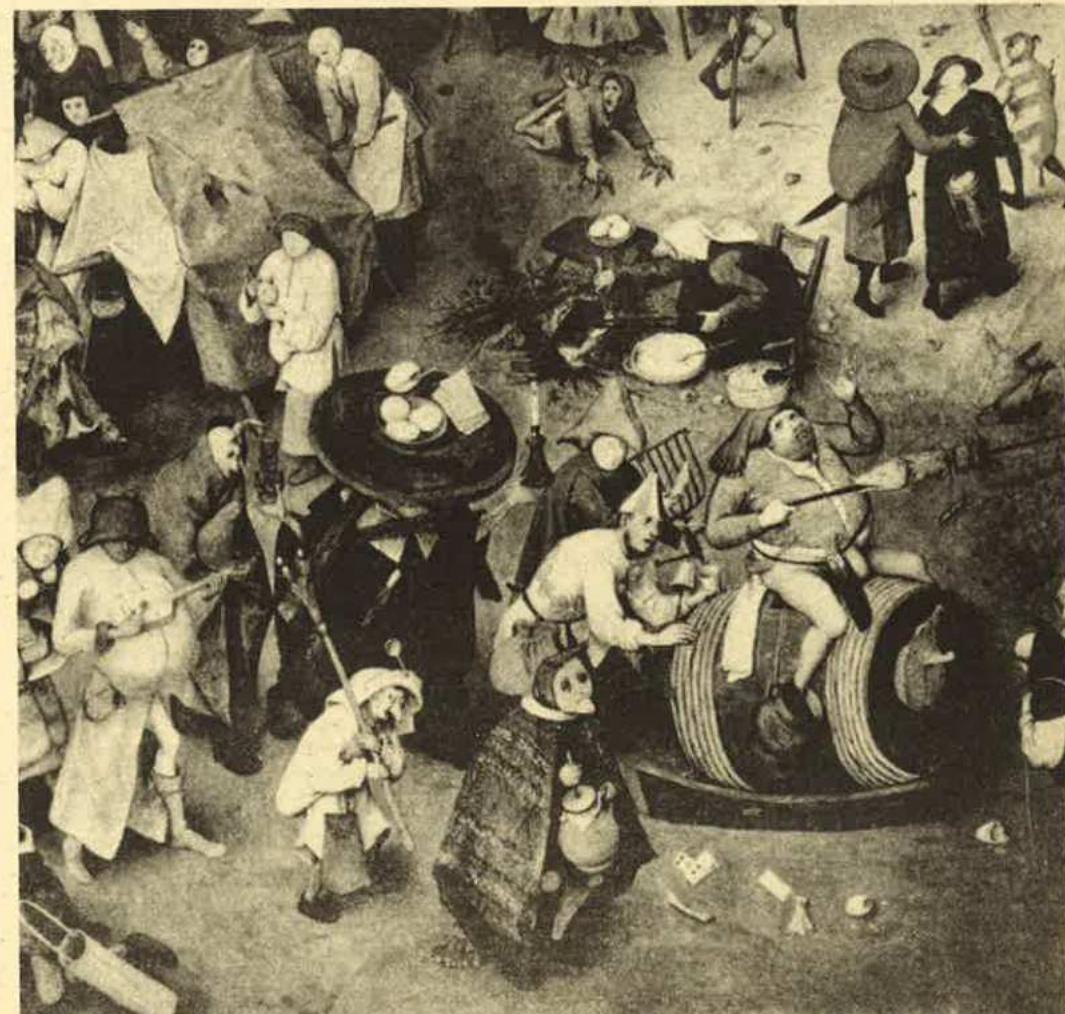
trug. Schon die Symbole, die die Begründer der Mainzer Fastnacht wählten, verraten ihre Ziele: Der Elferrat knüpfte an das elfköpfige Revolutionskomitee der „Mainzer Republik“ von 1792 an, die vierfarbige Narrenkappe an die Jakobinermütze, die seine Mitglieder trugen. Diese erste Republik auf deutschem Boden war ausgerufen worden, nachdem die französischen Revolutionstruppen den Rhein erreicht hatten. Die Revolutionsregierung unter Schorsch Forster hielt sich nur elf Monate und wurde 1793 von den einrückenden preußischen Truppen gestürzt, doch ihre Reformen wirkten bis in die Gegenwart. Sie konfisierte das Kircheneigentum und führte eine demokratische Bodenreform durch, so daß es heute im Mainzer Raum kaum Großgrundbesitz gibt. Vor allen Dingen aber hinterließ sie bei der Mainzer Bevölkerung einen Haß auf Preußentum und Militarismus.

Das Militär war eine der Hauptzielscheiben, die sich auch die Mainzer Fastnacht aussuchte. Ihr Spott richtete sich gegen die — längst nicht mehr revolutionäre — französische Militärverwaltung, die Mainz besetzt hielt. Viele bekannte Karnevalsmelodien entstanden damals. Die französischen Truppen pflegten mit angendem Parademarsch durch die Stadt zu ziehen, um ihre Besatzungsmacht zu demonstrieren. Die Bevölkerung dichtete zu der schmissigen, erhebenden Militärmusik einen würdigen Text: „Geb dem Kind sei Nuddelsche, geb dem Kind sei Flasch.“ Bei solchem Mangel an Untertanengeist war es natürlich kein Wunder, daß die Obrigkeit mit einem bewährten Mittel gegen demokratische Bestrebungen antwortete: dem Verbot. Der französische Stadtcommandant, Capitaine Rissenbeau, untersagte die erste legale Sitzung. Doch am Tag vor dem angesetzten Termin vernahm er von der Straße einen Gesang, aus dem er seinen Namen, in echtem Mainzer Französisch, heraushören konnte: „Ritz am Baa, Ritz am Baa, morje is die Fassnacht da.“ Die Militärverwaltung mußte nachgeben, die Sitzung durfte stattfinden, und der berühmte „Narrhallamarsch“ war geboren.

Zu den gleichen Melodien, die einst Spottlieder gegen Militarismus waren, marschierten heute Redner zur „Bitt“, um gegen Kriegsdienstverweigerer zu Felde zu ziehen. Unter der Narrenkappe wird gegen Frieden und Fortschritt gewettet. Die revolutionäre Tradition der Mainzer Fastnacht ist nicht nur verschüttet, sondern soll auch unterdrückt und totgeschwiegen werden. So kann man in Mainzer Buchläden zwar genügend Literatur über den Kölner Karneval erhalten, aber zur Fastnacht der eigenen Stadt gibt es allenfalls ein paar Bildbände und seichte Büttenerden. Ihren kritischen, demokratischen Charakter behielt die Fastnacht bis in die Weimarer Republik. Nach dem ersten Weltkrieg beeinflußte die scharfe Auseinandersetzung der Klassengegensätze auch den Karneval. Die traditionellen Vereine, MCV und MCC, gerieten unter immer stärkeren Einfluß der Großbourgeoisie und spalteten sich. Neue, von der Arbeiterschaft getragene Vereine wurden gegründet. Unter dem Faschismus wurde die Fastnacht, wie das gesamte kulturelle Leben in Deutschland, gleichgeschaltet. Trotzdem blieb sie den faschistischen Machthabern unbequem, denn immer wieder kamen aus der „Bitt“ kritische Töne. Rein proletarisch war der Karneval nie gewesen, und so unterlag er auch zu dieser Zeit starken Schwankungen, von Kritik bis zum Hurrapatriotismus. Doch daneben gab es Männer, die ihn beständig zu einer Plattform des Widerstands nutzten, wie



Karnevalsbilder von Bruegel: die Fastnacht war für das fortschrittliche Bürgertum eine Plattform, ... auf der es seine Forderungen gegen Adel und Militär vortrug.



Karneval –



Der erste Karneval in den Trümmern: Trotz Gleichschaltung während des Faschismus blieb die Fastnacht den Faschisten unbequem.



Nach 1945 steigerte die Bourgeoisie ihren Einfluß auf die Fastnacht beträchtlich.

Seppel Glückert, der in seinen berühmt gewordenen Reden den Faschismus von einem liberalen, christlichen Standpunkt her angriff. Er wurde während einer Sitzung verhaftet, mußte jedoch schon nach sechs Stunden wieder freigelassen werden, da es zu Unruhen kam, die selbst die faschistischen Mitläufer erfaßten.

Die Bourgeoisie hatte natürlich ein Interesse daran, eine Bewegung, die dermaßen stark im Volk verankert war, in die Hand zu bekommen. Nach 1945 steigerte sie ihren Einfluß auf die Fastnacht wesentlich. Sie versuchte ihren ursprünglichen Kern, die politische Kritik, immer mehr in den Hintergrund zu drängen oder zumindest in seinem Inhalt zu verfälschen. Es kam zu scharfen Auseinandersetzungen in den Vereinen, die erneut mehrfach zur Spaltung führten.

Heute ist die Fastnacht, zumindest die offizielle, wie Fernsehsitzungen und Rosenmontagszug, fest in der Hand einer Oligarchie. Ihr gehören Namen an wie Walther Zech („Klein-Springer vom Rhein“), Verlagsdirektor der Zeitungsgruppe Rhein-Main-Nahe und führender Meinungsmanipulator dieses Raums, der sich nicht scheut, in die Kompetenzen seiner Zeitungsredaktionen einzugreifen, obwohl dies gesetzlich untersagt ist. Die Fernsehkamera ertappte ihn im vergangenen Jahr bei einem Blick in die Gästeschar dabei, wie er nach einem Witzechen des Redners über „die Sau, die arabische“, zu dem selbst diese erlauchte Gesellschaft im ersten Moment irritiert schwieg, demonstrativ den Beifall eröffnete. Oder der Nieder-Olmer Schnapsfabrikant Ekes (Spottname: Eckes Edelkitsch), ein ehemaliger SS-Mann, jetzt Förderer der CDU und Mitinitiator des rechtsradikalen „Bundes freiheitliches Deutschland“. Mit von der Partie ist auch der Klopapierfabrikant und „Hakle“-Boß Klenk. Ihre Macht beruht auf ihren Spenden, mit denen sie die kostspieligen Sitzungen und Umzüge finanzieren und dadurch von sich abhängig machen. Sie bestimmen darüber, wer redet und was geredet wird. Friedel Janecek: „So wie sie in der Öffentlichkeit die Meinung manipulieren, so wirken sie auch hier aus dem Hintergrund auf die Führung der Spitzvereine in Mainz.“

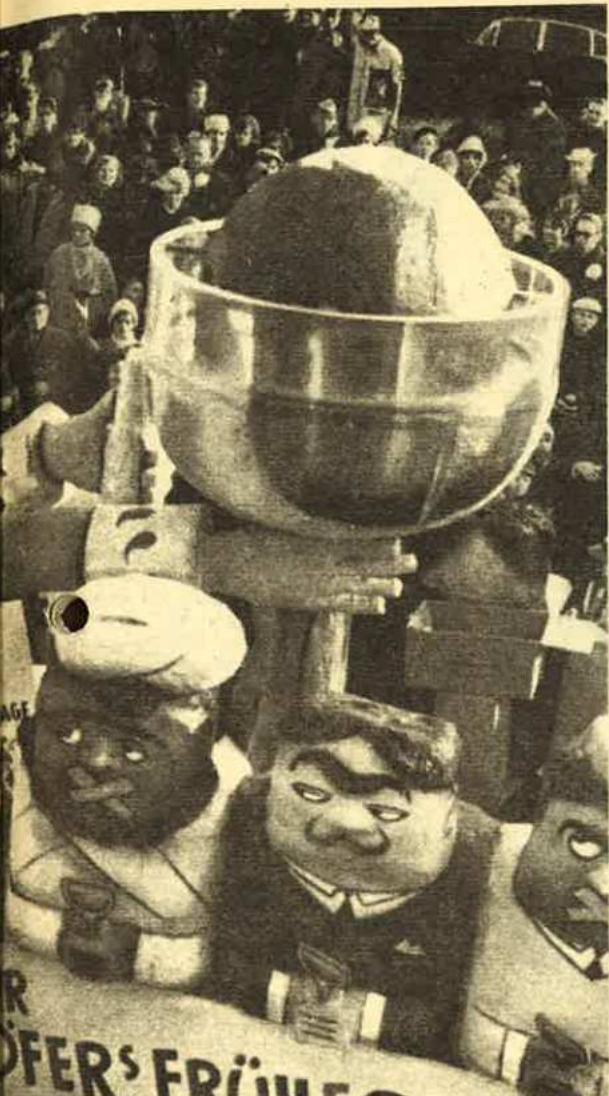
Nicht nur die Mainzer Fastnacht ist fest in den Händen des Kapitals. In Köln erlangte unlängst ein Mann traurige Berühmtheit, dessen Name für den Ruin zahlreicher Mittelstandsbetriebe und die Enteignung Tausender Kleinsparer steht: der Pleite-Bankier Ivan Herstatt. Der „Kölsche Klüngel“, dem er angehört, die engverfilzte Oberschicht der Stadt, beherrscht den Karneval und darüber hinaus das gesamte kulturelle Leben.

Mit dieser Veränderung des Karnevals ist ein scharfer Konkurrenzkampf um die Mitgliedschaft in den Komitees entbrannt. Rund 1000 Mark „Eintrittsgeld“ kostet zum Beispiel in Mainz ein Sitz im Elferat eines der führenden Vereine. Diese dermaßen bereinigten Ko-

mitees führen eine strenge Regie und üben eine scharfe Zensur über alle Büttenreden aus. Aus Protest gegen diese Meinungsunterdrückung beteiligen sich berühmte und traditionsreiche Clubs wie die „Bonnebeitel“ Mainz-Mombach, deren Redner zu den besten zählen, seit Jahren nicht mehr an den Sitzungen des Fernsehens.

Fast alle Redner, die in den letzten Jahren aufgebaut wurden, sind stockreaktionär. Zuschauer der Fernsehsitzungen werden den Wiesbadener Zahnsarzt Dr. Scheu kennen, CDU-Mitglied und ein Mann Dreggers, der in der Maske des „Bajazz“ in recht gehässiger Form die Linie der äußersten Reaktion vertritt. Den Vorsitz in den Fernsehübertragungen führt Rolf Braun, der früher durch entpolitierte Vorträge glänzte. Er wurde vor einem Jahr vom CDU-Ministerpräsidenten Kohl als „närrischer Hofmarschall“ Protokollchef für CDU-Empfänge (Janecek) berufen.

Unter dieser Regie wurden die Fastnachtssitzungen der großen Vereine immer mehr zum Sprachrohr der CDU. Zwar war unter der „Willy-Euphorie“ selbst Scheu vorsichtig, doch heute werden Kohl und Strauß um so offener bejubelt, die Reden nehmen oft fa-



RÖFERS FRÜH

schistoide Formen an. Ständige Buhmänner sind Minderheiten, ausländische Arbeiter, Kommunisten, die sozialistischen Länder, die Friedenspolitik und „der Altkommunist Wehner“ und „der Norweger Brandt“. In diesem Jahr wird man sich wohl auf die „Ülscheichs“ einschießen, die „Radikalen“ (anknüpfend an der frisch entfachten Baader Meinhof-Hysterie) und natürlich die DDR. Und da die Reaktion Dankbarkeit gegenüber ihren Handlangern nicht kennt, ist auch die Bundesregierung dran, der man die Arbeitslosigkeit und überhaupt alle Gebrechen des Kapitalismus in die Schuhe schiebt.

Über diese Entwicklung sind viele Mainzer, vor allem die „typischen Fastnachter“, so verärgert, daß sie nicht nur die Sitzungen der großen Vereine boykottieren, sondern nicht einmal das Fernsehen einschalten. Dabei bleibt die „Fassenacht“ in der Bevölkerung fest verankert. Es gibt keinen Verein, keine Organisation, die sich nicht auf irgendeine Weise beteiligt. Zahlreiche kleine Vereine veranstalten eigene Sitzungen, die sich zwar mit den Prunksitzungen der „Großen“ nicht messen können, aber mehr über das Wesen der Fastnacht verraten, als die gesamte offizielle Schau.



Rosenmontagswagen gegen die APO und für Strauß: Ständige Buhmänner sind Minderheiten, ausländische Arbeiter, „Radikale“, ...



Die Müllabfuhr wartet auf das Ende des Rosenmontagszuges.

Ihrer ursprünglichen Aufgabe wird die Fastnacht erst gerecht werden können, wenn die Arbeiter in die „Bitt“ steigen und ihre Forderungen gegenüber der Bourgeoisie vortragen, wie es einst das fortschrittliche Bürgertum gegenüber Adel, Militär und Staatsbürokratie tat. Der Anfang ist bereits gemacht. Im vergangenen Jahr griff die Deutsche Kommunistische Partei eine Tradition der KPD wieder auf und veranstaltete eine eigene, proletarische Fastnachtssitzung. Das Echo ließ



Friedel Janecek, Mainzer Veteran der Arbeiterbewegung, der sich ausführlich mit der Geschichte seiner Heimatstadt beschäftigt hat.

nicht lange auf sich warten. Der Saal, den sie gemietet hatte, gehörte der katholischen Kirche. In einer Presseerklärung distanzierte sich der Bischof „scharf davon, daß die DKP in kircheneigenen Räumen eine Fastnachtsveranstaltung durchführt“. Im Februar wird eine andere Institution Anlaß haben, scharf zu protestieren: Die DKP hält ihre diesjährige Sitzung im kurfürstlichen Schloß ab, in der unerschütterlichen Gewißheit: „Die Mänzer Fassenacht bleibt rot.“

Ratsherr mit



Erste Sitzung des Marburger Stadtrates. Ganz vorne: die DKP-Stadtratsfraktion. Zweiter von links: Hartmut Möller

Die Studenten des Seminars „Agrargeographie“ in Marburg staunten nicht schlecht, als der Dozent am 28. Oktober „mit besonderer Freude den Herrn Stadtverordneten“ begrüßte. Als auch nach mehrmaligem Umschauen kein fremdes Gesicht zu entdecken war, merkten sie, daß ihr Kommilitone „Jockel“ gemeint war. Er war am Tag zuvor mit der auf fünf Mann verstärkten DKP-Fraktion als Abgeordneter ins Rathaus eingezogen.

Hartmut Möller, von allen „Jockel“ genannt, 22 Jahre alt, Sport im dritten, Geographie im zweiten Semester, Student und Stadtverordneter: in der Tat eine nicht alltägliche Kombination. Wie kommt ein Student ins Rathaus? Sollte er nicht „lieber studieren“, um seinen Platz an der Uni so schnell wie möglich für den nächsten freizumachen? Oder ist das ganze nur ein Versuch, bornierte Standesinteressen zu vertreten und studentische Privilegien zu schinden?

Als Student kennt Jockel zunächst einmal die Probleme seiner Kommilitonen. Auch Studenten sind von den Entscheidungen betroffen, die im Rathaus gefällt werden. Das fängt damit an, daß sie in überfüllten Bussen genauso

stehen müssen wie andere Bürger, daß sie bei Glatteis genauso auf die Nase fliegen, wenn nicht gestreut ist, und endet noch lange nicht bei dem Hauptproblem vieler Studenten: den Mieten und Wohnungen. Und gerade diese Frage ist in Marburg besonders aktuell.

Die Philipps-Universität ist ein Großbetrieb und beeinflußt als solcher entscheidend die Entwicklung der Stadt. Aber Universität und Kommunalverwaltung planten bisher munter aneinander vorbei. Die Folge: Eine ständig wachsende Zahl von Studenten — und damit von Einwohnern, ein Verkehr, der laufend zusammenbricht, und ein Wohnungsmarkt, der es gestattet, Besenkammern als Unterkunft zu

vermieten und die Mieten in Höhen treibt, die viele als BAföG erträumen. Mietwucherprozesse am laufenden Band beweisen das. (Als besonders gierige Miethäle erweisen sich übrigens einige Professoren und Staatsanwälte.) In den letzten zehn Jahren wurde kein Wohnheim gebaut, die bestehenden sind meist außerhalb der Stadt gelagerte Ghettos, die die Studenten isolieren. Mieterhöhungen in den öffentlichen Heimen sind ein Signal für private Hausbesitzer und leiten regelmäßig eine Teuerungswelle ein.

Es sind also die Interessen von Studenten und „Stamm“bevölkerung, die die kommunistischen Abgeordneten im Rathaus vertreten, wenn sie die Verwaltung zum Bau von Wohnheimen drängen, die in die Stadt integriert sind, wenn sie Mietkampfaktionen unterstützen und die Bildung einer Kommission „Stadt-Uni“ verlangen, um die Entwicklung zu koordinieren.

Auch als Stadtverordneter ist es für Jockel wichtigste Aufgabe, sein Studium erfolgreich über die Bühne zu bringen. Fast jeder Tag beginnt deshalb für ihn mit Sport, Leichtathletik, Basketball

usw. Danach eifriges Studium der „Oberhessischen Presse“, der Marburger Lokalzeitung, um über die jüngsten Ereignisse in der Stadt und die neuesten Streiche der bürgerlichen Parteien informiert zu sein. Die Vorbereitung auf Lehrveranstaltungen, Seminare und Vorlesungen nehmen ein weiteres Stück vom Tag weg. Als besonders wichtig sieht Jockel es an, sich für seine Aufgaben in der Fraktion — er ist zuständig für Kultur- und Schulpolitik sowie für den Sozialausschuß — zu qualifizieren und sich umfangreiches Sachwissen anzueignen, sich „auf spätere Schlachten vorzubereiten“. Dazu kommt die Arbeit in der Stadtzeitung der DKP, dem „Marburger Echo“, dessen Chefredakteur er ist, die Beteiligung an Aktionen seiner Partei und Mitwirken in Bürgerinitiativen.

Jockel arbeitet als Student nicht im Betrieb, lernt also die Probleme und Anschauungen der Arbeiter nicht unmittelbar kennen. Er nutzt deshalb jede Gelegenheit, sich in Arbeiterkreisen aufzuhalten, dort die Politik seiner Partei zu diskutieren und andererseits die Probleme der arbeitenden Bevölkerung und ihre Meinung kennenzulernen. Und ein bißchen Freizeit („Schließlich hab ich ja noch ne Freundin“) braucht der Mensch auch.

Jockel ist nicht erst als Student politisch aktiv geworden. Er ist ein „alter Marburger“, war in der „alter Marburger“, war in der Schülerbewegung tätig, und „die Möllers“ sind in Marburg eine bekannte Familie. Aber vor allem: Er ist von Jugend an in den Organisationen, die den Arbeitern und besonders der Jugend zum Ausgleich und zur Freizeitgestaltung dienen. So war er Rechtsaußen im VfL Marburg, blies die Fanfare im „Spielmannszug Marburg-Ockershausen“ und wirkte in anderen Vereinen mit. Solch guter Kontakt zur Bevölkerung bringt seine Früchte. Eine Wählerinitiative von Sportlern rief zur Wahl der DKP auf, über dem Eingang des VfL-Platzes prangt ein großes Werbeschild des „Marburger Echoes“. Für das Frühjahr plant er eine Aussprache mit Sportlern, die an einem „Sportsfortprogramm“ mitwirken sollen.

Die Arbeit im Parlament ist für einen jungen Studenten natürlich

nicht einfach. Die bürgerlichen Parteien haben zum Teil gewicke und gerissene Politiker hervorgebracht. Aber Jockel hat zunächst einmal die Unterstützung zweier erfahrener Stadtverordneter, die die Schliche der bürgerlichen Politiker kennen. Zum zweiten sind die fünf DKP-Abgeordneten keine Karrieristen, die ihre Partei als Mittel zum Zweck benutzen und in ihr Richtungs- und Machtkämpfe austragen müssen, sondern repräsentieren deren Politik und haben somit die volle Unterstützung der gesamten Organisation. Mit einer solchen Kraft im Rücken kann man die Arbeit im Parlament durch Massenaktionen wirkungsvoll unterstützen.

Als die multinationalen Erdölkonzerne Esso, Shell und Texaco im Frühjahr dieses Jahres beschlossen, ihre Mehrheit in der Ruhrgas-AG auszunutzen und der Bevölkerung eine neue Gaspreiserhöhung zu diktieren, wollte die Stadtverordnetenversammlung die Belastung an die Bevölkerung weitergeben. Die Kommunisten legten im Parlament ihr Veto ein und gingen zugleich auf die Straße. Sie veranstalteten einen Fahrradkorso, verteilten Flugblätter, zogen mit einem Transparent in die Bahnhofshalle und befestigten es an Gasluftballons, die man in der Halle steigen ließ. Nun prangte unter der Decke in riesigen Buchstaben „Stoppt die Gaspreise“, und die Bahnpolizei war ratlos. 3700 Marburger Bürger unterstützten mit ihrer Unterschrift die Forderung der DKP. Die Gaspreise wurden nicht erhöht.

Die Ruhrgas-AG hat jetzt erneut beschlossen, die Preise um 70 Prozent anzuheben. Diese Erhöhung soll im Frühjahr an die Bevölkerung weitergegeben werden. SPD-Oberbürgermeister Drechsler hat keinen Zweifel daran gelassen, wie die Stadtverordnetenversammlung zu entscheiden gedacht: „Sie (die Kommunisten) werden zu Recht die Massen mobilisieren können.“ Diese Anerkennung für die DKP bedeutet zugleich die Kapitulation der SPD, die die Mobilisierung der Massen für ihre Interessen allein den Kommunisten überlässt. Die Bevölkerung wird von der DKP noch in vielen anderen Fragen aktiviert werden müssen, denn die Unterwerfung der SPD-Füh-

rung unter die Reaktion geht noch viel weiter.

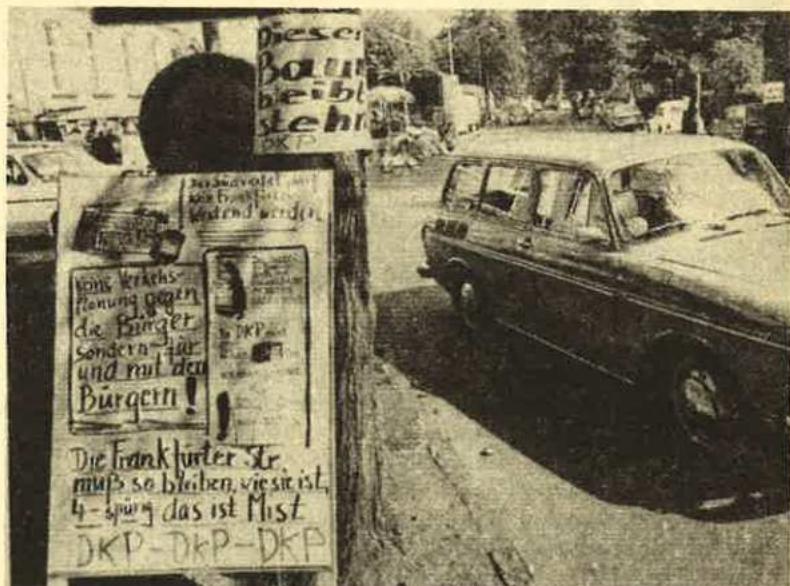
Das Stimmenverhältnis nach der Wahl hätte es SPD und FDP ermöglicht, mit Unterstützung der DKP einen Kandidaten gegen den CDU-Rechtsaußen Wallmann zum Stadtverordnetenvorsteher zu wählen. Aber die SPD-Führung in ihrem Antikommunismus verzichtete auf einen eigenen Kandidaten und enthielt sich der Stimme. Sie wählte somit einen Mann, der zu den äußersten Rechten zählt (hessischer Volksmund: „Wallmann, Dregger, Strauß, laß ich nicht ins Haus“) und der nach wie vor das faschistische Urteil gegen Professor Abendroth als rechtens anerkennt. Keine einzige Gegenstimme kam auch von den „linken Jusos“.

Die DKP wird also auch weiterhin als einzige Partei im Rathaus die Interessen der Bevölkerung vertreten. Diese Politik wurde von den Marburger Bürgern anerkannt und war auch der Grund für den Wahlerfolg. Die Bevölkerung sah, daß die Kommunisten „Dampf machen“ und den anderen Parteien auf die Fingerschauten, aber vor allen Dingen erkannte sie, daß die DKP auch eine konstruktive Politik betrieb, daß sie konkrete Alternativen in allen Fragen hatte. Die meisten Stimmengewinne kamen denn auch nicht „von den Studenten“, wie es die bürgerlichen Organe behaupteten, sondern aus den Arbeitervierteln, in denen die DKP mit der Bevölkerung gegen die Gaspreiserhöhung kämpfte, gegen den Fluglärm, gegen Flugabwehrbatterien der Bundeswehr und für Lärmschutzeinrichtungen in einem Arbeiterviertel, das von einer Autobahn durchkreuzt werden soll. In diesen Vierteln stieg ihr Stimmenanteil bis zu 300 Prozent.

Jockel Möller, dem Studenten in der Stadtverordnetenfraktion der DKP, liegt es natürlich besonders am Herzen, seine Kommilitonen verstärkt für den Kampf der Marburger Bevölkerung zu gewinnen. Viele Studenten haben noch nicht begriffen, daß sie von der Politik, die an ihrem Studienort betrieben wird, unmittelbar betroffen sind. Viele sehen sich selbst als Bürger auf Zeit, als heimatlose Gesellen. Das Stauen, das Jockels Vorstellung als Stadtverordneter im Seminar



DKP-Informationsstand mit Druckmaschine: Kommunisten kämpften gegen den vierspurigen Ausbau...



... eine Wohnstraße, die im Interesse eines Kaufhauskonzernes gebaut werden sollte.

hervorrief, zeigt, daß sich auch Studenten, die in Fachschaften und ASten aktiv für ihre sozialen Interessen kämpfen, oft noch nicht als gleichberechtigte und vollwertige Bürger der Stadt ansehen, in der sie leben.

Als vor einiger Zeit die Stadt Marburg ein Studentenheim an einer Stelle plante, an der sich Bahn und Verkehrsstraßen kreuzen, wurde dieser Vorschlag von den DKP-Hochschulgruppen Me-

dizin und Psychologie als gesundheitsschädlich zurückgewiesen. Trotz des wissenschaftlichen Nachweises wurde der Einspruch von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt, da Studenten einen „fluktuierenden Teil der Bevölkerung“ darstellten. Zu deutsch: Mit Studenten kann man alles machen.

Es ist an der Zeit, daß auch Kommunalpolitiker lernen, wie falsch das ist.

Warum Maoisten keine Linken sind

von Michael Wilmes

Vor dem Hintergrund tiefgreifender Krisenerscheinungen in der kapitalistischen Welt zerbrechen mehr und mehr die ideo-logischen Truggebilde des Monopolkapitals, diesen Teil der Welt als den freiesten und besten auszugeben.

Die Frage nach Weg und Ziel grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen bestimmt die Diskussion in breiten Teilen der Jugend der kapitalistischen Länder. Dabei taucht immer wieder das Problem auf, wer heute eigentlich linke, revolutionäre Politik macht, welcher Organisation man sich im Kampf um Demokratie und Sozialismus anschließen soll. Dabei kommt in einer Situation des sich verstärkenden Drucks auf die demokratische Bewegung, aber auch der gewachsenen Möglichkeiten, die positiven internationalen Veränderungen in der Innenpolitik der BRD durch entsprechenden Druck wirksam werden zu lassen, der Forderung nach der Einheit aller linken Kräfte große Bedeutung zu. Nur: Wer ist denn heute wirklich links, nicht nur seinen Worten, sondern auch seiner Praxis nach? Gehören etwa die Maoisten in all ihren Schattierungen zu dem Kreis jener, die konsequent für die Verbesserung der Lebens- und Studienbedingungen, für das Zurückdrängen der Reaktion eintreten?

Der MSB Spartakus ist es gewohnt, seine Politik, aber auch die Politik anderer studentischer Organisationen, die beanspruchen, links zu sein, nicht nur daran zu messen,

was sie verspricht und zu erreichen vorgibt, wie revolutionär sie in Worte ist, sondern daran, was durch sie in Übereinstimmung mit den grundlegenden Interessen der Stu-

denten in der Wirklichkeit bewegt und verändert wird, inwieweit ihr Programm, ihre Forderungen in der Praxis durchsetzbar sind und durchgesetzt werden.

darität konsequent weiterzuführen und damit zur Isolierung und Zurückdrängung der Reaktion im eigenen Lande und in der ganzen Welt beizutragen.

Wer ist heute „links“?

Daran gibt es keinen Zweifel: Die massive Stillhalte- und Abwartepropaganda in den Massenmedien hat bei vielen Studenten Unsicherheit erzeugt darüber, ob ihre Forderungen berechtigt sind, ob es „verantwortungsbewußt“ ist, jetzt dafür aktiv zu werden. Viele glauben auch, daß bei dem existierenden Kräfteverhältnis nichts drin sei. Doch die Wirklichkeit breiter Massenaktionen erkämpfter Erfolge hat allen Zaudernden die Antwort bereits gegeben. 30 000 Studenten gaben ihrer Unzufriedenheit über die schlechten Lebens- und Studienbedingungen bereits in den ersten 5 Wochen des Semesters Ausdruck. In Münster mußte Geld für den Bau einer neuen Mensa bewilligt, in Gießen konnte die Indienstnahme einer zweiten Mensa erkämpft werden. In diesen Aktionen hat die Masse der Studenten erkannt, daß es überhaupt keine andere Antwort auf die unverschämte „Sparpolitik“ der herrschenden Klasse geben kann, als den breiten aktiven Druck zu entwickeln, gemeinsam mit Arbeiterjugend und Schülern, gemeinsam mit den Gewerkschaften. Und genau deshalb können weder die „kritischen Marxisten“ in den vielfarbigsten Organisationen und Arbeitsgruppen, die die Wirklichkeit immer nur als schlechte interpretieren ohne sie verändern zu wollen, noch die revolutionären Phrasendrescher der verschiedenen maoistischen Gruppen auch nur den Anspruch erheben, links zu sein.

Links sein kann heute nur heißen, sich nicht kleinkriegen zu lassen vom spürbar gewachsenen Druck durch die Reaktion, sondern aktiv zu werden für die eigenen Interessen, „den Stoß des Kampfes unmißverständlich gegen das Großkapital zu richten“.

Links sein, d. h. den Kampf für Frieden und antiimperialistische Soll-

Links sein als Student heißt heute aber vor allem, sich zu konzentrieren auf die dringend zu lösenden Aufgaben und Probleme der Studenten, einen langen Atem, Durchhaltekraft zu entwickeln und mit allen Mitteln die Isolierungstaktik der Herrschenden gegenüber Arbeiterklasse und Studenten zu durchbrechen versuchen. Nur im Bündnis mit der entscheidendsten gesellschaftlichen Kraft können die Studenten heute Erfolge durchsetzen. Mehr denn je ist der MSB Spartakus Garant für die Durchsetzung dieser Aufgaben; seine Stärkung ist somit der wichtigste Beitrag zur Stärkung der linken Kräfte insgesamt.

Warum die Maoisten keine „Linken“ sind

Die Diskrepanz, die zwischen dem revolutionären Anspruch der maoistischen Politik der VR China und ihrer Praxis besteht, läßt sich immer weniger verheimlichen. So sind viele ehrlich antiimperialistische Studenten angewidert von der offenen Unterstützung der faschistischen Junta in Chile durch die Pekinger Führung.

Sie sind enttäuscht über die destruktive Politik Chinas in der UNO, wo der chinesische Delegierte meist im Verein mit der Weltreaktion gegen die Friedens- und Abrüstungsbemühungen der sozialistischen Länder und der Länder der „dritten Welt“ auftrat.

Und sie sind nicht zuletzt empört über das enge Zusammenspiel von bundesdeutscher Reaktion mit der chinesischen Führung, ob das die sogenannte „Deutschlandfrage“ (Tschou En Lai: „Ich kenne kein Kaliningrad, ich kenne nur Königsberg“), ob das die Stärkung der NATO oder die Sabotage der Europäischen Sicherheitskonferenz be trifft.

Die maoistischen Gruppen in der BRD verteidigen jedoch in der Regel diese erreaktionäre Außenpolitik der VR China und schrecken auch nicht davor zurück, noch ihren Beitrag zur Durchsetzung dieser Politik zu leisten. Dabei zählen sie sich selbst zu den einzigen revolutionären Kräften in der BRD und betrachten die DKP und den MSB Spartakus und andere sozialistische Organisationen als ihre ärgsten Feinde. Doch wer solcherart den Monopolanspruch auf revolutionäre Politik erhebt, muß sich fragen lassen:

● Der Kampf gemeinsam mit der schwärzesten Reaktion gegen die Verträge von Moskau und Warschau, gegen die Abkommen mit der DDR, gegen die Politik der friedlichen Koexistenz – ist das revolutionäre Politik im Interesse der Arbeiterklasse und der Studenten, denen am Frieden, an normalen Beziehungen, an der Entwicklung eines wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Austausch mit den sozialistischen Ländern gelegen ist?

● Bedeutet „links sein“ etwa, den Kampf der Studenten um ihre materiellen und sozialen Rechte als borriert und unpolitisch abzulehnen, den Sternmarsch der 40 000 durch eigene Kundgebungen und besonders „revolutionäre“ Lösungen zu sabotieren? Stehen die auf der Seite der Arbeiterklasse, die die Forderung nach der Senkung des Rüstungshaushaltes und nach der Beschränkung der Konzernprofile als illusionär verachten und damit verhindern, daß das Bündnis von Arbeiterklasse und Studenten durch die gemeinsame Stoßrichtung gegen Großkapital und Reaktion Wirklichkeit wird?

● Was ist das eigentlich für eine Form antiimperialistischer Solidarität, gleich nach dem blutigen Putsch in Chile Allende und die KP Chiles als die Schuldigen, die Ermordeten als die eigentlichen Täter zu „entlarven“? Hier traf und trifft immer noch zu, was Herbert Ledener dazu in Facit 31 schrieb: „Mit ebenso kaum verhaltener Freude hat sich all das zu Wort gemeldet, was sich links vom realen Kommunismus fühlt. Sie, die erfolglosesten der Geschichte der Arbeiterbewegung, die, bzw. deren Vorgänger noch nie in keinem Land der Welt mit ihrer Strategie das Kräfteverhältnis zugunsten der Unterdrückten verändert haben, wähnten ihre me-



Während viele antiimperialistische Kräfte auf der ganzen Welt angewidert werden von der offenen Unterstützung der faschistischen Junta in Chile durch die Pekinger Führung, konstatiert Peking beim Besuch des CSU-Vorsitzenden Strauß ungerührt eine große Übereinstimmung zwischen dem großen Vorsitzenden Mao und dem Vorsitzenden einer großen Partei, Herrn Strauß.

chanistischen Revolutionskonzepte bestätigt. Diese Freude ist in der Konsequenz Freude an der Ermordung tausender chilenischer Patrioten und insofern die zynische Aktualisierung des Beifalls, den die Führung der chinesischen KP dem Massenmörder Numeiri vor zwei Jahren im Sudan gezollt hat.“

● Welche Rechtfertigung im Namen revolutionärer Politik gibt es eigentlich dafür, für das Berufsverbot für Kommunisten aufzutreten, wie es der „KSV“ und andere maoistische Gruppe praktiziert haben? Etwa so: „Holzer ist nicht das einfache irregeleitete DKP-Mitglied, welches im selben Fall unsere volle Unterstützung hätte. Holzer ist ein maßgeblicher Führer dieser konterrevolutionären Organisation. Wer Holzer unterstützt, unterstützt die DKP – er unterstützt die Wasserträger des Faschismus.“¹⁴

● Wie sehr muß man eigentlich auf den Hund kommen, um sich mit Neofaschisten auf eine gemeinsame Plattform zu stellen, wie es die „KPD“ und „KPD-ML-Neue-Einheit“ bereits Ende 1972 praktizierten?¹⁵ Und was muß eigentlich noch geschehen, um den Anhängern dieser Politik die Augen zu öffnen, wenn die schlimmsten Feinde der Arbeiterbewegung, die Faschisten,

diesen Gruppen offene Bündnisangebote unterbreiten und deren prinzipiellen Antikommunismus als eine ausreichende Grundlage zu gemeinsamen Aktionen ansehen?¹⁶ Wenn wir immer wieder auf grundlegende Gemeinsamkeiten von Maoisten und den reaktionärsten Kräften stoßen, so ist das kein Zufall. Der Maoist muß fußt in seinen Grundaussagen auf den gängigen Ansichten der imperialistischen Ideologie und Politik der Gegenwart.

Gerade weil der Spartakus weiß, daß bei vielen Anhängern und Mitgliedern maoistischer Gruppierungen das Interesse an grundlegender gesellschaftlicher Veränderung, an der Unterstützung des Befreiungskampfes der unterdrückten Völker subjektiv ehrlich begründet ist, liegt ihm daran, keinen Zweifel daran zu lassen, daß die hier skizzierte Politik der Maoisten mit dem Marxismus, mit linker, antiimperialistischer Politik nicht das geringste gemein hat. Und deswegen hat er in der Abgrenzung von diesen Gruppen auch immer hervorgehoben: „Hier geht es nicht um die Auseinandersetzung mit einer Politik, die doch noch irgendwo links, fortschrittlich und revolutionär ist, nicht um die Auseinandersetzung zwischen „Roten“ – hier geht es um die Demonstrationen des linken Mäntelchens um

den Kampf gegen den rotlackierten Antikommunismus, gegen nützliche Idioten der Reaktion und des Kapitals, gegen Bürger im Marxpelz. Jede Solidarität mit diesen Gruppen würde die antiimperialistische Bewegung schwächen.“¹⁸

Auch in Zukunft wird das die Mitglieder des Spartakus nicht hindern, in Gesprächen die Anhänger und Mitglieder maoistischer Organisationen auf ihre schädliche und perspektivlose Rolle hinzuweisen um sie für eine wirklich revolutionäre Politik zu gewinnen.

Ist es doch gerade in einer Situation, in der das Erzielen von Erfolgen seitens der herrschenden Klasse systematisch erschwert wird, ein objektives Erfordernis, daß alle Betroffenen sich noch enger zusammenschließen, um der wachsenden Profitsucht des Großkapitals eine gemeinsame Abfuhr erteilen zu können. Steffen Lehndorff, der Bundesvorsitzende des MSB Spartakus stellte dazu in den roten blättern 21 fest: „Ob die großen Möglichkeiten für die Studenten mit dem Ziel der Durchsetzung greifbarer Erfolge in vollem Umfang genutzt werden können, hängt unserer Auffassung nach von der Aktionseinheit der Studenten gegen Großkapital und Reaktion ab. Und wie in der Arbeiterklasse

Warum Maoisten...



Unmittelbar nach dem Nixon-Besuch produziert, wurde diese Münze auf der Rückseite mit dem weisen Spruch geziert: „Eine neue Phase der Geschichte beginnt.“



ist auch bei den Studenten der Kern der Aktionseinheit die Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten.“⁹

Der MSB Spartakus hat den Beweis für die Ernsthaftigkeit, mit der er für das Zusammengehen aller linken und demokratischen Kräfte eintritt, längst unter Beweis gestellt. Seit der Existenz des Spartakus und unter seiner aktiven Mitwirkung gibt es einen wirklich demokratischen Dachverband der westdeutschen Studenten (vds), der auf einer Aktionsplattform die fortschrittlichen, relevanten Kräfte in der Studentenbewegung im gemeinsamen Eintreten für die Interessen der Studenten eint – bei aller Verschiedenheit der politischen und weltanschaulichen Auffassungen und bei allen sich daraus ergebenden Schwierigkeiten. Zu dieser praktizierten Form der Aktionseinheit wird es auch im neuen Dachverband aller Hoch- und Fachhochschulstudenten keine Alternative geben.

Die feindliche, destruktive Haltung der Maoisten gegenüber dem vds

ist zumindest den 40 000 Sternmarschteilnehmern deutlich geworden. Wo sie nur können, sabotieren diese Gruppen die gemeinsamen, vom vds initiierten Kämpfe um die Erhöhung des BAFÖG, um bessere Studienbedingungen, gegen das reaktionäre HRG.

Doch die komplizierter gewordenen Kampfbedingungen haben die Maoisten zu einem Anpassungsprozeß gezwungen, der es ihnen gestatten soll, aus dem Fiasco ihrer bankrotten Politik mit einer immer schmäler werdenden „Massenbasis“ und einer ausschließlichen Bündnispolitik mit sich selbst herauszufinden.

Das Scheitern einer Politik mit allgemeinen Lösungen und revolutionären Phrasen, ohne auch nur den Versuch einer marxistischen Analyse des wichtigsten kapitalistischen Produktionsverhältnisses, des Monopols, ohne eine nur annähernd differenzierte Einschätzung des heutigen Kräfteverhältnisses oder etwa der Probleme der Entwicklung von Klassenbewußtsein, ist so offensichtlich geworden, daß die Maoisten

dieses „Manko“ durch neue Momente im taktischen Vorgehen überdecken wollen.

Einmal reagieren einige maoistische Gruppierungen, besonders der „K“BW, jetzt flexibler auf die sozialen Tagesinteressen der Studenten und entwickeln dazu sozialpolitische Aktionsprogramme. Dazu werden an vielen Orten der DKP sowie dem MSB Spartakus Angebote für ein „gemeinsames Vorgehen“ unterbreitet. Auf Vollversammlungen, in der studentischen Öffentlichkeit treten die Maoisten als die Verfechter einer „Aktionseinheitspolitik“ auf und erklären sich auch bereit, zeitweilig auf antisowjetische Lösungen zu verzichten. Manchmal gehen diese Gruppierungen sogar soweit, selbst Plattformen mit klarer, gegen das Großkapital gerichteter Stoßrichtung zu unterstützen. Was steckt hinter diesen Manövern?

In der Hauptsache geht es den Maoisten, insbesondere dem „K“BW, darum, die konsequente Abgrenzung des MSB Spartakus vom Antisowjetismus und anderen schädlichen und falschen Auffassungen des Maoismus zu unterlaufen und die Ablehnung von Einheitsangeboten als Spaltung der Studentenbewegung zu verteuften zu können.

Der „K“BW hat das in bezug auf die DKP ohne Umschweife auf den Begriff gebracht. In der Einschätzung der hessischen Landtagswahlen verkündete er: „Aufgrund der richtigen Politik der Aktionseinheit mußte die DKP entweder an bestimmten Kämpfen teilnehmen, die sich gegen ihren Willen auf einer revolutionären Linie entwickelten, oder sie mußte diese Kämpfe offen sabotieren. So oder so würde Ihr Einfluß geschwächt.“¹⁰ Da aber steckt des Pudels ganzer Kern. Nicht um die solidarische Durchsetzung von Arbeiterinteressen, sondern um die **Schwächung der DKP**, der marxistischen Organisationen in der BRD, geht es dem „K“BW bei seiner Politik der Aktionseinheit; um die Schwächung also genau der Kräfte, die als einzige einen von den Interessen der arbeitenden Bevölkerung und der Studenten bestimmten Ausweg aus der gegenwärtigen Krise gewiesen haben. Auch wenn das nicht immer so offen eingestanden wird, zeigt doch die Praxis, daß der prinzipielle Antikommunismus dieser Gruppen sie unfähig macht, solidarisch am Kampf von Arbeitern und Studenten teilzunehmen, den Stoß des Kampfes konsequent gegen den **wirklichen**

Gegner, die Monopole, zu richten. So ist auch nachweislich für die Beurteilung der Maoisten durch die Politiker des Großkapitals entscheidend, „daß sie vor allem erbitterte Gegner der Sowjetunion und aller Länder des realen Sozialismus sind, daß sie mit allen Mitteln versuchen, die kommunistischen Parteien, die Gewerkschaften und die demokratischen Bewegungen zu spalten, daß die Ultralinken in der Endkonsequenz ihrer Ideologie und Politik auf der Seite der Gegner des gesellschaftlichen Fortschritts stehen.“¹¹ Wir denken als Marxisten, als ernsthafte Interessenvertreter der Studenten gar nicht daran, auf Einheitsangebote um jeden Preis einzugehen und uns neutral gegenüber einer Ideologie und Politik zu verhalten, die der Studentenbewegung bisher nur großen Schaden zugefügt hat und sie nur weiter von der arbeitenden Bevölkerung isolieren würde. Und wir sagen auch jedem Studenten: Wer wirklich gegen die zunehmende Gefahr einer Rechtsentwicklung kämpfen will, der kann das nicht von den Positionen des Antikommunismus aus, der ja selber die wichtigste ideologische Waffe der Strauß und Dregger ist. Der kann das auch nicht auf der Grundlage von sogenannten Minimalplattformen, in der von den Maoisten meist rein formale und defensive Forderungen entwickelt werden, die im Grunde auf rechtsliberale Politik hinauslaufen. Etwas nach dem Motto: „Was die Herrschenden mit ihren Gesetzen erreichen wollen, ist Ruhe, was wir ihnen dafür bieten müssen, ist Unruhe, Aktivität und Diskussion überall und über alles.“¹²

Auf welche Positionen die maoistischen Verwirrungstaktiker derweil schon gesunken sind, um sich das Vertrauen und die Unterstützung der Studenten zu erschleichen, macht ihre Haltung zu einer Resolution zum Berufsverbot des DKP-Mitglieds Professor Holzer deutlich. „Die DF (Demokratische Front-Tarnorganisation der Maoisten – d. Verf.) forderte in der vorgelegten Resolution das Wort „Marxist“ durch „Demokrat“ zu ersetzen, um ein möglichst breites Aktionsbündnis herstellen zu können.“ Und dann wird der MSB Spartakus aufgefordert: „Wenn ihr das breiteste Bündnis wollt, wie ihr immer behauptet, dann hört endlich damit auf, Forderungen zu stellen (nämlich die Beauftragung des **Marxisten** Holzer – d. Verf.), hinter die sich nicht jeder Demokrat stellen kann.“ Hier ist

mit der scheinheiligen Miene des „demokratischen“ Biedermanns längst jene völlige Anpassung an rechtssozialdemokratische Politik vollzogen, die in demagogischer Manier dem MSB Spartakus sonst immer unbewiesen zum Vorwurf gemacht wurde. Daß es die Kommunisten waren und sind, die am entschiedensten für die Erweiterung der demokratischen Rechte trotz faschistischer Konzentrationslager, trotz des KPD-Verbots und heute der Berufsverbote gekämpft haben und kämpfen – schon die Verbreitung dieser Erkenntnis dürfte den Maoisten nicht ins Konzept eines „breiten demokratischen Bündnisses“ gepaßt haben. Ihre prinzipielle Politik kann mit Sicherheit nicht die geringste Grundlage für eine konstruktive Zusammenarbeit unter den studentischen Organisationen bieten.

Der MSB Spartakus hat dagegen in seinem „Programm für das gemeinsame Handeln der Studenten“ eine Plattform geschaffen, die Hauptziele und Aktionsvorschläge enthält, die von marxistischen Studenten ebenso befürwortet werden können, wie von Sozialdemokraten und fortschrittlichen Liberalen. Auch wenn der MSB die Teilnahme am gemeinsamen Kampf nicht von irgendwelchen Voraussetzungen, außer der Bereitschaft für die Durchsetzung der Interessen der Masse der Studenten aktiv zu werden, abhängt, gibt es für eine marxistische Organisation bestimmte Grundprinzipien der Aktionseinheit.

- So wird der Spartakus weder seine Eigenständigkeit als eine Organisation mit revolutionären Prinzipien aufgeben, um etwa anonym in irgendeinem noch so lobenswerten Bündnis zu verschwinden, noch wird er darauf verzichten, den Kampf für die Zurückdrängung der bürgerlichen Ideologie, besonders des Antikommunismus, zu führen.
- Für den MSB Spartakus ist und bleibt das Kernstück der Aktionseinheit die Zusammenarbeit von MSB und SHB, der gemeinsame Kampf von Kommunisten und Sozialdemokraten.
- Entscheidend ist, daß gemeinsame Aktionen die Studentenbewegung nur dann weiterbringen, wenn sie die Solidarität unter den Studenten fördern und verbreitern, wenn sie das politische Bewußtsein der Studenten heben, die Organisiertheit des studentischen Kampfes vorantreiben, die Ziele dieser Aktion

der arbeitenden Bevölkerung vermittelt werden können und dazu beitragen, das Bündnis mit der Arbeiterklasse herzustellen bzw. weiter zu festigen.

Dies letztgenannte Kriterium macht noch einmal deutlich, warum es für den MSB Spartakus keine Aktionseinheit mit den maoistischen Gruppen geben kann. Eben weil er verhindern will, daß sich die Studentenbewegung von der arbeitenden Bevölkerung isoliert, daß der notwendigen Aktionseinheit innerhalb der Studentenbewegung geschadet wird. Der Spartakus stellt den Provokationen und Ambitionsversuchen der Ultralinken die bewußte Organisierung des studentischen Kampfes gegenüber und konzentriert sich jetzt dabei auf die Orientierung und Einbeziehung der Masse der Studenten auf einen mächtigen Sternmarsch im Sommer für ihre sozialen und politischen Rechte.

Anmerkungen:

- 1 Vgl. rb 23, S. 6
- 2 Die VR China und die UNO in: Informationsblatt der Presseagentur Nowosti, Nov. 1974
- 3 Zur Europa-Politik der VR China 1969 – 1973, in: Die antikommunistische, entspannungsfreudliche Außenpolitik der Pekinger Führer, Dietz Verlag Berlin 1974 (mit ausführlichen Quellenangaben)
- 4 Flugblatt des „KSB/ML“ mit dem Titel „Keine Solidarität mit dem DKP-Führer Holzer“
- 5 Rebell – Zentrales Jugendorgan national-revolutionärer Basisgruppen (Westberlin), November/Dezember 1972, zit. nach: „Berliner Extra Dienst“ (Westberlin), Nr. 10, 3. Febr. 1973
- 6 So z. B. die „Deutsche Nationalzeitung“ vom 22. 10. 71: „Der Kommunistische Studentenverband (KSV) hat den Kampf gegen die SEW und ihre großen Brüder in der Zone ... zu seiner Hauptaufgabe erklärt. In diesem Punkt könnten sich auch für National-Freieheitliche Anknüpfungspunkte ergeben ... In Diskussionen sollte man versuchen, zumindest einige dieser Studenten, die sich Maoisten nennen, davon zu überzeugen, daß auch für die National-Freieheitlichen der Vorsitzende Mao-Tse-tung ein wahrer Freund in der nationalen Bedrängnis unserer deutschen Heimat ist ...“
- 7 Dazu hat Gert Hautsch, in: „Papieriger“, „Sozialimperialismus“, „Supermächte“, maoistische Revolutionsrezepte im Lichte des Marxismus reichhaltig Material und Argumente zusammengestragen, Verlag Marxistische Blätter 1974
- 8 „Karlsruher Referat“ in: Dokumente des MSB Spartakus, Weltkreis Verlag 1974, S. 360
- 9 rb 21, S. 29/30
- 10 Kommunistische Volkszeitung (KVZ) Nr. 23/Nov. 1974, S. 6
- 11 G. Heyden, N. Madloch, Siegreiche Leninsche Politik und pseudorevolutionäre Phraseologie, in: „Einheit“ 9/10 74 S. 1179

Michael Wilmes, Doktorand in Gießen.

Berichtigung

In der letzten Ausgabe der roten blätter hat nicht der Druckfehler-, sondern der Bilderteufel sein böses Spiel mit uns getrieben. Auf der Seite 31 wurde der Autor des Artikels, „Warum die Klassiker auch heute recht haben“, mit einem Foto von Jupp Schleifstein vorgestellt. Zur Berichtigung noch einmal die richtigen Fotos.



Max Schäfer



Jupp Schleifstein



Für den Studenten Friedrich Schiller gab es keine Krankenversicherung...

Die Barmer bietet allen Studenten, die eine Angestelltentätigkeit ausüben, einen sofortigen umfassenden Krankenversicherungsschutz im In- und Ausland.

Die Barmer kostet monatlich DM 17,-, mit Familienangehörigen monatlich DM 19,-.

Die Beiträge fließen an die Versicherten in Form von Leistungen wieder zurück. Gewinne, Tantiemen, Dividenden gibt es nicht.

Die Barmer als größte Krankenversicherung für Angestellte ist in rd. 1.700 Orten im Bundesgebiet und in Berlin vertreten. Natürlich auch in allen Universitäts- und Hochschulstädten. Bei einem Universitätswechsel ergeben sich also keinerlei Versicherungsprobleme.

BARMER
ERSATZKASSE

Überall im Bundesgebiet
und in
Westberlin

Krisenreflexe: Mythos, Nostalgie, Irrationalismus

**nach der Buchmesse
notiert
von Oskar Neumann**

Über den Ernst der Situation, in der die Frankfurter Buchmesse 1974 stattfand, konnte es weder im allgemeinen noch im besonderen einen Zweifel geben. Im allgemeinen: Inflation und steigende Arbeitslosenzahlen, die im Winter in der Bundesrepublik die Millionengrenze zu erreichen drohen; Rekordziffern an Vergleichsverfahren und Bankrotten in Industrie, Bankwesen und Handel. Und im besonderen: der Zusammenbruch von Desch und anderen Verlagen; die rigorosen Personal- und Programmeinschränkungen bei Fischer und Luchterhand; die „Verschlankung“ von DVA in Stuttgart, das heißt Schließung des gesamten technischen Bereichs und Entlassung weiterer 75 Verlagsmitarbeiter; massenhaft Pleiten im Buchhandel; mit einem Wort die ganzen materiellen und geistigen Folgen von spätkapitalistischer Krise und

monopolistischer Konzentration. Man wußte das alles, hinter den Gittern und Toren aber waren die ersten Eindrücke zunächst völlig anderes; schon von den Hallen überfiel einen die psychologische Attacke eines romantischen Exotismus mit orientalischen Rythmen und Mythen, mit geschleierten Mädchen und Männern im buddhistischen Mönchshabit; man bekam Vegetarisches in den Mund und Getrommel in die Ohren. Bloße Geschäftsmacherei, pure Fatzkerei? Gewiß in hohem Maß auch das, aber doch nicht nur. Die Leute, die das arrangiert haben, wissen schon, welche politischen und ideologischen Bedürfnisse ihres Systems sie damit befriedigen. In den Hallen die Optik der „Überflussgesellschaft“ und des „Pluralismus“: Die Großen protzen mit ihrer Größe, und neben dem Repräsentativ-Stand der „Zeit“



Oskar Neumann

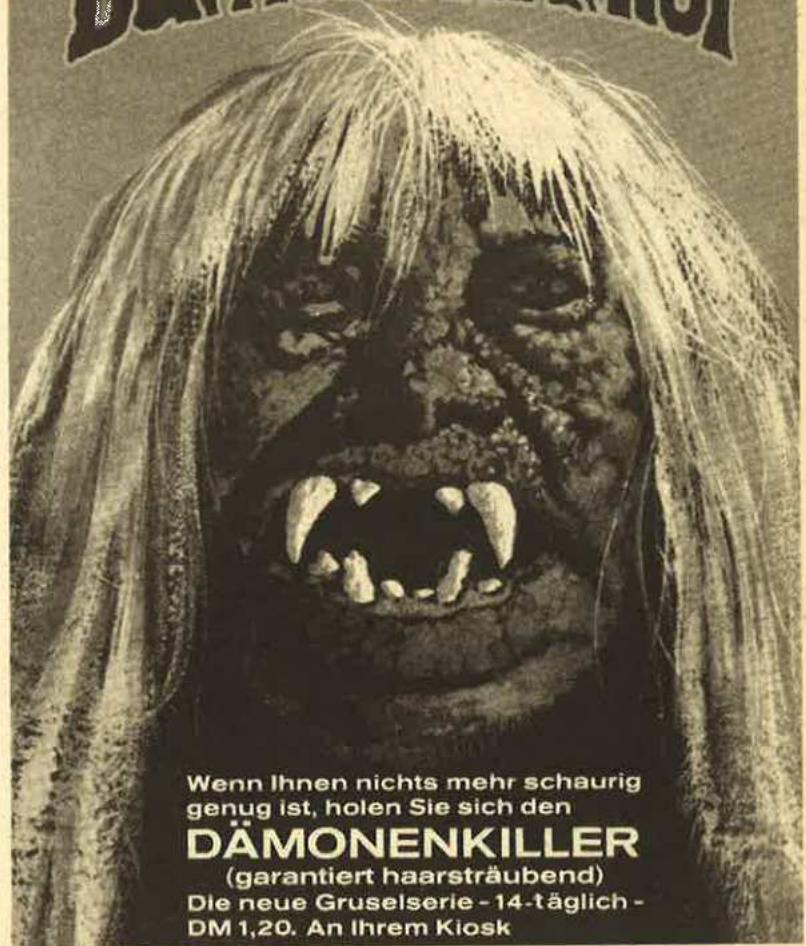
überreicht mir eine Pseudo-Inderin das Flugblatt *Wudd*; das Wort soll Liebe bedeuten, die wie ein Keil in das Herz eindringt, und ist zugleich Titel einer Zeitschrift, „die den ausbeuterischen Interessen der Konsumwelt und den roten und schwarzen Fahnen einen Weg gegenüberstellen möchte, der auf untrügerischen Erfahrungen gegründet ist und

ein zärtliches Leben ermöglicht“. Ob in Konkurrenz damit oder in Kooperation, was mir wahrscheinlicher vorkommt, wirbt Hare Krsna für die Zusammenarbeit mit seiner Internationalen Gesellschaft für Krsna-Bewußtsein, Schloß Rettershof über Königstein im Taunus; zur geistigen Einstimmung dient eine Serie von Büchern, darunter eines, „das die Grundmauern der modernen Wissenschaft ins Wanken bringt“, und ein anderes, das mit den Lehren des Meisters dazu bestimmt ist, „die Menschheit aus dem Chaos des Materialismus auf die vollkommene Stufe einer auf spirituelle Verwirklichung begründeten universalen und idealen Weltgemeinschaft zu führen“. Es kostet 24,50 DM.

Eine Randerscheinung, über die man mit etwas Ironie hinwegsehen sollte? Dagegen spricht die große Zahl solcher „Randerscheinungen“, die überdies rapid anwächst. Noch wesentlicher aber scheint mir, daß die Suche nach und Angebot von derlei Fluchtwegen zwischen roten und schwarzen Fahnen, die Wellen von

Oskar Neumann, Diplomingenieur, Mitherausgeber des „Kürbiskern“, Mitglied des Bezirksvorstandes Südbayern der DKP. Veröffentlichungen u. a.: Sicher zum Jahr 2000, Verlag Marxistische Blätter.

DämonenKiller



Mythisierung, Nostalgisierung und Irrationalisierung ja keinesfalls auf derart vordergründige und plumpen Formen beschränkt sind, sondern das wuchert in den verschiedensten Bereichen unter teilweise sehr geschickter Tarnung, dabei auch wissenschaftlich oder künstlerisch verpackt. Gerade so erfreut sich der ganze Rummel einer massiven Förderung eben nicht von Außenseiterunternehmen, sondern höchst wirksamer Massenmedien, der konzernkapitalistischen wie der staatsmonopolistischen: als Groschenliteratur (wobei aus dem Groschen längst die Mark geworden ist), als Taschenbuch und in Leinen gebunden, als Bilderserie und als Film, auf Schallplatten, über Funk und Fernsehen.

Wie naiv-schlau das zum Teil anknüpft an Wünsche und Hoffnungen einer vom Imperialismus, seinen Krisen und Widersprüchen enttäuschten jungen Generation, belegt ein Flugblatt, das zu einer Langspielplatte ausgerechnet mit Brecht-Liedern angeboten wird: „Wir haben uns zusammengefunden in der Absicht, krisensichere Zonen eines freien und friedlichen Zusammenlebens der europäischen Jugend zu schaffen. Auf der Grundlage der Menschenrechte und in der Form von Genossenschaften... Die Betriebe werden von uns selbst geführt. Die Produkte dienen unserer Selbstversorgung. Wir betreiben Ackerbau, Viehzucht, Handwerk und beabsichtigten Kleinindustrien aufzubauen. Allein im letzten Jahr haben über tausend Jugendliche in unseren Siedlungen mitgearbeitet. Das Wort vom vereinigten Europa hat für uns einen Sinn bekommen. Wir haben begonnen, es in harter gemeinsamer Arbeit zu realisieren. Es gibt noch viel Brachland in Europa. Es gibt immer mehr Jugendliche auf der Suche nach einer Zukunft... Wir produzieren nicht nur Getreide und Wolle, sondern auch Lieder und Gedichte. Für junge Europäer wie wir.“

Das ist nun schon praktizierte Nostalgie. Was sich hier so europäisch gibt, ist Exportware aus den USA, wo dieses falsch verstandene „Zurück zur Natur“ mit Landarbeit, Handwerkelei und Verseschmieden schon seit gerauer Zeit in Mode ist. Geistigen Background dafür liefern dort wie hier kleinbürgerliche Ideologen,

denen es zum einen unheimlich ist, daß ihre Schicht keine Chance hat, in den Besitz moderner Produktionsmittel zu gelangen, und die gleichzeitig vor dem Kampf gegen die übermächtigen Konzerne zurückschrecken. So möchten sie das Rad der Geschichte wenigstens für sich selber zurückdrehen ins vorige oder noch lieber ins vorvorige Jahrhundert, dessen verklärtes Bild sie durch Nostalgisierung von Kunst und Literatur zusammenbasteln. Die Masche ist ganz einfach: Die Werke der Vergangenheit werden ihres historischen Bezugs beraubt, ihrer gesellschaftskritischen Inhalte und ihres sozialen Impetus entkleidet. Mit der Nostalgisierung wird nicht nur altes reaktionäres Zeug, etwas die Courths-Mahler, abgestaubt und auf neu poliert; selbst das Progressive wird noch umgestülpt ins Regressive. So erscheinen dann im Fernsehen, wie unlängst erlebt, der große russische Realist Turgenjew als Idylliker, und aus den *Leiden des jungen Werther* steigen nicht mehr, wie Goethe sein Werk verstand, „lauter Brandraketen“ des menschlichen Glücksanspruchs gegen eine verfaulte Ordnung, sondern bloß noch sanfte Traurigkeit und am Ende der Wille zum Tod.

Das Angebot an solchen Flucht- und Absetzbewegungen wird für den Imperialismus um so mehr zum elementaren Bedürfnis, je deutlicher sein System sich als unvereinbar mit all dem erweist, was vor allem die junge Generation für sich erstrebt und erträumt, und der infame Trick besteht darin, die „Verweigerung“, das Ausflippen, den ganzen Eskapismus, der nichts löst, weil er gesellschaftlich nichts ändert, als antiimperialistisch, freiheitlich und weltoffen zu drapieren. Da gibt es zum Beispiel ein Heft namens „Gasolin“, die sich schlicht als „die Literaturzeitschrift“ vorstellt, „um unabhangiges nichtzensiertes Schreiben am Leben zu erhalten... Ein Stück Papier und eine alte Schreibmaschine und der Kosmos bricht herein“. Wenn das nicht irrevolutionär ist! Es beginnt mit einem „Abstecher nach Mexiko“, wo nach dem Puff-Besuch *Bennies* (Benzedrin) gekauft werden, die man gut beim Fahren nehmen kann. Mit dem Auto geht's dann weiter auf „Highway 73“: „pipsi-

Wenn Ihnen nichts mehr schaurig genug ist, holen Sie sich den
DÄMONENKILLER
(garantiert haarsträubend)

Die neue Gruselserie - 14-täglich -
DM 1,20. An Ihrem Kiosk

Millionenauflagen beweisen: Das Entführen des Lesers aus den wirklichen Problemen dieser Welt ist keine Ausnahme.

ge Stimme „hello' ja 's is Phöbe... gerade vom Trip zurück“. Anschließend belehrt über „Auto-Erotizismus“ in Denver, erfährt man schließlich „All You Need is Istanbul“: „Alles was ich brauch ist Opium. Alles andere können sich die anderen nehmen. Sex, Haschisch, Hausfrau, Fabrik, Costa Brava: interessiert mich alles nicht. Ich will nur Opium.“ Mag diese extreme Drogenfixierung auch wieder ein Sonderfall sein, das Davonlaufen der Autoren vor und das Entführen der Leser aus den wirklichen Problemen dieser Welt ist gewiß keine Ausnahme. Das beweisen die Millionenauflagen jener Heft- und Taschenbuchreihen, die vor allem für junge Leute in der Bundesrepublik den meist angebotenen, meist gekauften, meist konsumierten Lesestoff bieten, also im eigentlichen Sinn herrschende Literatur darstellen. „Pabel-Taschenbücher — die Kombination der Erfolgreichen“ lautet die Schlagzeile auf einem der farbprächtigen Prospekte — wessen

Erfolg ist da gemeint? Offenbar will man dem Leser suggerieren, er gehöre zum Typ der Erfolgreichen, wenn er die Verlagsprodukte des Bauer-Konzerns, dem auch Pabel gehört, verinnerlicht; soll er sich der Elite, den Herrschern zugehörig fühlen, die ihm diese Erzeugnisse vom Fließband präsentieren: im „Landserheft“, in „Vampir“ und „Doc Savage“, und vor allem in „Perry Rhodan“, laut Verlagsmitteilung „die größte SF-Serie der Welt. Gesamtauflage über hundert Millionen“. Ich habe das einschlägige Stück Science-Fiction-Literatur nicht einmal selber ausgesucht, das nette Mädchen am Stand überreichte es zur Rezension. Hier einige zufällige Kostproben aus Poul Anderson „Die Satanswelt“, Terra-Roman aus der Perry-Rhodan-Redaktion (erscheint 14-tägig, deutsche Gesamtauflage über 42,5 Millionen): Es wird uns „ein Sproß des Großherzogs von Hermes“ vorgestellt — „die Nase vielleicht eine Spur zu kurz, aber hohe Wangenkno-

Eichenlaubträger der Waffen-SS

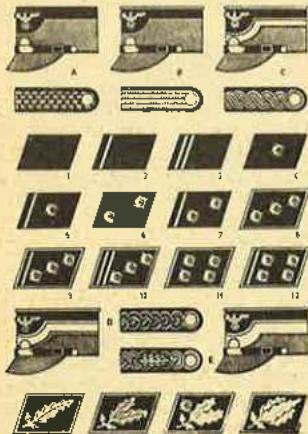


Otto Skorzeny

Ja, die Tausendsassas sind alte

Dienstgradabzeichen der SA

Sturmabfliegung)



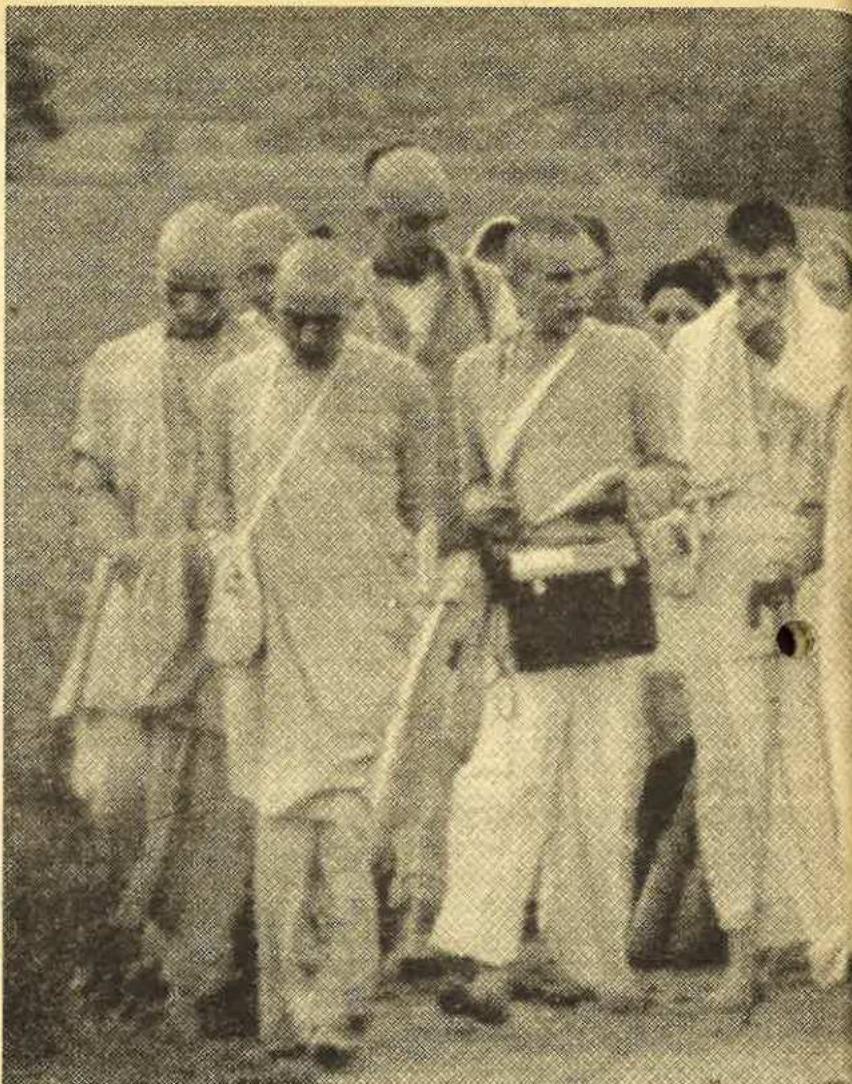
... wieder da, von der Legion Condor und vom Afrikakorps und von der V 2 und im Weltraum setzen sie jetzt fort, womit sie ...



...wegen des ägyptischen Sands und des russischen Winters im Jahre 1945 aufhören müssten.

chen und ein kantiges Kinn, die Augen verwegen blau im Kontrast zu seiner gebräunten Haut, das wellige blonde Haar von fremden Sonnen gebleicht". Edelarischer geht's nimmer, und das Seelenleben paßt nahtlos in die maßgeschneiderte Hülle: „Wenn man in einer freien Marktwirtschaft irgendwo eine Bedarfsflücke entdeckte und gut nützte, dann konnte man schnell reich werden.“ Der reiche Held hat natürlich nicht nur Glück bei den Frauen, sondern auch mit seinen Freunden, treu bewährt in der Stunde der Gefahr: „Von den Türrmen, die das Tor flankierten, jagten Energiestrahlen auf ihn zu. Aber er war bereits zur Seite gesprungen. Seine Kanone hämmerte. Ein Wehrgang stürzte ein, und einen Moment lang war alles in Staub und Rauch gehüllt. Adzel nutzte die Verwirrung und arbeitete sich bis dicht an die Mauer heran. Hier befand er sich im toten Winkel, und die Waffen konnten ihm nichts anhaben... Und dann stürmte die Tausendsassa herbei. Das Raumschiff war für Gefechte ausgerüstet — notfalls sogar für einen Krieg. Chee Lan kannte obendrein keine Skrupel. Blitze zuckten und verbargen einen Moment lang die Sonne. Die Boote trudelten in die Tiefe und zerschellten irgendwo in den Schluchten... Die Tausendsassa kletterte höher.“

Ja, die Tausendsassas sind alle wieder da, von der Legion Condor und vom Afrikakorps, von den U-Booten und von der V 2, und im Weltraum setzten sie jetzt fort, womit sie wegen des ägyptischen Sands und des russischen Winters im Jahr 1945 aufhören mussten. Um unter den Bedingungen des neuen Kräfteverhältnisses in der Welt doch irgendwie dort, wo das roll back scheiterte (wenn heute nicht mit Atomraketen, so doch mit den Instrumenten des psychologischen Kampfes), braucht der Imperialismus als seine ideologische Kernwaffe den Antikommunismus, und den wiederum auf eine Art, die „zumindest in dieser Brechung alles bisher Dagewesene übertrifft“. So steht es in einer Kritik von Helen von Ssachnos, betreffend „Die Quarantäne“ von Wladimir Maximow (SZ 19./20. 10. 1974). Die sozialistischen Neigungen unverdächtige Rezensentin

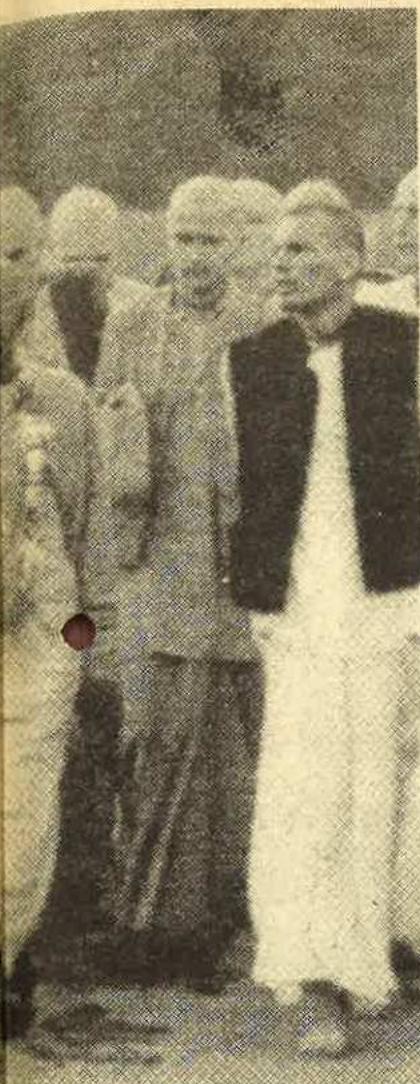


kennzeichnet den Text als „Mythenbildung“, die den Leser „Freiheit als Erlösung, Politik als Predigt“ erleben lasse. Und das soll nun globalstrategisch gebündelt in dem neuen Zeitschriftenunternehmen „Kontinent“ auf die Menschheit losgelassen werden! Günter Grass, offenbar besorgt um die Effizienz des Vorhabens, bedauert, daß die deutschsprachige Ausgabe vom Haus Springer bei Ulstein besorgt wird. Ich finde das aber ganz passend — neben Albert Speer und Hans Speidel und Micky Spillanes „Gangster“. Da liefert nun Solschenizyn den geheimsten innersten Zirkel zum *Ersten Kreis der Hölle* nach, Kornilow steuert laut Vorankündigung Liebes- und Lebenserfahrungen eines Siebzehnjährigen bei, die dringend „das Echo der westlichen Welt“ brauchen. Kardinal i. R. Mindszenty, der inzwischen selbst in Rom längst suspect, bekennt: „Es ist nötig, daß die Welt einmal auch die Wahrheit über mich erfährt.“ Das wird wohl „der intuitive Blick“ sein, auf den Sacharow im neuen Blatt hofft — zur „Erhellung der verborgenensten Winkel des Lebens“. Dafür, so erfährt man weiter, entdeckt Rußland jetzt, des

Materialismus endlich müde, die Metaphysik; führende Köpfe werden vorgestellt: Der eine hält öffentlich Vorlesungen über den Primat der Materie, um dann im Untergrund seiner stillen Datschi „das illusionäre Wesen der materiellen Welt und die Realität des Bewußtseins“ zu ergründen; ein anderer Vorkämpfer dieser funkelnagelneuen Weltanschauung wird uns als Künstler präsentiert, der vor den Toren Moskaus seit zwanzig Jahren ein Seminar über Okkultismus und Gottmenschen-tum betreibt (im englischen Original: *occultism and godmanship*).

Natürlich, Emigrantenghirne plus CIA-Dollars haben schon manch närrisches und allzu närrisches Ding ausgeheckt, und trotzdem sollten wir vorsichtig sein mit der Meinung, so was übersteige denn doch die Schranken des hierzulande intellektuellen Zumutbaren. Es stimmt so weder im Bereich der „Kunst“ noch in dem der „Wissenschaft“, von der angemaßten Autorität katholischer Bischöfe etwa im bayerischen Landtagswahlkampf gar nicht erst zu reden.

Zu den bemerkenswerten literarischen Erscheinungen des Feld-



Schon vor den Hallen überfiel einen die psychologische Attacke eines romantischen Exotismus mit orientalischen Rhythmen und Mythen.

heit und Brüderlichkeit des Menschen". Daraus aber erwachsen nur blinder Haß, Sabotage, Brandstiftung und Totschlag. Am Ende weiß man vieles über die Zwänge des Marktes, der Zinsen, der Löhne und des unternehmerischen Risikos, wieder laut Waschzettel, und außerdem auch, daß Gewerkschaftssekretäre wulstige Lippen haben.

Sicherlich finden einige unserer Professoren auch dafür eine Erklärung, die sie wissenschaftlich nennen. Wozu sonst würden sich Pascual Jordan und eine Reihe anderer Lehrstuhlinhaber für ein Blatt engagieren, das sich Phänomenen widmet, „die anscheinend nicht in den Bereich heute anerkannter Gesetzlichkeiten fallen (Telepathie, Hellsehen, Praekognition, Psychokinese)“ und das weiter Fragen in seinen Themenbereich aufnimmt, „die sich auf den Glauben an ungewöhnliche Fähigkeiten und Zusammenhänge beziehen“, wie — namentlich aufgeführt — geistige Heilung, Chirologie und Astrologie. Das Ganze nennt man, wohl nicht zufällig in Übereinstimmung mit dem Drogenkult, „Erweiterung des Bildes vom Menschen, seiner Stellung in der Welt und der Struktur dieser Welt“.

In der Sympathie Pascual Jordans für diese Art von Spiritualismus — erklärtermaßen sein Reflex auf die offenbar völlig missverstandene „Antimaterie“ — mag man immerhin Kontinuität sehen, seine Fortschrittsfeindlichkeit, gepaart mit dem Wirrwarr seines philosophischen Eklektizismus, hatte es ihm schon vordem leicht werden lassen, zuerst in Nazi-Propaganda und dann in christlich motiviertem CDU-Konservatismus zu machen; warum also nicht auch in Magie und Sterndeuterei? Wie aber erklärt sich, daß ein Wissenschaftler aber, der in den sechziger Jahren seine materialistische Überzeugung (obzwar zumeist keinen dialektischen, sondern einen naiv-mechanistischen Materialismus) gegen den herrschenden Obskuratorismus vertreten und dessen Verfechter als „Hinterwelt“ angegriffen hat, — wie kommt er dazu, sich neuerdings sich selbst immer tiefer in diese Hinterwelt zu integrieren, weltanschaulich zum Irrationalisten, politisch zum Erzreaktionär zu werden? Ich spreche von Karl

Steinbuch. Er hatte in „Automat und Mensch“ nicht nur die Annahme aller übernatürlichen, sondern sogar „irgendwelcher überphysikalischen Ursachen“ im Bereich der geistigen Funktionen des Menschen zurückgewiesen. Er hatte diese als „Aufnahme, Speicherung, Verarbeitung und Abgabe von Informationen“ beschrieben und deren Herkunft als „teilweise angeboren, teilweise gelehrt und teilweise in direkter Kommunikation mit der Außenwelt erworben“ bestimmt (a. a. O. Seite 190). Nun hat Steinbuch im Seewald-Verlag (was auch schon ein Programm ist), seine „Kurz korrektur“ vorgelegt, mit dem erklärten Ziel, uns auf Orientierungen einzuschwören, die auch dann als respektabel gelten sollen, „wenn wir ihr Entstehen rational nicht nachvollziehen können“ (a. a. O. Seite 9). Inmitten einer unbegreiflichen Welt gilt es Steinbuch nur noch als „sicher“, „daß jeder Mensch seine Rationalität irgendwo aufgeben muß. Der Rest ist der Glaube, der sich nicht scheut, zu sein wie die Kinder“ (a. a. O., Seite 45). Ob nun von der Bildungskatastrophe oder dem Verkehrschaos, der Verplanung unserer Städte oder der Zerstörung unserer Umwelt die Rede ist, jede Analyse, die die Begriffe Imperialismus, Kapitalismus, Faschismus enthält, verfällt dem Steinbuchschen Verdikt ebenso wie jedes Suchen nach einer Alternative in Richtung Demokratisierung, Sozialismus, Kommunismus. Steinbuch sei das alles viel zu simpel: „Die Komplexität unserer Welt überfordert das menschliche Bewußtsein.“ So lassen wir sie denn wie sie ist, nicht zu erkennen und nicht zu verändern, und wer da noch immer nach einer Chance für sein Menschsein sucht, wird darauf verwiesen, das spezifisch Menschliche sei das Irrationale. Zugegeben, daran haben Imperialismus, Kapitalismus, Faschismus noch keinen gehindert.

Was aber hat diesen Positions wandel bewirkt? Es sind über persönliche, gesellschaftspolitische Phänomene, und nur insofern verdient auch der Fall des Karl Steinbuch Interesse. Er hatte früher als andere die Risiken gesehen, die mit der Nichtbewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution durch den spä

ten Kapitalismus heraufzischen. „Falsch programmiert“ war ein Alarmsignal gewiß in erster Linie als systemdienliche Frühwarnung gemeint, aber doch zu Teilen auch offen für systemkritisches Verständnis, für die Begründung grundsätzlicher gesellschaftlicher Veränderungen. In der Folgezeit machte Steinbuch deutlich, daß er eine sozialdemokratische Reformpolitik für nötig und ausreichend hielt. In dieser Annahme wie Millionen unserer Bevölkerung enttäuscht, schreckt Steinbuch nun zurück vor der „Gefahr“, es könnten in der großen Krise plötzlich die „Dämme brechen“, und so vollzieht auch er die Panikreaktion, die uns aus den dreißiger Jahren wie aus der Gegenwart als massenhaftes Phänomen bedrohlicher Rechtsentwicklungen bekannt ist. Dabei werden Zukunftssaspekte attraktiv und orientierend, die für den Humanisten Max Born der Alpträum gewesen waren: Der Versuch der Natur, ein denkendes Wesen, also den Menschen hervorzubringen, könnte zum Scheitern verurteilt sein; denn seine Entwicklung führe zum Selbstmord — vielleicht mit der Atombombe, andernfalls könne es noch weiter vegetrieren als eine von wenigen Machthabern gelenkte Horde mit manipuliertem Denken, was auch auf die Negation eines denkfähigen Wesens hinausläuft.

Daß sich Ideologen und Politiker des imperialistischen Systems, das durch das Erstarken des Sozialismus und des Friedenskampfes der Völker an der ersten Variante schon gehindert ist, jetzt zu der zweiten Variante dieser „Endlösung“ mehr oder minder offen affirmativ verhalten, zeigt die Tiefe, ja die Totalität der spätkapitalistischen Krise. Von daher wird zugleich die Qualität die heute der Klassenkampf geführt wird: Die Rettung des denkenden Wesens und seiner Fähigkeit, eine Gesellschaft zu schaffen, in der Individualität und Kollektivität, die Selbstverwirklichung des Einzelnen und das Glück aller Erdenkinder einander bedingen, verlangt die Abweisung beider, dem Spätkapitalismus inhärenten Drohungen — der atomaren Kriegskatastrophe wie der mit Terror und/oder Massenmanipulation gewollten Beseitigung der Freiheit.

RENT

über die weichgewordene härteste Band der Welt u.a. von Uli Maske

Das vergangene Jahr war das Jahr der „Yes“. Punkt. Du glaubst das nicht? Wenn es aber die Plattenfirma der britischen Rockband dieses Namens sagt? Man könnte natürlich auch wissenschaftlich untersuchen, welcher „neue“ oder „alte“ Stil dem vergangenen Jahr seinen Stempel aufdrückte: Acid Rock, Baroque Rock, C&W Rock, Electronic Rock, Folk Rock, Hard Rock, Weich Rock, Heavy Rock, Jazz Rock, Jesus Rock, Kraut Rock, Latin Rock, Philadelphia, Raga Rock...

Ja, wie die Bekleidungsindustrie preist auch die Musikindustrie ihre Rücke mit wohlklingenden Namen, alle neuen Tonfolgen über mehr als sieben Noten versucht man als neue Welle oder die Musik schlechthin zu propagieren. Die Welle des Jahres 1974 war für die Plattenkonzerne ohne Zweifel die, die die meisten Wellen in der Bilanz mache. Umwerfendes, neues Großes gab es nicht. Jimi ist (leider!) immer noch tot, der Hörer möge sich also getrost seine eigene Welle aussuchen. Meine ist der Rentner Rock. Und in diese Welle ordne ich jetzt einfach alles ein, was mir gefällt oder auch nicht. Was heißt hier: das geht nicht? Was die da oben (s.o.) können, kann ich auch.

„Bei Onkel Pö spielt 'ne Rentnerband“, so fing es an mit Udo Lindenberg. Für seine LP „Ball Pompös“ spannte er weitere rententrächtige Stars ein: Grethe Weiser am Synthesizer, Sarah's „Kann denn Liebe Stunde sein“ und ein Song der schönsten Oma der Welt, „Ich bin von Kopf bis Fuß auf Liebe eingestellt“. Ich weiß, ich weiß. Manche nennen meine Rentnermusik Nostalgie. Das kann man natürlich auch, obwohl es problematisch werden kann, bei Beethoven beispielsweise. Udo jedenfalls hat sich beachtlich über den Müll des bundesdeutschen Schlagermarktes erhoben. Auch wenn seine Texte

manchmal Hakon und Ösen haben, wenn die realistische Perspektive fehlt: Lindenberg ist einfallsreich, ist wohltuender Kontrast zu Liebetriebemonden-scheinallein. Und warum deutsche Texte von Unterhaltungsmusik päpstlicher beurteilen als die der englischen Rockbarden? Die Rentnerband (es geht!) gibt es nicht nur bei Udo Lindenberg, sie hat sich selbstständig gemacht. Sie kommt aus der „Hamburger Scene“, die in letzter Zeit (Otto, Lindenberg & Co.) ziemlich gefeiert wird. Die Rentnerband ist eine Mischung zwischen Ohnsorg-Theater und Bonzo Dog Band. Sie schreckt vor keiner Alberheit zurück, nicht mal vor Kalauern: „Fritz Guilleaume am Metronome.“ Mancher mag ihnen glauben:

„Nicht irgendein Neger im Westen
Erfand den Jazz, den satten,
Vater Brahms gab ihn selbst zum besten,
Damals in den Riverkasematten.“
Und der Clou der LP „... alles klar“ ist „Der Clou“. Gottfried alias Raggie Ragtime singt:
„Jede Nacht spiele ich Klavier
In der Unterwelthar um vier.
Leider ist dieser Job riskant,
Man beachte die Einschüsse am Instrument
Und die Lochmuster an der Wand.“

Die Atmosphäre ist so stimmungsvoll eingefangen, daß das Gerücht sich hält, der Film „Der Clou“ sei nach diesem Lied gedreht.

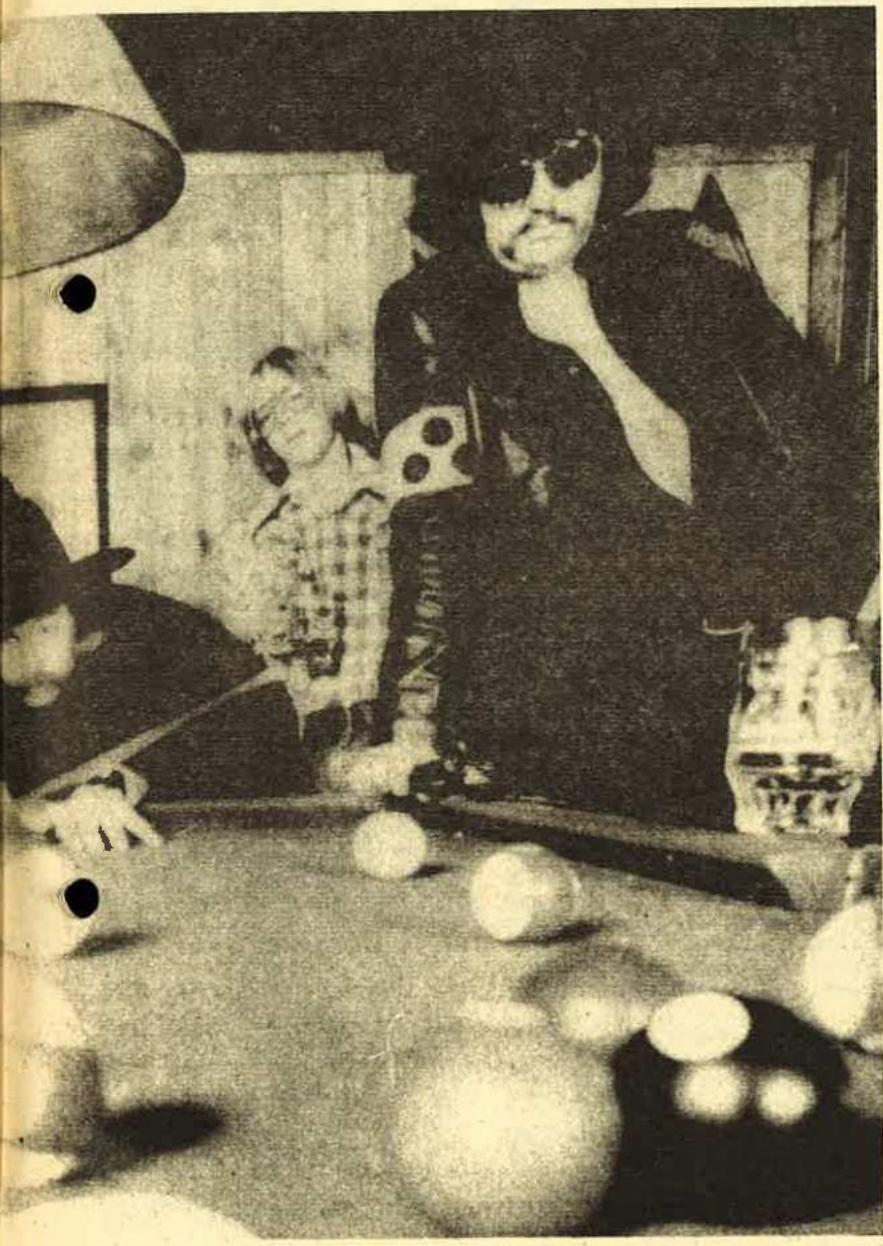
Schon lange im Geschäft ist Dieter Süverkrüp, früher BRD-Jazzgitarrist Nr. 1, dann der engagierteste, offensivste Polit-Sänger. Nein, er ist nicht unter die Rentner gegangen und wird es auch nicht. Das letzte Jahr hat eine Süverkrüp-LP hervorgebracht, die ihn live verewigte. „Warum wird so einer Kommunist, wo er so glücklich verheiratet ist, wenn man nur weiß?“



Süverkrüp weiß es. Und er singt und spricht so schlicht und so gut, daß auch Skeptiker zuhören. Süverkrüp: „Auch in reinen Konzertsaal- oder Theaterveranstaltungen ist zu beobachten, wie das Interesse an der Behandlung konkreter politischer Fragen gewachsen ist. Lehrlinge wollen was hören über Lehrlinge, ihre Situation, ihre Schwierigkeiten, und darüber, wie sie sich zu wehren, ihre Lage zu verbessern hätten; den Studenten brennt auf

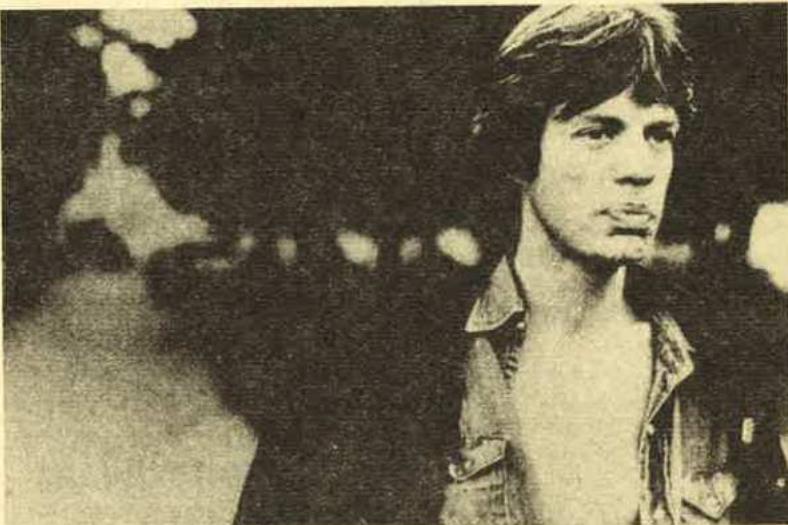
den Nägeln, das BAFÖG, das Hochschulrahmengesetz, der Numerus clausus und dergleichen; Sozialdemokraten möchten insgeheim vielleicht doch Näheres darüber gesungen kriegen, wie das nun sei mit der Aktionseinheit und ihrer Machbarkeit auch gegen die rechte SPD-Führung. Und so weiter... Allmählich sind die politischen Einzelheiten, die nächsten Aufgaben und Ziele stärker in den Vordergrund getreten — und die Zuhörer verlan-

ER



gen entschieden ihren Spaß...“ Ganz einfach Spaß macht es, sich zwei Alben des letzten Jahres anzuhören, die sehr schön und unterhaltend sind. Das eine enthält Lieder von Melanie, zusammengestellt aus ihren zuvor veröffentlichten LPs. Man erhält einen guten Überblick über ihre Arbeit. Nichts Neues, aber mehr wert als manches, was nur neu ist. Und das zweite Album, das ich nennen möchte, ist von einem Rock-Musiker, der eigentlich

schon längst das branchenübliche Rentenalter erreicht hat, „G-l-o-r-i-a“, „Here Comes The Night“... ja: Van Morrison, sein erstes Live-Album, voll mit alten und neueren Songs. Die alten sind zum Teil noch von „Them“ bekannt, jener Gruppe in Belfast, in der -zig Musiker wechselten, nur Van Morrison blieb. Der Ire Van Morrison war schon Ende der fünfziger Jahre einer der wenigen europäischen Blues-Interpreten, die „Blues“ nicht nur als



Etikett benutzt. Sein Album „It's Too Late To Stop Now“ strafft die Stil- und Wellen-Astrologen Lügen. Es ist ohne Welle gut.

Weich geworden hingegen ist die einstmal härtete Band der Welt. Begonnen hatte es 1962, als sie im Piccadilly Club auftraten. Alexis Korner war wesentlich an ihrer musikalischen Taufe beteiligt. Neben der „weißen“ Linie des Rock, die von den Beatles repräsentiert wurde, führten sie die „schwarze“ an. Songs von Chuck Berry wurden nach und nach durch eigene abgelöst. Sie kamen blitzschnell ins Gespräch. Schmutzig, zerlumpt, pinkeln an Hoteltapeten: das war ihr Image. Sie wurden zu einem Idol der unzufriedenen Jugend der westlichen Welt. Und als Mick Jagger dann 1965 „Satisfaction“ keuchte, konnte sie keiner mehr aufhalten. LPs lassen noch heute keihalten: The Rolling Stones. Ihrenen Stones-Fan ruhig sitzen. Ihr Album „Exile On Main Street“ griff alte Traditionen auf und bereicherte sie musikalisch durch geschickte Arrangements und neue Elemente. Dazwischen lagen zehn Jahre Stones, zehn Jahre Mick Jagger, heißer Rock, heiße Show, musikalische Erotik, ein bisschen Rebellion, mehr emotional, weniger in deutlichen Wörtern der Lieder. Nein, revolutionär waren die Texte nie. Aber man hatte doch immer ein bisschen das Gefühl, daß diese Stones Jungens „unserer Generation“ waren, irgendwie für uns da waren. Vielleicht waren sie es? Lassen wir

uns den Spaß an den alten Scheiben nicht verderben. Schmutzig oder zerlumpt mimen sie längst nicht mehr, sie haben neue Werbegags. Pinkeln tun sie noch, aber feudaler. In Gedanken vielleicht auf die treugebliebenen Fans. Denn in letzter Zeit strengen sie sich auch musikalisch nicht mehr an. Bestes Beispiel ist



ihre neueste Elaborat „It's Only Rock 'n' Roll“. Sie kopieren allenfalls sich selbst, oft nicht einmal das. Alles wirkt etwas fade, wässrig. Mick Jagger bestaunt sich selbst, hält sich für unwiderstehlich und ist musikalisch so gut wie mumifiziert. So ist es nicht verwunderlich, daß Brian Ferry („Roxy Music“) in einer lauen Sommernacht sagte: „Ich habe Mick Jagger zum Rentner gemacht.“ Mag sein. Er kann von der Rente leben.

1 Hamburger Jazzlokal

Ulrich Maske, freier Mitarbeiter der roten Blätter, Chefredakteur der Hamburger Studentenzeitung „zas“.

rb-Interview mit dem DDR-Liedermacher Reinhold Andert

In Berlin sprachen die roten blätter mit dem DDR-Liedermacher Reinhold Andert. Reinhold Andert ist auch in der Bundesrepublik bekannt geworden durch die im pläne-Verlag erschienene Platte Blumen für die Hausgemeinschaft.

Und das sind seine Daten: Nach Besuch der Grundschule 1958–1962 Vorbereitung aufs Priesterseminar, 1962–1964 Lehre als Orgelbauer, Abitur auf der Abendschule, 1964–1969 Studium der marxistischen Philosophie an der Berliner Humboldt-Universität, 1969–1972 Assistent für Philosophie an der Musikhochschule „Hans Eisler“ in Berlin. Mitglied der SED, Mitbegründer des Oktoberklubs. Seit März 1972 Organisator des Festivals des politischen Liedes. Verheiratet und Vater eines zweijährigen Sohnes.

rote blätter: Du bist von Beruf Philosoph. Wie kamst du dazu, den Gesang in die politische Arbeit einzuführen? Und speziell gerade diese Form von Liedern?

Andert: Das ist vielleicht eine ganz einfache, unmittelbare Geschichte — denn ich hab zwar die Philosophie, das heißt die Weltanschauung des Proletariats studiert, hab dann aber unterwegs gemerkt, daß es doch für mich zuwenig Mittel gibt, diese Weltanschauung der Arbeiterklasse, wirklich der Arbeiterklasse, so den Menschen nahezubringen, wie ich es eigentlich erwartet hätte. Mit Mitteln der marxistisch-leninistischen Philosophie geht das so direkt nicht, sondern sie wirkt ja sehr vermittelt über andere Dinge.

Mit machte die philosophische Arbeit, so wichtig sie sicher ist, mir machte dieses Kategoriengeklapper keinen Spaß — deshalb habe ich das eben nur als Grundlage genommen. Daß ich zum Liedermachen kam, hat eben diese Bewandnis, weil ich im Laufe des Studiums gemerkt hatte, da entwickelte sich etwas, nämlich die Anfänge der Singebewegung in der DDR, und da hab ich gedacht, da kann man ungeheuer die Weltanschauung mit Mitteln der Kunst, des Liedes verbraten,

dort kann man sie einsetzen, da kann man etwas damit machen.

Mir machte dieses Kategoriengeklapper keinen Spaß...

Und jeder Philosoph, wenn er seine Weltanschauung eben als Aufgabe begreift, versucht irgendwelche Wege zu finden, um sie unter die Leute zu bringen — ob als Journalist, ob als Künstler oder als Lehrer, weiß ich —, jedenfalls, es waren damals sehr günstige Möglichkeiten, und da bin ich beim Liedermachen geblieben.

rote blätter: Wie hat die Singebewegung in der DDR begonnen, welche bedeutenden Künstler haben mitgewirkt, und welche Rolle hast du im Oktoberklub gespielt? Und schließlich: Welche neuen Qualitäten gingen von deinen Liedern aus?

Andert: Begonnen hat es mit der Singebewegung bei uns von der amerikanischen folk-song-Bewegung, die über den Perry Friedman zu uns reingetragen wurde.



Reinhold Andert (in jungen Jahren)



Reinhold Andert
Blumen für die Hausgemeinschaft
Verlag pläne, 17,- DM



Oktober-Klub
Vertrieb: Weltkreis-Verlag
16,10 DM

also unsere eigenen Revolutionslieder dazugehören und —

rote blätter: Du meinst, ihr habt die Tradition aufgearbeitet?

Andert: Ja, ja — das ist ja nicht bloß 'ne amerikanische Geschichte, und gesungen wurde ja auch in unserem Volke, seit gesprochen wurde. Man braucht da also so was nicht neu zu erfinden. Aber es war ein Riesenbedürfnis da, einfach wieder zu singen und natürlich vor allem auch über uns etwas zu sagen. Da mußten natürlich neue Lieder her. Am Ende der sechziger Jahre hatte man dann keine neuen Lieder, und wenn, dann irgendwelche Chorlieder nach dem Schema der Lieder der fünfziger Jahre, also an Gemeintem konkret: Ziel, Weg, Fahne — also solche allgemeinen Symbole wurden da zusammengetragen, und das sollten nun un-

...jede Nacht

konkret über uns, über die DDR, über die Probleme, die bei uns standen. Naja, und ich glaube, so ein bißchen im Rahmen der Singebewegung habe ich da auch angefangen, glaube ich.

rote blätter: Du hast sicherlich gewisse Widersprüche im Leben in der DDR aufgegriffen in deinen Liedern. Glaubst du, daß du dadurch zunächst Interessen artikuliert hast? Glaubst du, daß man auf der Grundlage des Aufgreifens der Widersprüche, wie du es in deinen Liedern tust, auch Alternativen formulieren kann? Daß man auch konkrete Lösungsmöglichkeiten finden kann?

Andert: Über die Wirksamkeit der Lieder im Klassenkampf zu diskutieren, das ist jetzt ein weites Feld.

genilich sehr bekannt — „Wir sind überall auf der Erde“ — das Weltfestspiellied — und das „Lied vom Vaterland“ vielleicht. Das hatte, glaube ich, so jeder zweite oder dritte Singeklub im Repertoire drauf ...

rote blätter: Glaubst du, daß die Singebewegung neue Formen, neue Qualitäten in die Jugendarbeit und die Jugendfreizeit gebracht hat? Zum Beispiel im Zu-

sammenhang für die Herausbildung sozialistischer Freizeitgestaltung?

Andert: Die Singebewegung hatte in ihrer Anfangsphase primär eigentlich gar nicht so sehr den Kunstaspekt betont gehabt, sondern den Geselligkeitsaspekt. Junge Leute haben sich halt in ihrer Freizeit zusammengefunden, haben sich unterhalten, haben gesungen, haben politisch

sere politischen Lieder sein. Die Jugend hatte das damals gar nicht berührt — wenn sie so ein Lied sangen, naja, dann haben sie's überhaupt nicht gerne gemacht. Es wurde eigentlich auch gar nicht so sehr viel gesungen... Aber ein Bedürfnis bestand nach konkreten Liedern,



OKTOBER-KLUB BERLIN

Unterm Arm die Gitarre
AMIGA
16,10 DM

Lieder im Klassenkampf

Man braucht sie, die Lieder im Klassenkampf, genauso wie man noch sehr viel mehr braucht dazu. Ein Lied kann die Arbeitsproduktivität nicht steigern, aber es kann andere Geschichten in Bewegung setzen, stabilisieren, es kann Gefühle und Zusammengehörigkeitsgefühle vermitteln, es kann Denkanstöße und Fragestellungen geben. Das vermag ein Lied schon.

rote blätter: Deine Lieder sind in der DDR sehr populär geworden. Vielleicht kann man, wenn wir an Eindrücke hier in Berlin in den letzten Tagen denken — da werden also in Warenhäusern Lieder von dir gespielt, und junge Bürger der DDR sprechen oft einfach „vom Reinhold“ —, Vergleiche mit Volksliedern ziehen?

Andert: Natürlich trifft das nicht für alle Lieder zu. Es gibt zwei oder drei, die von vielen gesungen wurden, die jetzt wieder vergessen worden sind. Vielleicht kommen sie mal wieder — etwa die „Klassiker“ „Millionen-Millionäre“ — das war ein sehr populäres Lied — „Der Tag der Großen Arbeit“ — das ist ei-

Lied vom Vaterland

Kennst Du das Land mit seinen alten Eichen
das Land von Einstein, von Karl Marx und Bach
wo jede Antwort endet mit dem Fragezeichen
wo ich ein Zimmer habe unter'm Dach.

Wo sich so viele wegen früher oft noch schämen
und mancher Vater eine Frage nicht versteht
wo Ihre Kinder Ihnen das nicht übelnehmen
weil seine Antwort im Geschichtsbuch steht.

Hier schaff' ich selber, was ich einmal werde
hier geb' ich meinem Leben einen Sinn
hier hab' ich meinen Teil von unserer Erde
er kann so werden wie ich selber bin.

Kennst Du das Land mit seinen Seen und Wäldern
das kleine Land, das man in einem Tag durchfährt
wo man was wird, auch ohne Eltern
doch auch Beziehungen sind manchmal etwas wert.
Hier steht die Schule, und mein Klassenzimmer
das riecht heut' immer noch nach Terpentin
von Mathe hab' ich heut' noch keinen Schimmer
doch vor den Lehrern kann ich meine Mütze ziehn.

Hier schaff' ich selber, was ich einmal werde ...
Kennst Du das Land, wo die Fabriken uns gehören
wo der Prometheus schon um fünf aufsteht
hier kann man manche Faust auf manchen Tischen hören
bevor dann wieder trotzdem was nicht geht.
Wo sich auf Wohnungsmärter Hoffnungen verlieren
wo ein Parteidag sich darüber Sorgen macht
wo sich die Leute alles selber reparieren
weil sie das Werkzeug haben, Wissen und die Macht.

Hier schaff' ich selber, was ich einmal werde ...
Kennst Du das Land mit dem Problem im Winter
das Züge stoppt und an die Fenster klirrt
wo wir viel reden über später und auch Kinder
und wo ein Cello spielt, bevor es leise wird.

Hier lernte meine Mutter das Regieren
als sie vor einem Trümmerhaufen stand
Ich möchte dieses Land nie mehr verlieren
es ist mein Mutter- und mein Vaterland.

Hier schaff' ich selber, was ich einmal werde ...



3. Festival des politischen Liedes
16,10 DM
ETERNA 17,- DM

zusammen . . .

diskutiert und haben irgendwelche Unternehmungen gestartet, verbunden dann mit Auftritten. Dann sind sie irgendwohin gefahren, in Probelager, da haben sie halt nicht bloß geprobt, Lieder geprobt, sondern auch verschiedene andere Dinge — geprobt... und das waren eigentlich mehr Freizeitclubs. Die Tendenz, wie sie sich heute auch zeigt, ging dann — ein bißchen zu meinem Bedauern — zum Auftrittskollektiv, zum politischen Kunstkollektiv. Es wurden daraus Agitpropgruppen, die ungeheuer viel auftraten und immer wieder Lieder brauchten. Und der Geselligkeitsaspekt, der Unterhaltungsaspekt, ist ein bißchen während der Zeit verlorengegangen — aber eine Sache muß sich ja entwickeln. Vielleicht wird auf einer höheren Stufe wieder Ähnliches entstehen, so daß sich daraus dann wieder Sachen entwickeln, die den Geselligkeitsaspekt wieder in den Vordergrund stellen. Denn das ist ja ein Riesenbedürfnis, das wir eigentlich überhaupt noch nicht sehr überdacht, überlegt haben: die spezifische Art sozialistischer Geselligkeit. Es gibt also diese Bierrunden, die Kegelabende, Sportvereine und sonstige Geschichten — oft bürgerliche Einrichtungen, die wir übernommen haben, die ungeheuer unpolitisch sind. Aber eine politische Form, eine sozialistische Form der Geselligkeit — davon waren Anfänge in der Singebewegung zu sehen, vor allem in der Jugend.

rote blätter: Laß uns kurz über die Rolle des Künstlers in der DDR sprechen. Es handelt sich ja keineswegs mehr allein um eine individualistische künstlerische Produktion. Wie werden die Liedertexte erarbeitet? Wie werden sie diskutiert? Haben die Hörer Möglichkeiten der Einflußnahme? Können sie ihre Kritik anbringen? Wird diese Kritik mitverarbeitet? Wie ist das konkret bei deiner Arbeit?

Andert: Woll'n wir's einschränken auf die politischen Lieder — denn die Schlager, naja, das ist also eine ambivalente Geschichte, oft die gleiche Scheiße wie bei euch. Die politischen Lieder müssen natürlich irgendwelche kollektiven Vorgaben haben, daß heißt, ich kann mich nicht hinsetzen in meinen 19. Stock in der Leipziger Straße hier und mir ir-



Oben: Reinhold Andert war Mitbegründer des Oktoberklubs.

gendwas aus den Fingern holen — das geht nicht —, sondern ich muß eigentlich — naja... sozialistischer Realist sein. Die Wirklichkeit für einen politischen Liedermacher fängt eigentlich bei Problemen, bei der Struktur der Probleme der Leute an, vor allem der Arbeiterklasse. Wir haben Probleme — die muß man erfahren, und das kann man nicht bloß durch die Zeitung oder durchs Fernsehen, sondern da muß man den Kontakt haben zu den Leuten...

„... liegen jede Nacht zusammen im Lehrlingsinternat.“

rote blätter: Diskutierst du beim Zustandekommen deiner Lieder mit den Betroffenen?

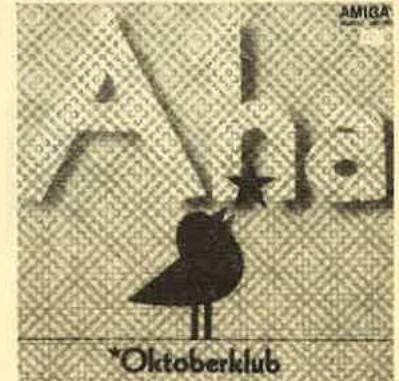
Andert: Also, das ist die eine Geschichte...

rote blätter: Gut, du gehst also als sozialistischer Realist von den konkreten gesellschaftlichen Bedürfnissen, insbesondere denen der Arbeiterklasse aus...

Andert: Das ist der Ausgangspunkt. Aber dann bist du natürlich ungeheuer alleine, denn du mußt ja irgendwas zusammenfummeln, Melodie und alles mögliche. Und nun stellst du die Sachen vor, machst 'nen Konzertauftritt, und danach wird geredet. Man kann das fördern, das Reden, oder man kann nach dem



Singt mit uns
NOVA
16,10 DM



Aha Oktoberklub
AMIGA
17,- DM

Konzert gleich abzischen. Aber ich mach's immer so, daß ich mich mit den Leuten zusammensetze und daß wir darüber reden. Und da kommt entweder Zustimmung, Kritik, neue Vorschläge...

rote blätter: Nenn uns doch bitte einmal ein Beispiel aus deiner Arbeit...

Andert: Ja, ich hab mal irrtümlicherweise den Kunstspreis des PCK Schwedt bekommen und bin daraufhin nach Schwedt gefahren und habe mit der Songgruppe dort gearbeitet. Das waren alles Lehrlinge des Werkes PCK Schwedt. Nachdem wir den ganzen Tag geprobt hatten — ein bissel Technisch-Handwerkliches —, haben wir uns abends zusammengesetzt und gesagt: So, jetzt machen wir mal ein Lied, ein Lied über euch. Was stinkt euch an, was gefällt euch? In Schwedt, an eurer Arbeit, an eurem Milieu? Da haben wir dann zum Schluß — nachdem alles nicht liedrächtig genug war, weil sich manches als Scheinproblem

herausstellte, was man besser lösen könnte als durch Lieder — ein Lied zusammen gemacht: Text gemacht, einen vierstimmigen Satz nach einer alten Melodie, nämlich „Die Königskinder“. Dieses bedeutungsvolle Lied spricht ja von der führenden Rolle der Arbeiterklasse gegenüber dem Adel. So, da ham' die sich mächtig gefreut, und als sie's dann draufhatten, und ham's dann am nächsten Tag gesungen, da kam das denn einer Konterrevolution im Lehrlingswohnheim gleich. Denn im Lied wird die Frage gestellt, wie das nun ist mit der Liebe zwischen Lehrlingen — „die Königskinder konnten zusammen nicht kommen, weil das Wasser so tief war, und die Arbeiterkinder, die sind auf Draht und liegen jede Nacht zusammen im Lehrlingsinternat.“ Naja, dieses Lied hat eine sehr große Wirkung gehabt, nachdem es nämlich im Fernsehen kam — das ist bei uns ein bißchen sehr dummkopfig, denn alles, was im Fern-



Hartmut König
Portrait in Liedern
AMIGA 16,10 DM

sehen kommt, das heißt gleich offizielle Regierungspolitik — bei vielen —, wurde das Lied dann quasi als neue Liebesdiskussion von vielen Lehrlingen verstanden. Und jetzt wurde auf einmal neu diskutiert die Ordnung in Lehrlingsheimen. Gar nicht so schlecht, daß wieder angefangen wird zu diskutieren. Und ein Lied, auch ein Liebeslied, muß dazu ja auch gut sein, daß etwas in Bewegung gesetzt wird...

rote blätter: In deinen Liedern spielt die Solidarität mit der Sowjetunion eine große Rolle.

Andert: Die Freundschaft mit der Sowjetunion. Das ist aus verschiedenen Gründen wichtig für uns, nicht bloß, weil dort so viel Rohstoffe sind, daß unsere Enkel noch etwas davon haben könnten, sondern vor allem, weil Sozialismus auf deutschem Boden ohne die Präsenz der Sowjetunion undenkbar wäre. Ich kenne den 8. Mai 1945 nur aus dem Geschichtsbuch, aber ich bin im Geiste des proletarischen Internationalismus in wesentlichen Dingen erzogen. Für mich ist die Freundschaft zur Sowjetunion eine Selbstverständlichkeit, denn die Sowjetunion ist nach wie vor die Mutter der Revolution. Man muß ein gutes Verhältnis zur Sowjetunion haben.

rote blätter: Wir haben noch ein paar Fragen, die auf die politische Praxis zielen. Welche politischen Fragen, besonders Fragen der internationalen Solidarität, stehen deiner Auffassung nach derzeit besonders an — für euch, für dich, aber auch für uns?

Andert: Was uns gleichermaßen angeht ist viel und wenig...

rote blätter: Nun, wir denken zunächst an eine wirksame Unterstützung des Kampfes des chilenischen Volkes mit den verschiedensten Mitteln, die uns in der internationalen Bewegung für Frieden, Demokratie und Sozialismus in je besonderer Weise möglich ist...

Anti-imperialistische Solidarität

Andert: Ja, freilich. Aber das ist immer so eine zweischneidige Geschichte. Ich meine, unser bester Beitrag zu dieser Solidarität ist doch, indem wir den Ismus hier stärken. Das heißt: unsere Arbeit gut machen, unsere Arbeitsproduktivität angesichts eurer ganzen Krisenscheiße dort drüben steigern, immer besser werden, bis wir eines Tages mal die Mauer dann verkaufen können. Das ist eigentlich unsere Aufgabe. Das ist unser erster Beitrag zum proletarischen Internationalismus. Und zum zweiten: natürlich die Solidaritätsbewegung, die antiimperialistische Solidarität, mit Chile, weitere Unterstützung vor allem nach Vietnam, nach Kuba und Lateinamerika... Diese Solidaritätsbewegung ist ja in unserem Lande sehr breit entwickelt, die antiimperialistische Solidaritätsbewegung ist eine richtige Volksbewegung, und diese Solidaritätsbewegung braucht auch Lieder. Diese Lieder kommen dann automatisch immer dann, wenn etwas wieder los ist. Ich habe damals ein Vietnam-Solidaritätslied geschrieben, 24 Stunden nach diesem Pariser Abkommen. Einen Tag nach dem faschistischen Putsch in Chile habe ich das Lied „Die Herren Generale“ gemacht. Wenn es notwendig ist, dann macht man also etwas dazu. Aber ansonsten möchte ich die Revolution nicht exportieren: Unsere Hauptrevolution findet hier statt, und meine politischen Lieder sollen eben über diese Revolution hier in der DDR etwas berichten.

Karlo's Monatslektüre

Rainer Kirst, 4 Protokolle aus der DDR, Quartheft 7, Wagenbach Verlag, 7,80 DM.

Vier Reportagen aus der DDR über drei Professoren, Kapazitäten, und eine Kleinstadt zeigen — ironisch heiter, was zu selten und darum besonders wichtig ist —, wie die Menschen konkret an ihrer Utopie arbeiten, wie sie das nicht allein, sondern im Kollektiv schaffen. Dabei geht es manchmal komisch zu: Ein Chirurg sucht auf den Müllplätzen nach Material für die Entwicklung einer Herzlungenmaschine, für die er nach zwei Jahren den Staatspreis erhalten wird. Lohnt sich zu lesen.



**Ursula Püschel
Die Kernbauer**



Kleine Arbeiterbibliothek 7

Ursula Püschel, Der Kernbauer, Bd. 7 der „Kleinen Arbeiterbibliothek“, Damitz-Verlag, 6,80 DM.

Erstaunlicherweise (vielleicht liegt es am unscheinbaren Titel) ist dieses Buch noch kein Bestseller geworden. Denn es gibt bislang kein Buch, das einen so realistischen und spannenden Einblick in die Betriebswirklichkeit der DDR gibt, das so ungeschminkt die Probleme zeigt, das aber auch so mitreißend demonstriert, wie die Probleme angegangen werden. Von den Arbeitern selbst. Welche Veränderungen in der Produktion, in der gesamten Gesellschaft der DDR, in den Beziehungen der Menschen zueinander schon gelaufen sind. Außerdem ist dieses Buch ein herausragendes Beispiel für Dokumentarliteratur, wie sie heute in der DDR produziert wird. Was der Verlag versäumte, ist eine noch ausführlichere Einleitung für den Leser der Bundesrepublik und ein Abkürzungsverzeichnis. Trotzdem: Unbedingt kaufen und lesen!

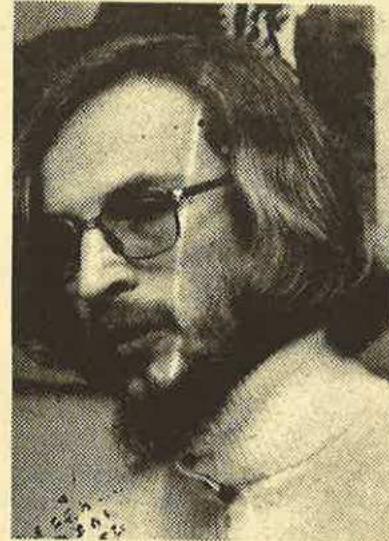


Proletkult?

**Godehard Schramm
bespricht
Nyota Thun's Buch
über Kulturpolitik und
Kulturrevolution
in der Sowjetunion**

Als ich zusammen mit Hans-Jürgen Schmitt die „Sozialistischen Realismuskonzeptionen“ (Dokumente zum I. Alluniionskongreß der Sowjetschriftsteller 1934) zusammenstellte, entdeckte ich mit Erschrecken, wie planmäßig „sozialistischer Realismus“ diffamiert worden ist. Bald darauf machte ich mich an die Redaktion des AKZENTE-Heftes (6/1974): „sowjetische Literatur in der BRD“ — ein solches Heft hat es hierzulande bisher nicht gegeben. Hans-Joachim Schlegel, der Eisenstein-Herausgeber, beschrieb darin, wie in westdeutschen Verlagen und Presseorganen systematisch die sowjetische Kultur der zwanziger und dreißiger als „echtrevolutionär“, „aufgebaut“ wird, um gegen das Heute der UdSSR ausgespielt zu

werden. Um dieser Fetischisierung entgegenzuwirken, muß man die Quellen kennen — und hierzu liefert Nyota Thun, Mitarbeiterin der Akademie der Wissenschaften der DDR, einen ganz gewichtigen Beitrag. Da wird zunächst einmal ganz klargemacht, daß die Literatur in der UdSSR unmittelbar nach der Revolution ja nicht bloß von „linken, fortschrittlichen Schriftstellern“ gemacht worden ist, sondern daß die KPdSU ganz entschieden Anteil daran hatte. Es gehörte von Anfang an zu den Prinzipien der KPdSU, den gesamten Kulturbereich miteinzubeziehen: Kunst mußte als ein „Mittel gesamtstaatlicher Politik“ gesehen werden. So wie die Große Oktoberrevolution zwar ein umwälzendes Ereignis war, aber zugleich ihren Entwicklungsprozeß zurücklegen mußte, so war ja 1917 eine „neue“ Literatur nicht mit einem Schlag da. Daher verwundert es auch nicht, daß gerade in den frühen nachrevolutionären Jahren vielfach ein „Kriensbewußtsein“ die Literatur bestimmte. Doch war eben dieser Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus von entscheidender Bedeutung, denn in den Auseinandersetzungen um eine neue „proletarische Kultur“ behauptete Trotzkij, daß es in diesem Stadium noch keine proletarische Literatur geben könne: „Die Auf-



Godehard Schramm

Marktstück: Ästhetik - Kulturpolitik

Nyota Thun

Das erste Jahrzehnt

Kulturpolitik und
Kulturrevolution in der
Sowjetunion

Nyota Thun „Das erste Jahrzehnt“ — Kulturpolitik und Kulturrevolution in der Sowjetunion.

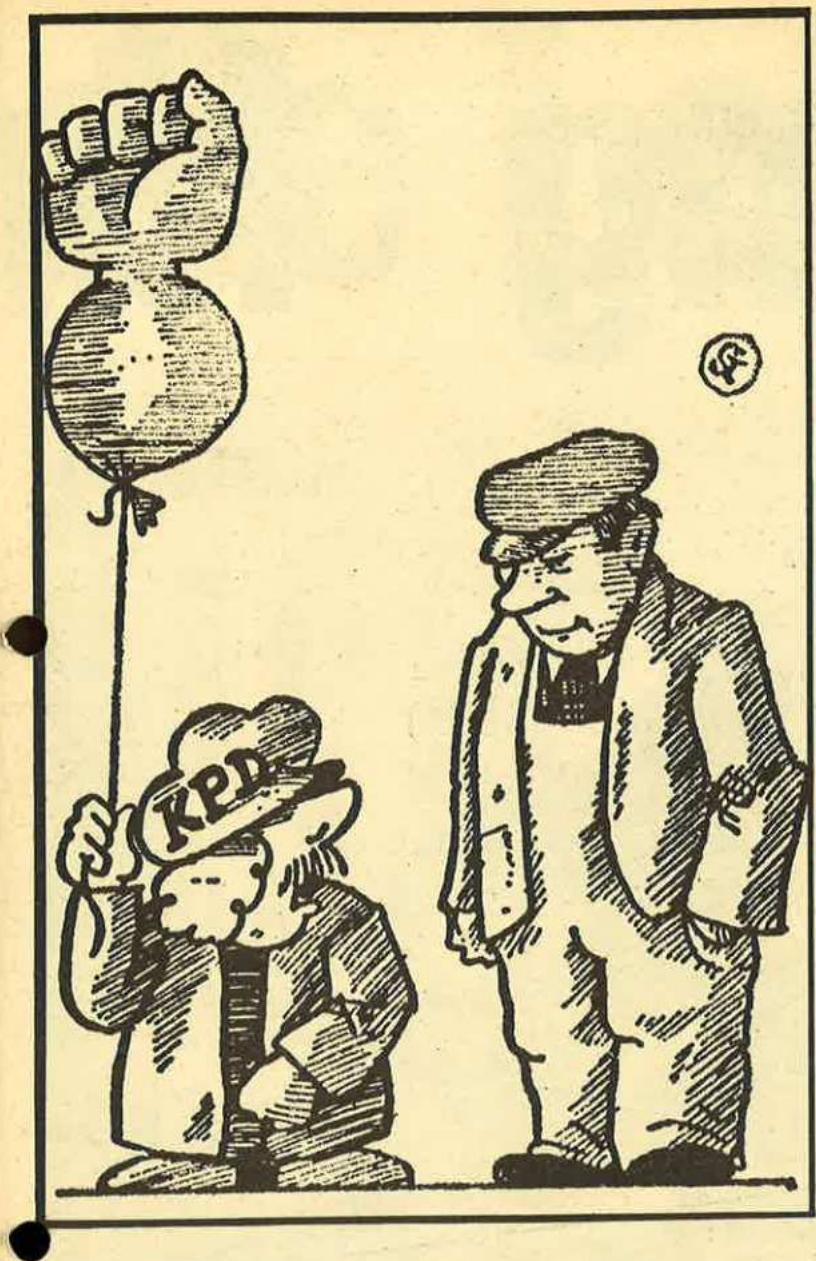
KÜRBISKERN/TENDENZEN.
Damitz Verlag 1974. 6,80 DM.

gabe der Proletariats beschränkte sich zunächst darauf, sich bürgerliche Kultur und Literatur anzueignen...“ (S. 15). Er schätzt den Entwicklungsgang falsch ein. Dagegen die Marx'sche Reihenfolge: „Die kommunistische Revolution ist das radikale Brechen mit den überlieferten Eigentumsverhältnissen; kein Wunder, daß in ihrem Entwicklungsgange am radikalsten mit den überlieferten Ideen gebrochen wird“ (MEW 4, 481).

Es ist ganz wichtig, daß hier nun Nyota Thun die einzelnen Phasen dieses „Entwicklungsganges“ herausarbeitet und nachweist, wie realistisch die KPdSU (und das ging in der Tat nicht ohne Meinungsverschiedenheiten zwischen Lenin und Lunatscharskij ab) darauf einging und sich zunächst hinter die „erste nachrevolutionäre Phase“, die „Plakat- und Meetingperiode“ (Lunatscharskij) stellte.

Bald bahnte sich der große Konflikt mit dem Proletkult an — und es ist für etliche westdeutsche Publikationen typisch, daß sie neuerdings den „Proletkult“ idealisieren, ihn aus der Entwicklung herauslösen — als die „eigentliche“ proletarische Kultur, die von den „reinen Organisatoren“ verraten worden sei. Es ging dabei auch um eine falsche Radi-

Godehard Schramm, geb. 1943, lebt als „freier“ Schriftsteller in Nürnberg. Verschiedene Beiträge im „Kürbiskern“, „Literaturmagazin 2“, „Literarische Hefte“, „Neuer Rundschau“, „DVZ“, „UZ“, „die taft“, „Lokalauszeiten“ (prosa S. Fischer Verlag 1973). Mitherausgeber der Werkkreis-Gedichtanthologie „Geht dir da nicht ein Auge auf“ (S. Fischer 1974) und „Sozialistische Realismuskonzeptionen. Dokumente zum I. Alluniionskongreß der Sowjetschriftsteller 1934“ (edition Suhrkamp nr. 701/1974) sowie der AKZENTE (6/1974 — „Sowjetische Literatur in der BRD“). 1971 Förderungspreis der Stadt Nürnberg sowie Stipendiat der DFG in Moskau. Studierte Slawistik, Germanistik, osteuropäische Geschichte und Pädagogik.



„Formalisten“). Diesen einseitigen Interpretationen wirkten viele kulturpolitische Maßnahmen der Sowjetregierung entgegen — so die großzügige Drucklegung von klassischer russischer und Weltliteratur. Gegen das Denken, eine solche neue Literatur ließe sich aus der Retorte züchten, wandte sich die Krupskaja: „Das Schwergewicht liegt in der Schaffung neuer Formen des gesellschaftlichen Lebens, die die Entwicklung der proletarischen Kultur fördern... Der Sozialismus ist erst dann möglich, wenn sich die Psyche der Menschen von Grund auf verändert...“ (S. 96). Während es dabei um ein enges Bündnis mit allen vom Kapitalismus geknechteten und zersplitterten Gruppen ging, konnten andererseits harte „administrative“ Maßnahmen nicht ausbleiben: So wurde Meyerhold, Leiter der Theaterabteilung, von seinem Posten entbunden (jedoch in seiner Regiearbeit nicht be-

schränkt) und Berdjajew, Frank und Stepan wegen offenkundiger antisowjetischer Einstellung des Landes verwiesen. Es gab in dieser Phase naturgemäß sehr heterogene Schriftsteller und Autorenvereinigungen; zu ihnen zählten auch jene, die ganz von den neuen Möglichkeiten der neuen Technik fasziniert waren: So wollte der Schöpfer der „Filmchronik“, Dziga Wertow, 1922 den „Menschen als Objekt der Filmaufnahme zeitweise ausschließen“ und Samjatin entwarf ein bedrohliches Zukunftsgemälde, in dem nur noch Maschinen ein mechanisiertes Leben lenken. (Dessen Skeptizismus hätte Thun nicht so leicht abtun sollen.) Wesentlich schwieriger war es, mit den unterschiedlichen „Reifegraden“ fertig zu werden, die jene aufwiesen, die sich mit einer neuen Literatur beschäftigten: Es war die Zeit, wo das bloße Schockieren des Zuhörers umkippen mußte in Konstruktivität.

Die radikale Gegenalternative des „Proletkult“ aber machte es sich zu einfach: „Das übliche Schema lautet: Proletkult-Organisationen = kulturelle Massenbasis = proletarische Kulturrevolution, von der russischen Arbeiterbewegung selber getragene Kulturrevolution“. Damit wird (ein) Trugschluß... übernommen:

Die Beziehungen zwischen kultureller Aktivität der Massen und staatlichen Organisationsformen im kapitalistischen System werden mechanisch auf das sozialistische Gesellschaftssystem übertragen“ (S. 123). Während einige Theoretiker im Westen das bloß „Avantgardistische“ jener Periode hervorkehren, zeigt Thun, daß es auch Bestrebungen gab, populäre Broschüren zu schreiben: Unter der Anleitung Krupskajas schrieb Katajew „Die Wohnungspolitik“. (Übrigens zeigen sich Ansätze einer solchen operativen Literatur bereits auch in der DKP-Tageszeitung UZ, wo „bekannte Autoren“ zu aktuellen Fragen Stellung nehmen.) Letztlich ging es ja auch um „Volksverbundenheit“ — d. h. die Schriftsteller hatten sich nicht über Interessen und Bedürfnisse ihrer künftigen Leser hinwegzusetzen.

Immer wieder hat das Politbüro in solchen Situationen Stellung bezogen und verschiedene Meinungen wurden öffentlich diskutiert — so etwa Pletnjews (1922) schematische Übertragung von Veränderungen in der Produktion auf den „gesamten Überbau“, Lenin wandte sich auch da energisch gegen das „phantastische Modell des Arbeiters“; ebenso wurde die Einseitigkeit einer Nur-Produktionskunst kritisiert, da sie dem komplexen Anforderungscharakter an eine neue Kunst nicht gerecht wurde. 1923 notierte Lenin in seinen Tagebuchblättern, „daß es bei uns sogar um die bürgerliche Kultur schwach bestellt ist“, und in seinem „Lieber weniger, aber besser“ betonte er: „Für den Anfang sollte uns eine wirklich bürgerliche Kultur genügen... In Kulturfragen gibt es nichts Schädlicheres als Übereile und Leichtfertigkeit.“ Gerade der erste Satz wird gerne zitiert, um Lenin und der Sowjetmacht überhaupt einen „Verrat“ an der Kulturrevolution zu unterschreiben. In der von Lorenz edierten Sammlung „Proletarische Kulturrevolution in Sowjetrußland“ (dtv sr 74, München 1969) heißt es denn auch: „Nachdem die Sowjetmacht ihr Programm, in Rußland sofort eine kommunistische Gesellschaft zu errichten, aufgegeben hatte und zunächst weitgehend zu kapitalistischen Wirtschaftsformen zurückgekehrt war, fehlten die objektiven Voraussetzungen für eine spontane Aktivität der russischen Arbeiterschaft“ (S. 16 ebda). Das ist

nicht nur eine unsinnige Einschätzung der ganzen NEP (Neue ökonomische Politik) — Phase, sondern vielmehr die völlig falsche Beschreibung von kultureller Tätigkeit: Mit nur „spontaner Aktivität“ ist weiß Gott keine sozialistische Kultur „auszubrüten“ — bürgerliche Kultur mußte ja erst einmal, im weitesten Sinne, sich angeeignet werden (und das wohlweislich unter der Maxime der zwei Kulturen in jeder Nationalkultur). Schließlich ließ sich keine utopistische Kultur aufbauen, wenn sich deren „Schöpfer“ nicht um den primären wirtschaftlichen Aufbau bekümmerten. Einerseits ging es auch gegen eine „Hypertrophierung aller geistigen Werte“, andererseits aber, und das in größtem Maße, ging es gegen „die Reduzierung der Kunst auf eine besondere Methode der Erkenntnis des Lebens“ (S. 167/Lunatscharski). Damals wurden die Fragen nach „Neutralität oder Leitung“ gestellt und der 13. Parteitag von 1924 lenkte seine Aufmerksamkeit auch auf eine notwendige Massenliteratur, wandte sich aber zugleich auch gegen literarischen Gruppenkampf: denn „die Folge waren grobe Vereinfachungen komplizierter ästhetischer Probleme“ (S. 169) — eine auch heute noch gültige Warnung an Theoretiker der „Werkkreis-Literatur“ in der BRD. Die Auseinandersetzung um die Leitung in Fragen der Kultur — es war zugleich eine mit Trotzki (unterstützt von jenem Bucharin'schen Zwischenruf — „welches adlige Politbüro hat Puschkin Direktiven gegeben, als er seine Verse schrieb?“) —, betraf das Prinzipielle, denn Lenin wußte sehr wohl, daß es bei den Schriftstellern gerade auf das Bündnis mit den „Poputtschiki“, den parteilosen „Miltäufern“ ankam. Und zu ihnen zählten immerhin Autoren wie Katajew, Pilnjak, Koltow, Mandelstam, A. Tolstoi, Tichonow, Prischwin, Iwanow, Soschtschenko und Schaginjan — in Thuns Buch kommen die Arbeiten dieser Autoren leider zu kurz, wie überhaupt die vielschichtige Literatur dieser Jahre als „bekannt“ vorausgesetzt wird. Alexander Dymschitz, stellvertretender Direktor des Moskauer Instituts für Weltliteratur, hat kürzlich in einer sehr lobenden Begrüßung dieses Buches in den „Weimarer Beiträgen“ allerdings die Nicht-Berücksichtigung der verschiedenen Nationalliteraturen jener Epoche kritisiert. Gewiß hätte man auch die Bedeutung der Verwandlung des „Idealisten“ Block näher untersuchen sollen — doch sind das nur unscheinbare weiße Stellen. Wichtig ist, daß diese Untersuchung auch die Problematik des kontinuierlichen „Erbes“ aufgreift; dazu Lunatscharskijs These: „Man kann keine neue Literatur schaffen, ohne bei jemandem gelernt zu haben“ (S. 177).

Hoffnung für

über Polanskis Film „Chinatown“

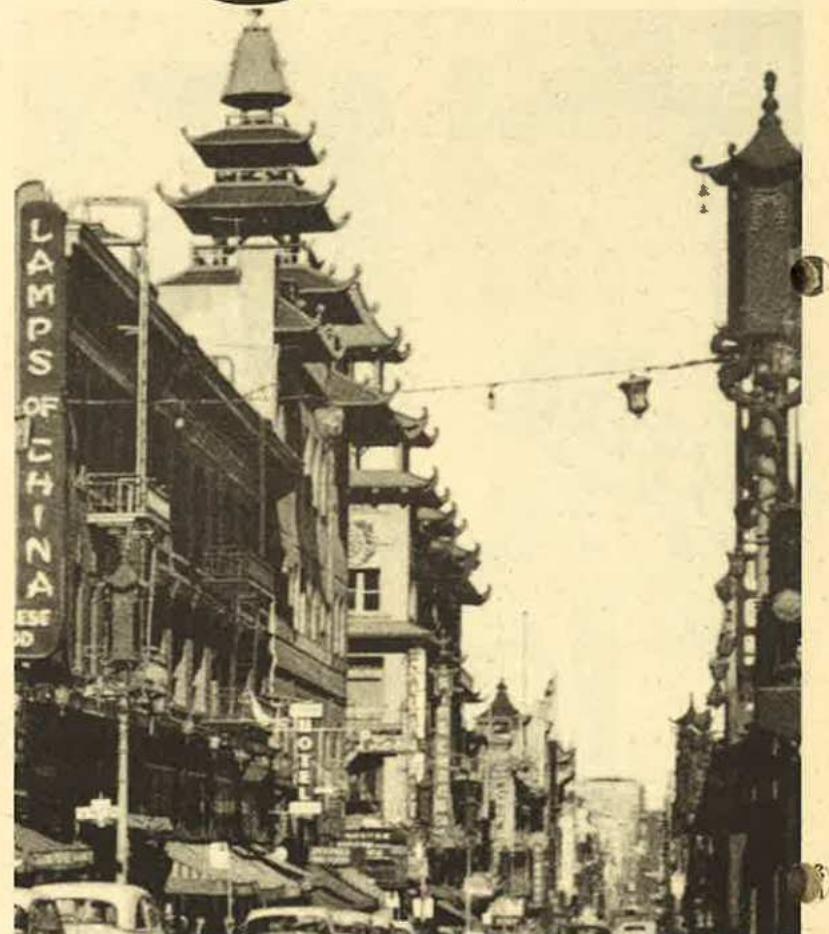
Hollywood für tot zu erklären, dazu gehörte in den letzten Jahren nicht sehr viel, denn die besten Argumente für diese These lieferten ihre heftigsten Widersacher, die amerikanischen Filmproduzenten. Doch gerade jetzt, wo die Selbstjustizreißer und der „Exorzist“ die profitorientierte Filmproduktion von ihrer widerlichsten, abstoßendsten Seite zeigen, kommt ein Film in die Kinos, der trotz seiner Widersprüchlichkeit geeignet ist, die Hoffnung auf eine wirkliche Hollywood-Renaissance zu nähren.

Er heißt „Chinatown“ und wurde von Roman Polanski inszeniert. Ort und Zeit der Handlung: Los Angeles, 1937. Die Story: Der Privatdetektiv J. J. Gittes (Jack Nicholson) gerät über einen zunächst simpel erscheinenden Ehebruchsfall in eine große Korruptionsaffäre: Das Wassersystem der Stadt wird heimlich angezapft, eine Dürre inszeniert; der Zweck: Bodenspekulation. Auch vor Mord schreckt der Drahtzieher nicht zurück. Gittes, der sich einzwischen in seine zwielichtige Mandantin, die Frau des Ermordeten, Evelyn Mulwray (Faye Dunaway) verliebt hat, folgt mühsam den verschlungenen Spuren; er wird bedroht, zusammengeschlagen, beschossen, die Nase wird ihm aufgeschlitzt; dennoch gibt er nicht auf, er findet den Mann im Hintergrund, Noah Cross (John Huston), Evelyns Vater, und den Beweis seiner Schuld. Gleichzeitig deckt er auf, daß Evelyn als junges Mädchen von ihrem Vater vergewaltigt worden ist. Das zwischen fünfzehnjährige Kind, das Evelyn bekam, wurde seitdem vor Cross und der Öffentlichkeit verborgen.

Die Folgen dieses Inzestmotive für den Aussagegehalt des Films sind fatal. Noah Cross wird dadurch zum ekligen Superbösewicht emporstilisiert, und nicht als „normaler“ Repräsentant eines Systems, das Spekulationen mit Wasser, Boden und Menschenleben duldet und fördert, erkennbar. Doch damit nicht genug; nun wird dem Film auch noch ein doppelt deprimierter Schluß aufgepropft. Gittes

macht einen primitiven Fehler, er bringt sich selbst in eine Lage, in der ihm das einzige Beweisstück abgenommen wird. Diese Fehleistung des sonst doch recht cleveren Gittes ist der einzige Makel im Drehbuch; denn daß man sich nicht mit dem Mörder allein in einem verlassenen Haus trifft, daß solches Tun recht gefährlich ist und besser unterbleibt, zumal wenn die Unterredung genauso gut (und mit viel mehr Aussicht auf Erfolg) in Gegenwart von Zeugen stattfinden könnte, das lehrt doch schon die Lektüre eines drittklassigen Serienkrimis. Und nun begeht der Profi Gittes solch einen Schnitzer! Jedenfalls das Beweisstück ist weg, und die doofe Polizei glaubt dem Dedektiv mal wieder kein Wort, sondern verhaftet ihn auch noch. Der Mörder also entkommt ungestraft.

Aber selbst dies reichte Polanski noch nicht aus, war noch nicht zynisch genug. Er überwarf sich mit dem Drehbuchautor Robert Towne, der ein ganz anderes, moralisches Ende, das Polanski als „romantisch“ abqualifizierte, vorgesehen hatte und ersann eine makabere Schlußpointe von perfider Emotionalität und Suggestivkraft, mit der er nun, ganz zum Schluß, den entscheidenden „Schlag“ gegen die aufklärerischen Tendenzen des Films führt. Der Aufhänger ist natürlich die Inzestgeschichte: Evelyn will ihre Tochter/Schwester vor Cross schützen und bedroht ihn mit der Pistole. Die Polizei, die sowieso im ganzen Film keinen Durch-



blick hat und pausenlos Mist baut, ballert daraufhin wild in der Gegend herum und erschießt sie. In einer der letzten Einstellungen betrachtet Cross geil seine Enkelin/Tochter, während Gittes hilflos auf die blutüberströmte Evelyn starrt. Fazit des Films:

Gittes ist der Angeschmierte; hätt er man doch lieber die Finger von der ganzen Sache gelassen; die Verhältnisse sind ja ganz schön Scheiße; aber ändern kann man da leider nichts!

Die Schlußszenen des Films stehen in einer unheilvollen Hollywoodtradition: Sozialkritik durch die Schilderung rein persönlichen Leids, die vornehmlich im schon etwas staubigen Gewand des Melodramas daherkommt, zu überturnchen und unschädlich zu machen. Aber immerhin, Ansätze einer realistischen Gesellschaftskritik sind in diesem Film eindeutig vorhanden, sie nehmen sogar den größten Teil des Films ein, und müssen nicht erst an den

Haaren herbeidiskutiert werden. Was das bedeutet, zeigt ein Blick auf die anderen amerikanischen Filme des vergangenen Jahres („Exorzist“, „Ein Mann sieht rot“ etc.).

Traditionell ist der Film auch in einer anderen Hinsicht: Er greift zurück auf die „schwarze Serie“ Hollywoods, die ihrerseits auf die Kriminalromane von Hammett, Chandler und Cain zurückgriff. Filme wie der „Malteser Falke“ (1914, nach Hammett) mit Humphrey Bogart als Dedektiv (Regie führte übrigens der damals 36jährige John Huston), „The Big Sleep“ (1946, nach Chandler) mit Bogart und Lauren Bacall, „The Lady in the Lake“ (1947, ebenfalls nach Chandler) und Welles’ „The Lady from Shanghai“ (1947) mit Rita Hayworth lieferten die Vorbilder für die Personen, die Situationen und die Stimmung von „Chinatown“.

Christian Führer

die Leiche?



Dies erscheint zunächst recht fragwürdig: Figuren also aus zweiter und dritter Hand, wandelnde Zitate, nostalgischer Abklatsch eines längst toten Genres, unkreatives Epigonentum, Eklektizismus, ein Film, bei dem man sich andauernd fragt: „Das kennst du doch, das hast du doch schon mal gesehen?“ Aber so einfach ist das nicht. Der Film ist weder eine simple Kopie, noch eine ironisierende Nachschöpfung dieser alten Krimis, die sich auf billige Weise über ihre Figuren lustig macht, klüger sein will als sie, sondern eine, bald kühl ironische, bald ganz ernsthafte, Neuschöpfung, die die ganze Kraft und Faszination ihrer Vorbilder besitzt. Alles ist ein bisschen (das entscheidende „bisschen“) zurückgenommen, verändert. Aus dem zynischen, im Innersten idealistischen, Einzelkämpfer Humphrey Bogarts ist ein kleiner aufstrebender Unternehmer, ein „Arbeitgeber“ mit drei Ange-

stellten geworden; ein bisschen billig zwar, aber auf dem Weg nach oben; der emphatisch darauf pocht, sein Geld auf ehrliche Weise zu verdienen; Anerkennung und bürgerliche Reputation ersehnt und Maßschuhe trägt (man stelle sich Bogarts Philipp Marlowe in Maßschuhen vor!). In der zweiten Filmhälfte trägt er einen Nasenverband, der ihm etwas vom Aussehen eines Clowns verleiht. Faye Dunaway ist zwar immer noch ganz schön geheimnisvoll, kommt aber ohne alles Über-Weibchen-Getue aus. Natürlich ist diese Evelyn Mulwray trotzdem noch eine Figur von extremer Künstlichkeit, aber wie es Faye Dunaway schafft, diese „schöne Kunstfigur“ glaubhaft zu machen, ohne Lächerlichkeiten auch über die sentimental Stellen hinwegzukommen, ohne schauspielerischen Kraftaufwand einen Archetyp zu zeichnen, das ist faszinierend.

„Ohne Kraftaufwand“, das ist auch die richtige Bezeichnung für Polanskis Regiearbeit, die ebenfalls stark einer alten Hollywoodtradition verpflichtet ist, der besten allerdings diesmal, der Tradition der unauffälligen, makellosen Perfektion. Scheinbar ganz unprätentiös, ohne alle Kameramätzchen, ohne symbolträchtiges Brimborium erzählt Polanski die Geschichte. Bildaufbau, Kameraführung, Schnitt, Ausleuchtung, Ausstattung, Musik, alles ist meisterhaft, ohne sich je in den Vordergrund zu drängen, und fügt sich zusammen zu einem Eindruck von kühler Eleganz und unaufdringlicher Souveränität. Sollte also tatsächlich Hoffnung für die Leiche Hollywood bestehen? Wohl doch nicht, denn ausgerechnet die Macher von „Chinatown“ tuen alles, um diese vage Hoffnung wieder zu zerstören. Da verkündet Polanski, die Inzestgeschichte wäre überhaupt die einzige interessante Sache an

dem Film, und man hätte das alles noch mehr in den Vordergrund stellen müssen; und Jack Nicolson pläppert vom „Glamour“, den dieser Film besitzt, und der ja überhaupt das einzige wichtige an Filmen sei. Das lässt für die Zukunft allerhand Schlechtes erwarten. Nein, „Chinatown“, mit all seinen Fragwürdigkeiten, wird wohl ein Einzelfall, ein Glücksfall bleiben; eine kostbare Extravaganz, die sich die, von den Krisen des kapitalistischen Systems geschützte, Filmindustrie bald nicht wieder leisten wird. Deshalb sollte man diesen Film nicht versäumen, denn die Durststrecke bis zum nächsten so schönen Film wird sicherlich lang, sehr lang.

Christian Führer

Was ist Ihnen Ihre Sicherheit wert? 17,- Mark im Monat?



Für einen Beitrag von 17,- Mark – mit Familienangehörigen 19,- Mark – im Monat bietet Ihnen die Hamburg-Münchener Ersatzkasse vollen Krankenversicherungsschutz. Unter bestimmten Voraussetzungen, die Sie leicht erfüllen können: Wenn Sie beispielsweise in einem Angestelltenberuf jobben, auch nur vorübergehend oder in den Semesterferien, haben Sie schon das Anrecht.

Als Mitglied der Hamburg-Münchener sind Sie fast immer von einer studentischen Pflichtversicherung befreit und – was besonders wichtig ist – Sie können auch nach Beendigung des Studiums Mitglied bleiben.

Informieren Sie sich bei der Hamburg-Münchener, wie Sie für einen geringen Beitrag die umfassende Leistung einer modernen gesetzlichen Krankenkasse in Anspruch nehmen können.

Kommen Sie doch mal vorbei oder rufen Sie an. Wir beraten Sie gern in allen Fragen der Sozialversicherung.

Sie sollen sicher sein

**HAMBURG
MÜNCHENER**

ERSATZKASSE

KRANKENKASSE FÜR ANGESTELLTE

Hauptverwaltung 2000 Hamburg 6, Schäferkampsallee 16,
Tel. (040) 45 27 51

oder bei allen Niederlassungen der Ha-Mü
(örtliche Anschriften bitte dem Telefonbuch entnehmen)

Studentenmagazin

rote blätter

Organ des Marxistischen Studentenbundes Spartakus

**rote blätter-Abonnenten wissen mehr –
weil sie**

- Über die Aktionen und Forderungen der Studentenbewegung stets brand-aktuell informiert sind
- Informationen über die Kämpfe und Forderungen der Arbeiter aus erster Hand erhalten

- mit neuesten Fakten aus dem realen Sozialismus versorgt werden
- Analysen und Reportagen über die internationale antiimperialistische Bewegung erhalten
- über die neuen und interessanten Entwicklungen in Politik, Kultur und Gesellschaft informiert werden

Studentenmagazin

rote blätter

Organ des MSB Spartakus

- Ich bestelle ab Nr. bis auf Widerruf – jedoch mindestens für 1 Jahr* (Jahresabo: 10,50 DM inkl. Porto)
- Ich bitte um Zusendung eines Einzelexemplares (1,- DM + 0,70 DM Porto)
- Ich bitte um Zusendung von Informationsmaterial
- Ich möchte zur Mitgliederversammlung des MSB Spartakus eingeladen werden
- Ich möchte Mitglied des MSB Spartakus werden.

* Kündigungen nur zum Jahresende – bis jeweils 20. November

Name:

Anschrift:

.....

Unterschrift:

Bestellkarte



Studentenmagazin
rote blätter
MSB Spartakus

53 Bonn
Postfach